

TAGESSCHAU

POLITIK

See-Unfall: Der US-Flugzeugträger "Kitty Hawk" ist während eines Manövers im Japanischen Meer mit einem sowjetischen Atom-U-Boot zusammengestoßen, das offenbar den Auftrag hatte, die See-Übung zu beobachten.

Umwelt: Mit fast einer Milliarde Mark will Bonn in den nächsten Jahren die Erforschung von Umweltbelastungen sowie die Entwicklung umweltfreundlicher Technologien vorantreiben.

Israel: Der frühere Verteidigungsminister Weizmann hat die Gründung einer neuen "Partei des Nationalen Heils" angekündigt. Sie werde in der Mitte des politischen Spektrums angesiedelt sein.

Flucht: Durch vermeintliche Sperranlagen gelang in der Nacht zum Mittwoch einem 34-jährigen Handwerker aus der "DDR" die Flucht nach Bayern.

Visite in Peking: Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat sich für den 26. April zu einem einwöchigen Besuch in China angesagt.

Bayern: Das Ergebnis der Kommunalwahl droht das Verhältnis zwischen München und Bonn zu belasten. Die CDU will offenbar die Diskussion über die "Erbschaft" der sozialliberalen Koalition wieder in Gang bringen.

Treffen in Jerusalem: Ministerpräsident Shamir hat bei einem Gespräch mit dem Berliner Verleger Axel Springer erneut Israels Sorge über die mögliche Lieferung deutscher Waffen an Saudi-Arabien vorgetragen.

Keine Raketen: US-Präsident Reagan zog einen Antrag zurück, Jordanien und Saudi-Arabien mit Raketen vom Typ Stinger auszurüsten.

US-Vorwahl: Walter Mondale, der im Rennen um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten anfangs stark ins Straucheln geriet, hat wieder Fuß gefasst.

Taiwan: Präsident Chiang Ching-kuo (74) wurde für sechs Jahre im Amt bestätigt.

Hinter: Der Präsident der Republik Zypern, Kyprianos, zu Gesprächen in Bonn - Bonner Treffen der EG-Verkehrsminister zur Erörterung einer gemeinsamen Verkehrspolitik.

Enttäuschung und Verbitterung nach dem Brüsseler EG-Gipfel

Kohl warnt vor Resignation / Jetzt Hoffnung auf Kompromiß im Juni

Mit Enttäuschung und zum Teil auch mit Erbitterung ist am Mittwoch in den europäischen Hauptstädten das Scheitern des europäischen Gipfels aufgenommen worden.

Politik des leeren Stuhls betreiben werden. Für Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher steckt die Europäische Gemeinschaft in einer "ganz schweren Krise".

Bonn: Mit Bedauern ist das Scheitern des EG-Gipfels in Brüssel nicht nur von der Bundesregierung, sondern auch von den Parteien und den Spitzenverbänden der Wirtschaft aufgenommen worden.

ten gesprungen, meinte der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mißbach. Er sieht gute Aussichten, bis Juni noch zu einem Kompromiß über den britischen EG-Beitrag zu kommen.

"Enttäuschend, aber nicht katastrophal", kommentierte Bundeskanzler Helmut Kohl das Brüsseler Ergebnis. Einen Gedanken an Resignation gebe es jedoch nicht.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rübe, erklärte, es gehe nicht darum, einen Schuldigen vorzuführen, sondern der Öffentlichkeit zu beweisen, daß die Europäische Gemeinschaft lebensfähig sei.

SEITE 2:
Rette sie, wer kann
SEITE 6:
Weitere Beiträge

der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rübe, erklärte, es gehe nicht darum, einen Schuldigen vorzuführen, sondern der Öffentlichkeit zu beweisen, daß die Europäische Gemeinschaft lebensfähig sei.

Nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) werden die Konsumenten den Fehlschlag von Brüssel ebenso wenig spüren, wie sie einen Erfolg bemerkt hätten.

PARIS: Präsident François Mitterrand ist offenbar weiter fest entschlossen, sich persönlich für eine Lösung der Krise einzusetzen. Er will noch vor dem nächsten Gipfel im Juni versuchen, eine Einigung über den einzigen strittigen Punkt, den britischen EG-Beitrag, herbeizuführen.

Fortsetzung Seite 6

ZITAT DES TAGES



"Wir erleben den Übergang vom Morast zum abgrundtiefen Sumpf"

Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses des Bundestages, Alfred Biele (CDU), zu Vorgängen im Militärischen Abschirmdienst im Zusammenhang mit der Kießling-Affäre (S. 6) FOTO: POLY-PRESS

WIRTSCHAFT

Bundeshaushalt: Aufgrund unvorhergesehener Einsparungen und höherer Steuereinnahmen fiel die Nettokreditaufnahme der Bundesregierung im vergangenen Jahr mit 31,5 Milliarden DM um 9,5 Milliarden geringer aus als nach dem Haushaltsgesetz veranschlagt.

Außenhandel: Einen Anstieg des realen Warenexports der Bundesrepublik um etwa sechs Prozent erwartet das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg im Durchschnitt dieses Jahres.

US-Wirtschaft: Die Wertschöpfung wird im ersten Quartal um real 7,2 Prozent zunehmen, ermittelte das Handelsministerium. All-

gemein war mit sechs Prozent gerechnet worden. (S. 10)

Klöckner Werke: Der Abbau von rund 5000 Arbeitsplätzen in diesem und dem nächsten Jahr soll Einsparungen zwischen 220 und 250 Millionen DM bringen.

Börse: Sonderbewegungen erwiesen sich als Stütze der Aktienmärkte. Der Rentenmarkt stand weiter unter Abgabedruck.

KULTUR

Forsythe nach Frankfurt: Neuer Choreograph und künstlerischer Direktor des Balletts der Bühnen Frankfurt wird mit Beginn der Spielzeit 1984/85 der Amerikaner William Forsythe.

Abbaio soll nach Wien: Die Wiener Staatsoper hat dem italienischen Dirigenten Claudio Abbado, bis 1986 noch Orchesterchef der Mailänder Scala, angeboten, Generalmusikdirektor zu werden.

SPORT

Ski Alpin: Tamara McKinney (USA) gewann den Weltcup-Riesenslalom von Zweisell. Martina Kiehl aus München belegte Platz vier. (S. 15)

Football: Uli Stielke kann nicht im Länderspiel gegen die UdSSR am 28. März in Hannover antreten. Real Madrid verweigert die Freigabe.

AUS ALLER WELT

Frisches Blut: Amerikanische Bullen sollen sowjetischen Milchkuhen zu mehr Fleiß verhelfen. Der US-Mischkonzern Grace schloß ein Abkommen mit Moskau, wonach fünf Jahre lang Sperma von kräftigen Holsteiner Stieren geliefert wird.

Kokain: Bei einem Angriff auf eine "Kokain-Fabrik" kommunistischer Guerilleros im Urwald von Kolumbien konnte die Polizei Rauschgift im Wert von umgerechnet 3,15 Milliarden Mark sicherstellen. (S. 18)

Wetter: Im Westen und Südwesten zeitweise bewölkt, sonst sonnig. 6 bis 13 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Demontage-Strategie. C. Graf Brockdorff zu den Vorschlägen von P. Glotz S. 2

Forum: Personalien und Leserbrief. An die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 7

Luftfahrt: Auch wer billig fliegt, darf bald umsteigen. Von Gerd Brüggemann S. 3

Novelle: Blinder Umweltschutzeifer. Joachim Gehloff über die Einweg-Verpackung S. 9

Neuheiten: Deutschland und die UdSSR bauen neue Botschaften in Moskau und Bonn S. 4

Eiskunstlauf: Schramm gab bei der Weltmeisterschaft nach der zweiten Pflichtfigur auf S. 15

"Renten 2000": Altersgrenze auf 65 Jahre heraufsetzen? ein Forum in Tutzing S. 5

Fernsehen: In Dänemark wird weiterhin über einen zweiten TV-Kanal diskutiert S. 16

Analyse: Rätselhafter Papierkrieg des MAD gegen Kießling. Von Rüdiger Moniac S. 6

Frankfurt: Der eiserne Besen im Hauptbahnhofsviertel zerstört die Probleme S. 18

Kiechle: Landwirte brauchen Klarheit

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn. "Die deutschen Landwirte müssen möglichst rasch wissen, woran sie sind." Und: "Die Landwirte können nicht darunter leiden, daß sich die Regierung nicht einigen können."

Orientierungshilfen erhalten. Eine erste Möglichkeit dazu bietet die Ratstagung der Agrarminister am Montag in Brüssel. Nach der Sitzung des Kabinetts ergänzte gestern Außenminister Hans-Dietrich Genscher zu diesem Punkt, die Bundesregierung werde sich dafür einsetzen, daß die Beschlüsse, auf die sich die Regierung verständigt haben, umgehend in europäisches oder nationales Recht gegossen werden.

Ignaz Kiechle will darauf dringen, daß die Landwirte möglichst rasch

Für Ignaz Kiechle ist es nicht möglich, daß der Agrarkompromiß, der weitgehend seine Handschrift trägt,

Moskau stellt "DDR"-Militärs heraus

Tschernenko empfing den Verteidigungsminister / Kein Hinweis auf Abrüstungsinitiative

Mit einem demonstrativen Empfang von "DDR"-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann beim neuen sowjetischen KP-Chef Konstantin Tschernenko unterstrichen die beiden führenden Kräfte im Warschauer Pakt den Vorrang der Militärs. Abgesehen von einem Zusammenreffen mit Tschernenko bei den Transferrückführungen für Andropow, war der Besuch der Ostberliner Militärdelegation der erste offizielle Kontakt zwischen der "DDR"-Führung und der neuen Moskauer Spitze.

Kommuniqué von Georges Marchais und SED-Chef Erich Honecker von Ende Februar vermißten worden waren. Während damals lediglich auf die aggressive Konfrontationspolitik der Reagan-Administration hingewiesen wurde, heißt es in dem Moskauer Bericht: "Im Verlauf des Treffens haben beide Minister die engen Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR sowie ihren Streitkräften als einen wichtigen Faktor für den zuverlässigen Schutz des Sozialismus und die Wahrung des Friedens hervor."

Ebenfalls im Gegensatz zu dem Marchais-Honecker-Kommuniqué fehlen jegliche Hinweise auf die Wiederaufnahme der Genfer Gespräche oder gleichgewichtige Abrüstungsmaßnahmen. Die Rede ist davon, beide Seiten hätten einmütig betont, daß sich die Gefahr des Ausbruchs eines Kernwaffenkrieges mit der Stationierung amerikanischer Erstschlagraketen in Westeuropa beträchtlich erhöht hat.

Der mehrfache Hinweis in dem ADN-Bericht auf die Größe, die Honecker an Tschernenko und Verteidigungsminister Ustinow habe ausrichten lassen, knüpft an das Ergebnis-Telegramm aus Ost-Berlin anläßlich des 66. Jahrestages der Roten Armee am 23. Februar an.

Ost-Spion bei Amerikareise gefaßt

Zusammenarbeit der deutschen und amerikanischen Spionageabwehr führte zum Erfolg

WERNER KARL/DW, Bonn. In engstem Zusammenspiel hat die deutsch-amerikanische Spionageabwehr einen mutmaßlichen Militärspion des "DDR"-Geheimdienstes enttarnt. Der 43-jährige Ernst Forbich aus Eisingen (Württemberg) wurde am vergangenen Wochenende, wie gestern bekannt wurde, während einer Reise in die USA verhaftet.

Die ADN-Mitteilung über das Zusammenreffen in Moskau enthält Angriffe gegen die USA, wie sie beispielsweise in dem gemeinsamen Kommuniqué von Georges Marchais und SED-Chef Erich Honecker von Ende Februar vermißten worden waren.

Nach einer Mitteilung des amerikanischen Bundeskriminalamtes FBI hat Forbich gestanden, 17 Jahre für den "DDR"-Staatsgeheimdienst gearbeitet zu haben. Die Ehefrau aus zwei geschiedenen Ehen leben in

mit Kollegen des baden-württembergischen Verfassungsschutzes seit längerer Zeit Forbich observiert, der häufiger in die USA reiste und dort angeblich Bekannte aufsuchte, die als Angehörige der US-Streitkräfte in Europa stationiert gewesen sein sollen.

Unter der Tarnung eines jederzeit dienstbaren Automechanikers und Gebrauchtwagenhändlers hatte

DER KOMMENTAR

Der Spielraum

HERBERT KRUMP

Gewisse Töne aus Ost-Berlin, raunende und deutlicher artikulierte, begünstigen eine Fülle von Deutungen über Strategie und Taktik der kommunistischen Politik in Mitteleuropa.

Von einer unabänderlichen Tatsache hat jede Beurteilung auszugehen: Nach der geostategischen Lage und infolge der politischen Entwicklungen in Osteuropa betrachtet Moskau die "DDR" als die wichtigste Position in Zentral-europa.

aber auch dazu genutzt werden, in der Bundesrepublik Illusionen zu erzeugen, leichten Glauben.

Über welche Spielräume die Osterländer Führung verfügt, läßt sich an den militanten Schulter-schluß-Formeln des Armee-generals Hoffmann zuverlässiger ablesen als an den Worten und Gesten Honeckers bei der Völkersteh-party von Leipzig.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß dies gelingt. Nachdem die Nachrüstung nicht verhindert werden konnte, sucht Moskau den Rückweg zur einst so gewinnbringenden Entspannung. Mit ihr ließ sich das westliche Bewußtsein verändern, während man selbst bei seinen Tatsachen bleiben konnte.

Bürgerkrieg in Libanon verschärft sich

AP/AFIP, Beirut

Nach dem Ende der von Beirut Zeitungen als "Fehlschlag" bezeichneten libanesischen Aussöhnungskonferenz in Lausanne hat sich der Bürgerkrieg in Libanon wieder verschärft. Beiderseits der "grünen Linie" in der Hauptstadt Beirut wurden in der Nacht zu gestern die heftigsten Kämpfe seit mehr als einer Woche ausgetragen.

Daß das von Beginn an gespannte Treffen in Lausanne auf dem Hintergrund der Beirut Kämpfe nicht auch formell scheiterte, ist offenbar den intensiven Bemühungen der als Beobachter fungierenden Vertreter Syriens und Saudi-Arabiens, Vizepräsident Khaddam und Botschafter Massoud, zu verdanken.

Wie die libanesischen Presse berichtete, soll der Präsident wegen der Feindseligkeit, die ihm Drusenführer Walid Dschumblatt und der Chef der Amal-Miliz, Nabih Berri, während der Konferenz entgegenbrachten, seinen Rücktritt angeboten haben.

Seite 2: Kein syrisches Diktat

Heidemann unter Anklage wegen Betrugs

dpa, Hamburg

Gegen den früheren "stern"-Reporter und Beschaffer der gefälschten Hitler-Tagebücher, Gerd Heidemann, sowie gegen den geständigen Fälscher Konrad Kujaw hat die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Hamburg nach fast einjährigen Ermittlungen jetzt Anklage wegen Betrugs erhoben.

Wie die Pressestelle der Staatsanwaltschaft am Mittwoch mitteilte, wird dem Stuttgarter Militaria-Händler Kujaw vorgeworfen, in der Zeit zwischen Januar 1981 und April 1983 über Heidemann dem Verlag Gruner + Jahr 60 selbst geschriebene "Hitler-Tagebücher" geliefert und dafür mindestens 1,577 Millionen Mark erhalten zu haben.

Heidemann wird zur Last gelegt, den Verlag für den Ankauf der Bücher zur Zahlung von mindestens 9,34 Millionen Mark veranlaßt zu haben, von denen er mindestens 1,725 Millionen Mark für sich behalten haben soll.

Sowohl Heidemann, der unmittelbar nach der Aufdeckung des Tagebuch-Skandals Anfang Mai 1983 fristlos vom "stern" entlassen worden war, als auch Kujaw befinden sich in Hamburg in Untersuchungshaft. Kujaw hat bereits kurz nach seiner Festnahme im Mai vergangenen Jahres gestanden, die angeblich aus der Zeit vom 22. Juli 1933 bis Mitte April 1945 stammenden Tagebücher Hitlers selbst geschrieben zu haben.

Advertisement for Beck's beer featuring a glass of beer and the text: Gute Freunde werden es genießen, daß Sie so viel von Bier verstehen. Das einzig wahr Beck's Internationales Spitzen-Pilsener der Premium-Klasse.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Erstens kommt es anders

Von Peter Gillies

Es ist erst ein gutes Jahrzehnt her, da gingen die Sozialpolitiker aller Parteien mit einem Füllhorn übers Land, in dem sie hundert, gar zweihundert und mehr Milliarden Mark zur Verteilung wählten. Frühere Rente, höhere Rente, Babyjahr – es durfte gern ein bißchen mehr sein. Hätte man damals auf die einsamen Mahner zur Solidarität gehört, wären die Probleme der Rentenfinanzen heute geringer.

Auch heute zieht uns wieder das Aroma der Verheißung durch die Nase. Lieber 35 Stunden in der Woche, lieber mit 58 Jahren in die Rente – oder besser ein längerer Urlaub, vielleicht gar ein Sabbatjahr? Demoskopien haben Konjunktur und Mühe, die Reihenfolge der deutschen Vorlieben zu ordnen. Alle Parteien, Gruppen und Tarifpartner favorisieren eine oder mehrere Formen dieser Verheißung. Die Warner und Mahner, stets von gestern und wie immer gänzlich unprogressiv, sind wiederum abgedrängt.

Zur Zeit gilt es als unpassend, die Vorfrage zu stellen, ob wir uns eine längere bezahlte Freizeit überhaupt leisten können. Wer daran erinnert, daß bezahlte Freizeit von irgend jemandem – wie trickreich auch immer – bezahlt werden muß, habe kein Herz für die Arbeitslosen, so heißt es, keinen Nerv für Humanität und keine Einsicht in den Wert des sozialen Friedens.

Über die künftige Wirtschafts-, Wohlstands- oder Produktivitätsentwicklung wissen wir wenig. Unsere Prognosen waren bisher so zuverlässig wie Wettervorhersagen. Aber den Lebensbaum der Deutschen kennen wir, weit über das Jahr 2000 hinaus. In gut zwei Generationen, etwa im Jahre 2050, braucht ein Rentner die Arbeits- und Beitragskraft eines Aktiven. Immer mehr Ruhestandler und zu wenig Aktive deuten den Bruchpunkt des Generationenvertrages an. Vor diesem Hintergrund wäre es also grob fahrlässig, den Ruhestand immer weiter vorzulegen. Das schiere Gegenteil ist geboten: Wir müssen uns darauf einstellen, die Altersgrenze wieder hinaufzuschrauben. Wirklich sehr sperrig, was uns diese Rentenexperten so zumuten, wo wir doch gerade an die Frührente mit 55 denken!

Klarheit aus Kuba

Von Monika Germani

Im Jahre 1976 erklärte Fidel Castro: „Angola ist der geopolitische Schlüssel für das südliche Afrika.“ Das war wenige Monate nach der Machtübernahme der kommunistischen MPLA-Regierung in Luanda unter Präsident Agostino Neto, nach dem Bürgerkrieg, der die beiden protestantischen Guerillabewegungen, Holden Roberto FNLA und die Unita des Dr. Jonas Savimbi, wieder in die sogenannte Illegalität trieb.

Während die FNLA sich bis heute nur mühsam erholt hat, kämpfte sich der erfahrene Bushstratege Savimbi seinen Platz in Angola und eroberte Stück um Stück bis heute gut ein Drittel des Landes. Er ist der Regierung in Luanda bedenklich nahe gerückt. Hauptsächlich seinerwegen wurden die, meist schwarzen, kubanischen Truppen nicht nur im Land behalten, sondern laufend verstärkt.

Experten schätzen ihre Zahl auf 25 000 bis 45 000. Sie stützen das Regime in Luanda. Ihr Abzug würde gemeinsam von den USA und Südafrika im sogenannten „Linkage“ als Vorbedingung für die Einführung der UNO-Resolution 435 für die Unabhängigkeit von Südwesafrika gefordert.

Zweifelloso sind die Kosten der kubanischen „Schutztruppe“, die sich auf jährlich 1,1 Milliarden Mark belaufen, für das an Erdöl und anderen Bodenschätzen reiche, wirtschaftlich aber bankrotte Angola eine finanzielle Belastung. Aber für Kubas Staatskasse sind sie ein Segen, und ohne diesen Aufwand wäre die marxistische Regierung des Santos längst von der Unia weggepflegt worden.

Die jüngsten Verhandlungen mit Südafrika haben in manchen Kreisen Hoffnungen geweckt, daß der kubanische Aufmarsch, dieses größte Problem der Region, zu einem Abmarsch werden könnte. Aber es gibt keinen Anhaltspunkt dafür, daß die Regierung in Luanda an Selbstmord denkt. Derzeit werden gewaltige Mengen sowjetischer Waffen in Angola ausgeladen. Mit Südafrika will man anscheinend vorerst Frieden. Aber offenbar nicht um des Friedens willen, sondern weil man sich ungestört auf den Kampf gegen Savimbi konzentrieren will. Die brutale gemeinsame Erklärung von Havanna hat einiges klargestellt.

Demontage-Strategie

Von Cay Graf Brockdorff

Peter Glotz, der SPD-Bundesgeschäftsführer, empfiehlt wieder einmal die Abkehr von der NATO-Strategie der „flexiblen Reaktion“. Wirklich ist eine solche Strategie freilich nur, wenn dafür angemessene nukleare und konventionelle Streitkräfte unterhalten werden.

Zwar verweisen Kritiker warnend auf den militärischen Fortschritt des Warschauer Pakts; indes ist von niemanden bislang überzeugend dargelegt worden, daß die westliche Abschreckung schon zusammengebrochen sei. Die Allianz ist mehr als die Summe ihrer Teile. Aber Glotz hat sich jetzt daran begeben, die Teile aus dem Ganzen zu brechen.

Er beginnt mit dem Herauslösen der nuklearen Komponente aus der Strategie. Er behauptet – wie auch Biedenkopf und Helmut Schmidt –, das nukleare Element der Strategie sei nicht mehr mehrheitsfähig. Bemerkenswert daran ist, wie Politiker resignieren und ihren Führungsanspruch aufgeben.

Glotz beteuert ferner, daß die westliche nukleare Abschreckung im Warschauer Pakt an Glaubwürdigkeit verloren habe. Wenn man das oft genug sagt und die es eines Tages womöglich wirklich glauben, wird der Frieden davon nicht sicherer. Doch Glotz geht noch einen Schritt weiter: Die Gliederung und Ausrüstung der westlichen Streitkräfte müsse so verändert werden, daß sie auch im militärisch-taktischen Bereich nur noch defensiv kämpfen könnten.

Er will eine reine Verteidigungsarmee, die, so wie er das beschreibt, unfähig sein soll, den Feind im Gegenangriff zu werfen. Das heißt: er will den Streitkräften, die den Auftrag zur Verteidigung von der Politik erhalten, vorschreiben, wie sie den Auftrag ausführen sollen.

Gegenüber den hochmobilen Armeen des Ostens gibt es nur eine Aussicht, wirksam abzuschrecken, damit der Krieg erst gar nicht geführt zu werden braucht: Die westlichen Armeen müssen ebenfalls zum Bewegungskrieg unter Panzerschutz instande sein. Die Fähigkeit zum Gegenangriff ist die Wurzel jeder überzeugenden Abschreckung. Hier denkt einer darüber nach, was geschieht, wenn die Abschreckung versagt. Politiker sollten für eine bessere Abschreckung sorgen. Dann würden sie der Öffentlichkeit weniger Sorgen machen.



„He, Maggie – unser Reservat!“

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHM

Rette sie, wer kann

Von Ulrich Lüke

Noch in der Stunde der Wahrheit zeigten sich die Herren als Gentleman. Als in der Nacht zum Mittwoch wieder einmal ein EG-Gipfel an der Kompromißlosigkeit Margaret Thatchers gescheitert war, verkündeten sich die anderen Regierungschefs jede verletzende Kritik.

Sie haben allerdings auch Anlaß dazu, sich zurückzuhalten. Denn alle sind sich darüber im klaren, daß Frau Thatcher dem Grunde nach im Recht ist. Die EG sollte eine Gemeinschaft des Gebens und Nehmens sein, aber eigentlich nicht in der Form, daß zwei geben und einer nehmen. Großbritannien kann zudem darauf hinweisen, daß hier tatsächlich Reiche von Armen unterstützt werden. Frau Thatcher will eine grundlegende Lösung. Die anderen meinen, daß der von ihnen unterbreitete Kompromißvorschlag doch sehr weit gegangen sei. Unter der Hand heißt es, Frau Thatcher habe wohl innenpolitische Gründe, wieder so eine Art Falkland-Sieg heimzubringen. Aber da besteht zum Spott kein Anlaß; innenpolitische Gründe hat jeder, zumal Frankreich.

Gipfelgastgeber François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl wollen auf der Tagesordnung der Europäischen Gemeinschaft künftig Margaret Thatchers Beitragsprobleme nicht mehr an erster Stelle halten. Man will den Bürgern zum Sinn der Gemeinschaft mehr bieten als Nachrichten über Streit und Krisen. Einer Gemeinschaft, die acht Millionen Bauern alimentiert, aber immer noch nicht einen wirklichen Binnenmarkt geschaffen hat. Einer Gemeinschaft, die an Grenzbarrrieren festhält und sich nicht einmal über die Höhe der Freimengen im inneruropäischen Reiseverkehr einigen kann. Einer Gemeinschaft vor allem, die politisch weit davon entfernt ist, eine einflussreiche Größe zu sein.

Margaret Thatcher zum Stundenbock für alle die Fehler der letzten Jahre zu machen, wäre ungerecht, auch wenn Bürgerzorn tatsächlich den einen oder anderen Regierungschef dazu verleiten könnte, die Parole „Briten raus aus der EG“ auszusprechen. Großbritannien ist wahrlich nicht das einzige Problem der EG. In den letzten Monaten aber hat es sich entgegen allen Klischees gezeigt, daß Europa reformfähig ist. Wie bescheiden und unzulänglich es auch sein mag, bis gestern nacht lag ein unter-schriftsreifes Reformpaket für die Agrarpolitik auf dem Tisch. Es gab die Einigung über die dringende notwendige Erhöhung der Europa-finanzen, es gab Einigung über das Beitrittsdatum für Spanien und Portugal.

Das alles soll nach dem Willen des französischen Staatspräsidenten nicht Makulatur werden, nur weil es in Stuttgart zu einem Paket geschnürt wurde, nach dem Motto: gelangt die Reform in einem Teilbereich nicht, ist alles blockiert. Diese Stuttgarter Formel war nicht der Weisheit letzter Schluss. Allein schon die leeren Kassen werden die Regierungschefs dazu zwingen, zumindest die Agrarreform zu verabschieden. Es kann ja wohl nicht gehen, daß Brüssel in den nächsten Monaten nicht spart, weil Margaret Thatcher sich mit den anderen über ihre Milliarden nicht einigen kann.

Die Kompromisse zusammenzuhalten, erfordert eine ähnliche diplomatische Anstrengung, wie sie die Franzosen beim Zusammenstellen dieser Lösung erbracht. Für die aktuellen EG-Probleme heißt das, die Bilanz ist in einem wichtigen Punkt getrübt – doch irgendwie werden die Zehn den Scheiternhaufen schon zusammenkehren.

Zur Gemeinschaft, pflegt Helmut Kohl zu sagen, gibt es für uns keinen Hebelpunkt für ein künftiges vertieftes Kern Europa ansetzt, der Verbesserung des Binnenmarktes, so gibt es das Risiko von Mißverständnissen. Die heutige EG – also die Länder außerhalb der Zwei oder Sechs des Kerns – darf nicht zu einer bloßen Freihandelszone degradiert werden. Sie muß vielmehr fortentwickelt werden. Mit denen, die dazu bereit sind, Margaret Thatcher soll nicht aus der EG hinausgedrängt werden. Allenfalls kommt es dazu, daß sie stehen bleibt, während die anderen weitergehen. Für den Augenblick rechnet man jedenfalls nicht damit, daß Großbritannien austritt oder auch nur die Zahlungen storniert; man rechnet mit einem „endgültigen“ finanziellen Arrangement Londons mit der EG im Juni.



Die Dame stehenlassen? Gipfel-partner Mitterrand, Thatcher. FOTO: DPA

Deutsche keine Alternative. Genauso deutlich mußte er allerdings auch sagen, daß die Erweiterung der Sechser-Gemeinschaft auf zwölf Mitglieder zentralistische Kräfte freigesetzt hat, die schwer zu bändigen sind. Jede Erweiterung der EG – das war schon Helmut Schmidts durchaus zutreffende Einsicht – geht auf Kosten ihrer Vertiefung.

Mitterrand und Kohl sind derselben Meinung. Sie hegen nicht die Illusion, daß im Kreis der sechs Gründerstaaten alles eitel Sonnenschein sei, wohl aber hegen sie die Hoffnung, daß auf das Fundament der EG ein neues Stockwerk gesetzt werden kann. Ein Stockwerk, in dem sich die zusammenfinden, die weitergehen wollen, die einen (nahezu) uneingeschränkten Binnenmarkt verwirklichen, die politisch tatsächlich mit einer Zunge reden, die eine gemeinsame Sicherheitspolitik entwickeln wollen.

Wenn man an diesem banal klingenden Hebelpunkt für ein künftiges vertieftes Kern Europa ansetzt, der Verbesserung des Binnenmarktes, so gibt es das Risiko von Mißverständnissen. Die heutige EG – also die Länder außerhalb der Zwei oder Sechs des Kerns – darf nicht zu einer bloßen Freihandelszone degradiert werden. Sie muß vielmehr fortentwickelt werden. Mit denen, die dazu bereit sind, Margaret Thatcher soll nicht aus der EG hinausgedrängt werden. Allenfalls kommt es dazu, daß sie stehen bleibt, während die anderen weitergehen. Für den Augenblick rechnet man jedenfalls nicht damit, daß Großbritannien austritt oder auch nur die Zahlungen storniert; man rechnet mit einem „endgültigen“ finanziellen Arrangement Londons mit der EG im Juni.

Das größte Mißverständnis allerdings wäre es, wenn die Initiatoren des neuen Kern Europa glaubten, damit die aktuellen Probleme der Zehner-Gemeinschaft lösen zu können. Die gehören weiterhin auf dem Ministeratstisch von Brüssel. Aber Kohl und Mitterrand haben das richtige Gespür für die Stimmung unter den Bürgern, wenn sie meinen, daß das allein nicht ausreicht.

IM GESPRÄCH G. Ranocchini

Kommunistin an der Spitze

Von Klaus Rühle

Eine der kleinsten und ältesten Republiken der Welt, San Marino, hat seit kurzem ein weibliches Staatsoberhaupt oder, genauer gesagt, ein halbes Staatsoberhaupt weiblichen Geschlechts. Denn die Verfassung von San Marino sieht vor, daß die Leitung der Zwergrepublik von einem Zweigespann wahrgenommen wird, den sogenannten „Capitani Reggenti“. Jetzt besteht das Tandem aus dem Sozialisten Giorgio Crescentini und der 27-jährigen Kommunistin Gloria Ranocchini. Es ist das erste Mal, daß ein westeuropäisches Land eine Kommunistin an die Staatsspitze gestellt hat.

Gloria Ranocchini ist ebenso hübsch wie tatkräftig. Sie stammt aus einer kinderreichen Arbeiterfamilie und will eine ganze Reihe von Reformen durchsetzen. Vor allem geht es ihr um das Familienrecht. In San Marino gibt es bis heute weder die Scheidung noch die Gütertrennung. Mit beiden Vorschlägen kann sich auch eine Kommunistin dort beliebt machen. Ebenso liegt ihr die Frage der San Marinese Staatsangehörigkeit am Herzen. Nach einem Gesetz aus dem 17. Jahrhundert verlieren Frauen, die einen Ausländer heiraten, automatisch das Bürgerrecht von San Marino. Ein Volksbegehren vor mehr als zwei Jahren blieb ohne Folgen. Obwohl nach der Verfassung der Mitterrepublik die Gesetzgebung dem aus sechzig Abgeordneten bestehenden Parlament vorbehalten ist, spricht sich viel dafür, daß es der Energie Frau Ranocchinis gelingen wird, ihre Reformpläne zu verwirklichen.

San Marino zählt rund zwanzigtausend Staatsbürger, von denen jedoch fast ein Drittel im Ausland, vorwiegend in Italien, lebt. Die Geschichte der Zwergrepublik beginnt im Jahre 300 n. Chr., als sich ein dalmatinischer Sklave namens Marino, Steinmetz von Beruf, der Verfolgung unter Kaiser Diokletian durch die Flucht



In San Marino gewählt: Gloria Ranocchini. FOTO: AP

entzog und auf dem Titanoberg bei Rimini eine religiöse Gemeinschaft gründete. Die neue Gemeinde gewährte immer mehr Verfolgten Asylrecht und entwickelte sich zu einem eigenen kleinen Staatswesen, dessen Unabhängigkeit im Jahre 885 Anerkennung erlangte. Der italienische Staat respektierte von seiner Gründung an die Unabhängigkeit der Republik San Marino.

Heute ist die Zwergrepublik vor allem bei Urlaubern und Briefmarkensammlern bekannt und beliebt. Staatschefin Gloria Ranocchini demontiert nachdrücklich, schon die Parteilinie gebietet es ihr, daß San Marino wie Liechtenstein und andere Miniaturstaaten ein Steuerparadies sei. „Wir sind ein Volk, das arbeitet und produziert und einen hohen Lebensstandard hat, einen höheren als Italien. Aber für Schmarotzer ist bei uns kein Platz. Und Verbrecher haben wir hier auch nicht – abgesehen von ein paar Taschendiebstählen.“

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Der gescheiterte EG-Gipfel ist das Thema vieler Zeitungen:

THE TIMES

Das Verhalten sowohl Mitterrands wie Frau Thatchers bei getrennten Pressekonferenzen nach dem Gipfeltreffen zeigte, daß beide bereits versuchten, mögliche Kritik politischer Opponenten an der Heilmfront abzuwehren. Keiner von beiden zeigte auch nur das geringste Anzeichen zur Übernahme von Verantwortung für den Fehlschlag. (London)

BERLINGSKE TIDENDE

Die Konfrontation zwischen Großbritannien und den übrigen EG-Staaten wird sich nun voll entfalten. Die EG wird die Rückzahlungen an London vorläufig weiter blockieren. Margaret Thatcher will ihre Drohung wahr machen und alle Zahlungen an die EG einstellen. (Kopenhagen)

Il Messaggero

Es steht nun das Überleben des Gebäudes selbst auf dem Spiel, das vor 25 Jahren zur Bildung einer wirtschaftlichen und politischen europäischen Einheit geschaffen wurde. Der Bruch ist total. Die Hauptverantwortung dieses Fiaskos trägt Großbritannien. (Rom)

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Die von Frau Thatcher eröffnete Debatte führt weit über das Geld hin-

aus. Wenn die Eiserne Lady so sehr auf ihrer Position beharrt, dann nur, weil sie ein anderes als das jetzige Europa will. Nicht das Europa, das 60 Prozent des Geldes ausgibt, um rund acht Millionen Bauern, also kaum vier Prozent der Bevölkerung, zu unterstützen. Die Industriellen, die Geschäftsleute in Frankreich, Deutschland und Italien sind nicht weit von der Tonlage der Briten entfernt.

FINANCIAL TIMES

Die Sackgasse birgt kurzfristige das Risiko einer wachsenden politischen Kluft zwischen Großbritannien und seinen Partnern... Viele europäische Politiker werden versuchen, eine mögliche Blockade der EG-Beiträge durch Großbritannien auszunutzen, um den Eindruck der totalen britischen Isolation und Unnachgiebigkeit zu verstärken. (London)

NEUE RUHR ZEITUNG

Trotz aller Zugeständnisse der anderen neun focht „Maggie“ mit dem Rücken zur Wand für britische, nicht für europäische Interessen. Das britische Hemd – mag es auch noch so klein sein – scheint ihr näher zu sein als der geflickte europäische Rock. Dazu kam der Eklat durch den irischen Ministerpräsidenten. Zum erstenmal in der EG-Geschichte verließ ein Regierungschef aus Verärgerung einen Gipfel. Solange die EG nur kränkelhaft als „Selbstbedienungsladen“ gesehen wird, kann es keine europäische Zukunft geben. (Essen)

Zumindest gab es kein syrisches Diktat in Lausanne

Teilung, Krisen und Ungewißheit bleiben das Schicksal Libanons / Von Peter M. Ranke

Vor dem Abflug aus der Stadt Lausanne kaufte sich der Drusen-Chef Walid Dschumblatt (34) eine Pistole. Ein Hinweis auf das, was in Libanon nach der „Versöhnungskonferenz“ ohne Versöhnung bevorsteht? Neun Jahre Krieg und Krise in diesem kleinen Staat haben alle Fronten so verfestigt, daß es nicht gelang, Libanon in einer neuntägigen Konferenz wieder zu befrieden und die Macht neu zu verteilen.

Man spricht in Lausanne von einem Fehlschlag, weil keine politischen Reformen und kein neues Kabinett der nationalen Einheit vereinbart werden konnten. Dieser Fehlschlag trifft vor allem Staatspräsident Amin Gemayel und den syrischen Vizepräsidenten Khaddam, den angeblich so mächtigen „Vermittler“. Ein Erfolg ist aber zweifellos, daß er in Lausanne kein syrisches Diktat durchsetzen konnte – oder auch nicht wollte.

Die Syrer brauchen jetzt Ruhe in Libanon, in ihrer „West Bank“, nicht zuletzt wegen innerer Machtkämpfe. Zudem sind ihnen die Stärke und der revolutionäre Klan

der fanatischen Schiiten in Beirut unheimlich, weil abzusehen ist, daß der gemäßigte Amal-Chef Nabih Berri unter den Druck der „Khomeinisten“ gerät. Auch die Drusen sind keine gehorsamen Bundesgenossen.

Walid Dschumblatt erwies sich in Lausanne als Enfant terrible der Konferenz. Er ist unberechenbar, auch in seinen Kontakten mit den Israelis oder der PLO. Aus diesen Gründen will Khaddam das vorsichtige Zusammenspiel zumindest mit der christlichen Kataeb-Partei des Präsidenten Amin Gemayel und seines greisen Vaters Pierre keineswegs aufgeben. Kurz Damaskus sucht noch nach einem Gleichgewicht in Beirut und will keine unkontrollierbare Vorherrschaft der radikalen Kräfte. Syrien hat sich nach dem Sieg in Libanon ein neues Ziel gesetzt: Damaskus will mit Hilfe der Saudis und anderer Araber-Staaten Ägypten aus dem Friedensvertrag von Camp David (1979) herausbrechen. Damaskus wird dabei durch den Abzug der Amerikaner aus Beirut und die Tatsache bestärkt, daß die USA die libanesisch-israelischen Abma-

chungen nicht retten konnten. Die syrische Strategie, die nicht die Abhängigkeit, aber die Unterwerfung der Christen vorläufig ausschließt, kam auch den sunnitischen Vertretern wie Kerame aus Tripoli und Saeb Salam aus Beirut zugute, die ähnlich den christlichen Politikern um ihren Einfluß fürchteten. Wie der christliche Ex-Präsident Frangieh, der sich gegen die Verringerung der Präsidentenmacht aussprach, wandten sich Kerame und Salam gegen geschmälerte Befugnisse für den sunnitischen Regierungschef. Damit standen sie unversehens in einer Front mit den christlichen Politikern, die die von Drusen und Schiiten angestrebte Neuverteilung der Macht in einem inkonfessionalisierten „neuen Libanon“ ablehnten. Die in Damaskus gezimmerte Oppositionsfront ist nicht zu lösen. Dabei entspricht der christliche Vorschlag für eine künftige Föderation am besten den Realitäten, wie sie sich in den letzten zehn Jahren entwickelt haben. Niemand kann heute nach unsäglichen Blutopfern und Vertreibungen Christen, Drusen oder Schiiten zwingen, zusammen zu leben. Nur

war. Allerdings sind auch die älteren christlichen Politiker wie Pierre Gemayel und Chamoun durchaus bereit, in Parlament und Verwaltung statt des bisherigen Verhältnisses 6:3 zu ihren Gunsten ein Gleichgewicht von 5:5 zwischen Christen und Moslems gelten zu lassen. Das war den starrköpfigen Chefs der Drusen und Schiiten nicht genug, wohl aber dem Syrer Khaddam.

Trotz zahlloser Einzelgespräche waren zentrale Konferenzthemen wie die neue Regierungsbildung und die Entscheidung, ob der „neue Libanon“ ein eher säkularer Zentral-Staat oder besser eine Föderation aus drei oder vier autonomen Gebieten (entsprechend den Religionsgrenzen) sein soll, wegen der Halsstarrigkeit auf allen Seiten nicht zu lösen. Dabei entspricht der christliche Vorschlag für eine künftige Föderation am besten den Realitäten, wie sie sich in den letzten zehn Jahren entwickelt haben. Niemand kann heute nach unsäglichen Blutopfern und Vertreibungen Christen, Drusen oder Schiiten zwingen, zusammen zu leben. Nur

ein Nebeneinander scheint noch möglich.

Die christlichen Parteien, vor allem die jetzt unabhängig von den Gemayels operierende Streitmacht „Forces Libanaises“ unter Fadi Frem, nutzen das für ihre Politik der Unabhängigkeit gegenüber Syrien. Absprachen mit Drusen und sogar Israelis über ein friedliches Nebeneinander sind nicht mehr unmöglich. Denn die Christenmiliz hat auf ihrer Seite die Familie Chamoun, die aus dem Schuf stammt, als Clan politisch immer mit den Drusen zusammengearbeitet hat, für ihre Miliz aber als erste Waffen aus Israel bezog.

Die Konferenz in Lausanne hat zwar viele Hoffnungen enttäuscht, aber auch Möglichkeiten für ein Weiterleben Libanons eröffnet. Doch die Teilung ist vorläufig das Schicksal, das Land bleibt den mächtigen Nachbarn unterworfen. So ohnmächtig wie die Libanesen im Luxushotel „Beau Rivage“ den abendlichen TV-Nachrichten über die Kämpfe in Beirut zuschauten, so ohnmächtig haben sich wieder ihre Politiker erwiesen.

Auch wer billig fliegt, darf bald umsteigen

Für Touristen werden die Linienflüge in die USA billiger. Was den Reisenden freut, hat aber auch seine Schattenseiten.

Von GERD BRÜGGEMANN

Mitte Februar gab das Bundesverkehrsministerium in Bonn bekannt, es habe die Tarifbestimmungen für Linienflüge nach Nordamerika so geändert, daß mit Beginn des Sommerflugplans Mitte Juni die Touristen-Preise für Transatlantikreisen wesentlich gesenkt werden könnten. Die Deutsche Lufthansa zögerte nicht und verkündete neue Preise, die teilweise um mehrere hundert Mark unter den bisherigen Tarifen liegen.

Anerkennung für diese vermeintlich gute Tat blieb beiden bisher jedoch versagt. Die fachlich orientierte Presse bezeichnete die Maßnahme nahezu übereinstimmend als unverständlich und der Präsident des Deutschen Reisebüroverbandes Otto Schneider nannte sie „dirigistisch“.

Um was geht es? Die internationalen Linienfluggesellschaften haben seit Beginn der siebziger Jahre Schwierigkeiten, die damals neu angeschafften Flotten von Großraumflugzeugen rentabel zu füllen. Die Zahl der Geschäftsreisenden, die bevorzugten Kunden dieser Unternehmen, ließ sich nicht vergrößern. Den Touristen aber waren die Linienfluggesellschaften zu teuer. Die nun einsetzende Preisschmelze und das Experimentieren mit zahllosen Sondertarifen erhöhte zwar den Ladefaktor, führte aber zu Erlösverlust und Verlusten.

Ende der siebziger Jahre dann entschlossen sich die Unternehmen das Tarifchaos wenigstens etwas zu entwirren. Neben der ersten Klasse werteten sie die Economy-Klasse etwas auf und nannten sie Business-Klasse. Zusätzlich wurde die Touristen-Klasse geschaffen, für die ein neues Preissystem entwickelt wurde, das den Namen Holiday-Tarif erhielt und im Durchschnitt nicht einmal halb so teuer ist wie der Business-Tarif.

Um nun die Geschäftsreisenden davon abzuhalten, auf ein wenig Bequemlichkeit und den freien Ausschank alkoholischer Getränke zu verzichten, dafür aber tausend Mark und mehr zu sparen, wurden die Holiday-Tarife mit einem Zeil von Restriktionen umgeben. So muß die Buchung von Hin- und Rückflug spätestens 30 Tage vor dem Abflug erfolgen, der Mindestaufenthalt im Zielland beträgt zwei Wochen. Zubringer und Anschlussflüge müssen gesondert zu Normaltarifen gebucht werden und Umbuchungen sind nicht erlaubt.

Ein großer Teil der Touristen nahm diesen Tarif an und die Linienfluggesellschaften füllten sich wieder besser. Ein größerer Teil des Publikums jedoch mochte nicht in der dritten Klasse des Linienfluges sitzen und flog lieber gleich mit einklassigen Chartergesellschaften (unter dem Stichwort ABC-Flug) in gleichen modernen Maschinen wie die Linienfluggesellschaften, vielfach mit großzügiger Sitzplatzanordnung und besserem Service als in der „Holzklasse“ der Linie. Und

dies zu einem Preis, der noch um 100 bis 200 Mark unter den Holiday-Tarifen liegt.

Alles in allem bildete sich im Laufe der Jahre zwischen den beiden Verkehrssystemen ein relativ stabiles Gleichgewicht aus, das in letzter Zeit allerdings zunehmend durch die amerikanische Luftverkehrspolitik gestört wird. Die Amerikaner hatten in der Carter-Präsidentschaft alle Regulierungen des Luftverkehrs im eigenen Lande aufgehoben und bei dem Versuch, diese Errungenschaft zu exportieren, den europäischen Linienfluggesellschaften, darunter auch der Lufthansa, eine Vielzahl neuer Verkehrsrechte eingeräumt, die diese auch eifrig nutzen.

Die Amerikaner gewannen freilich den Eindruck, daß die Europäer ihre Großzügigkeit nicht angemessen honorierten und sie begannen deshalb Druck auszuüben.

Die Wünsche der amerikanischen Luftverkehrspolitik richteten sich in erster Linie auf die Holiday-Tarife. Sie wollten sie bei Beibehaltung von Vorausbuchungspflicht und Mindestaufenthalt so umgestalten, daß Anschlussflüge, Umsteigen und ein Wechsel der Fluggesellschaft für Hin- und Rückflug möglich wird. Die Lufthansa hat sich gegen dieses Ansinnen einige Zeit gesperrt, dann aber erkannt, daß der Widerstand wohl nicht durchhalten ist und sich deshalb an die Spitze der Bewegung gestellt.

Lufthansa-Verkaufsvorstand Günter Eser verspricht sich von den neuen Tarifen ein „erhebliches Mehraufkommen“. Die praktisch ertragslosen Zubringerflüge für Holiday-Passagiere von Hannover oder Stuttgart zum Beispiel nach Frankfurt stören, so Eser, den innerdeutschen Luftverkehr nicht, denn, so meint er, sie er-



Ob Linie oder Charter: Nur mit Touristen lassen sich die Großraumflugzeuge kostendeckend füllen. FOTO: DPA

folgen durchweg zu Zeiten, in denen es sowieso kein eigenständiges Aufkommen dafür gibt. Die Preissenkungen nach Amerika lassen in der Tat zusätzliche Passagiere erwarten. Sie differieren je nach deutschem Flughafen zwischen 302 Mark (Hamburg) und 100 Mark (Nürnberg).

Was jedoch nicht so recht klar wird, ist, wie die Lufthansa das „erhebliche Mehraufkommen“ aufnehmen will. Die deutsche Gesellschaft beförderte im vergangenen Jahr auf der Nordatlantik-Strecke schon 50 Prozent des Transatlantik-Linienverkehrs; die andere Hälfte teilen sich amerikanische Gesellschaften. Genauso viele saßen in Chartermaschinen. Von den 1,125 Millionen Lufthansa-Passagieren von und nach den USA entfielen fünf Prozent auf die erste (Ladefaktor 30 Prozent) und 18 Prozent auf die Business-Klasse (Ladefaktor 40 Prozent). 77 Prozent benutzten die Touristmus-Klasse (Ladefaktor 78 Prozent).

Nun weiß jeder, der sich mit Linien-Luftverkehr beschäftigt, daß

ein Ladefaktor von fast 80 Prozent praktisch nicht mehr zu erhöhen ist. Wenn die Lufthansa also nicht den Platz der hochtarifizierten Geschäftsleute, die den Ertrag bringen, einschränken will, um Raum für die billig fliegenden Touristen zu gewinnen, wird sie selber das Mehraufkommen nur zum geringen Teil abfliegen können. Dieses Geschäft, wenn es denn eines ist, ginge also an die amerikanischen Luftverkehrsgesellschaften.

Nicht ohne Grund argwöhnt denn auch Reisebüro-Verbandspräsident Schneider, daß die Gewichte zwischen dem Charter- und dem Linienverkehr verschoben werden sollen, daß deutsche Charterfluggesellschaften mit Unterstützung des Bundesverkehrsministeriums zugunsten amerikanischer Linienfluggesellschaften beabsichtigt werden könnten. Ob solche Sorgen berechtigt sind, steht noch dahin, denn bisher haben die Chartergesellschaften sich wegen ihres guten Preis-Leistungsverhältnisses immer noch als sehr le-

bensfähig erwiesen. Aber darum geht es gar nicht in erster Linie. Vor Preiswettbewerb, der auch den Kunden nützt, fürchten sich weder die Reisebranche noch die Chartergesellschaften. Was sie aber verärgert, ist der administrative Eingriff der Luftverkehrsbehörde in den Markt, das heißt: Sie stört der Zeitpunkt zu dem die neuen Tarifmaßnahmen in Kraft treten.

Die Organisatoren des ABC-Verkehrs nach Amerika haben ihre Prospekte für den Sommer 1984 seit Dezember vorigen Jahres auf dem Markt. Daß vom 15. Juni ab nun verbilligt auf der Linie geflogen werden kann – das Bundesverkehrsministerium wollte zunächst gar den 1. April – brachte sie in arge Verlegenheit. Um ihre Kundschaft nicht zu verprellen, sahen sie sich veranlaßt, auch ihre Flugpreise zu senken, was die größten Unternehmen, die ja schon vor Monaten die Fluggesellschaften gechartert haben, durchaus einige Millionen Mark kosten kann.

WIE WAR DAS?

Als François Mitterrand gegen die KPF kämpfte

Von A. GRAF KAGENECK

Vor einigen Wochen gab es in der französischen Nationalversammlung einen ganz seltenen Fall: Drei Abgeordnete der Opposition wurden vom sozialistischen Kammerpräsidenten Mermaz von drei Sitzungen ausgeschlossen, weil sie die Vergangenheit des Staatspräsidenten Mitterrand als Widerstandskämpfer im Zweiten Weltkrieg in Zweifel gezogen hatten.

Ungleich wichtiger für den politischen Alltag in Frankreich ist ein anderer Aspekt der Vergangenheit Mitterrands: War er, ist er immer noch ein Anti-Kommunist? Und da gibt es ein neu erschienenes Buch erschöpfende Auskunft über die Frage. Es beschäftigt sich mit einer 1946 gegründeten politischen Partei, deren Renommee in Frankreich einmal sehr groß war, kaum jedoch über die Grenzen des Landes hinaus gedungen ist. Sie hieß „Union der demokratischen und sozialistischen Widerstandskämpfer“ (UDSR). Zu ihren Gründern gehörte, neben Gaullisten, Sozialisten und Volksrepublikanern auch ein gewisser François Mitterrand. Von Beruf Anwalt, Ex-Präsident des Kriegsgefangenenverbandes und frisch gewählter Abgeordneter des Nièvre-Departements. Bald konnte sich der feurige junge Mann an die Spitze der kleinen Partei schwingen.

In den Jahren bis zur Gründung der 5. Republik spielte die UDSR bei den häufigen Regierungswechseln der 4. Republik oft eine ausschlaggebende Rolle, sah sich der gewitzte Politiker Mitterrand immer wieder in den Stand des „Königsmachers“ versetzt, wenn es galt, diesen oder jenen Ministerpräsidenten zu bestimmen. 1958 gehörte die UDSR mit ihren 12 Abgeordneten zu den Fraktionen der Nationalversammlung, die gegen die Verfassung der 5. Republik stimmten.

Was aber viele heute nicht mehr wissen: Mitterrand war damals keineswegs ein Sozialist, sondern ein Mann der Rechten, ja der extremen Rechten. Er war vor allem ein fanatischer Anti-Kommunist. Er hat sich damals mehrfach gegen die von den Kommunisten befürworteten Verstaatlichungspläne der ersten Nachkriegsregierungen gewandt, die er dann fast 40 Jahre später als sozialistischer Präsident Frankreichs aufgriff. 1947 war Mitterrand Minister im Kabinett des Sozialisten Raymond, der die seit 1945 andauernde Beteiligung der Kommunisten an der Regierung beendete.

Vier Jahre später wollte Mitterrand die Verhältniswahl einführen, weil sie erlaubt hätte, alle demokratischen Parteien gegen die KPF zusammenzuschließen, die der Parteilich damals als „extremistisch“ einstufte. Heute sitzen vier Kommunisten in Mitterrands Volksfrontregierung. Doch die KPF hat den Staatschef jene Jahre nicht vergessen.

Kurt Birrenbach – der geheime Diplomat

Ein Mann, der diskret und wirkungsvoll deutsche Außenpolitik beeinflusst hat, erinnert sich: Kurt Birrenbach schildert in einem neuen Buch seine Sondermissionen im Auftrag der Kanzler Adenauer, Erhard und Kiesinger.

Von GEORG SCHRÖDER

Als Bundeskanzler Adenauer im Januar 1963 in der Fraktionssitzung der CDU/CSU den Inhalt des von ihm mit General de Gaulle ausgehandelten deutsch-französischen Vertrages vortrug, widersprach ihm ein einziger Bundestagsabgeordneter der Union mit der Begründung, daß eine deutsch-französische Union unter gleichzeitiger Ablehnung des Beitritts Großbritanniens in die Europäische Gemeinschaft sowohl für den Bestand der EG als auch des Atlantischen Bündnisses gefährlich sein könnte. Dieser Mann war Kurt Birrenbach.

Der Sturm, den der deutsch-französische Vertrag nicht nur in Bonn entfesselte, gehört

längst der Geschichte an. Aber wer weiß eigentlich, daß Kurt Birrenbach der Vater der Prämambel ist, mit der gegen den Widerstand Adenauers der deutsch-französische Vertrag in die Gesamtstruktur der deutschen Nachkriegspolitik eingebaut wurde?

Besprechungen mit Jean Monnet, mit Herbert Wehner, der ebenso wie Birrenbach Mitglied des Monnet-Komitees für die Einigung Europas war, Auskünfte, die Birrenbach bei dem Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes über die Konsequenzen einer solchen Prämambel einholte, eine geheime Reise nach Paris, um sich bei einem ihm bekannten Kabinettsmitglied der Regierung de Gaulle nach der französischen Einschätzung einer Prämambel zu erkundigen, drei Unterredungen mit Konrad Adenauer – das waren die Aktivitäten Birrenbachs, an deren Ende am 18. Mai 1963 die Annahme dieser Prämambel im Bundestag stand.

Ist dies ein Musterbeispiel für Außenpolitik, die ein Mann auf eigene Rechnung und Gefahr an der von ihm mitgetragenen Bun-

desregierung vorbei betreibt? Diese Frage der Doppelgleisigkeit deutscher Außenpolitik hat über viele Jahre hinweg Bonn immer wieder beschäftigt, und das keineswegs erst seit der Syrien-Reise des bayerischen Ministerpräsidenten. Daß führende Männer der SPD wie Brandt und Baer unter der Kanzlerschaft Helmut Schmidts eine doppelgleisige Außenpolitik entwickelten, die bewußt im Gegensatz zum offiziellen Kurs und damit zum Auswärtigen Amt stand, war peinlich, aber im Grunde nicht neu.

Aber Kurt Birrenbach ist ein anderer Fall. Wer je daran gezweifelt haben sollte, dem liegt der Gegenbeweis jetzt auf dem Tisch. Der 76-jährige hat sich die Zeit genommen für ein Buch („Meine Sondermissionen“, Econ Verlag), an dem kein Historiker vorbeigehen kann, weil es viele bisher unbekannte Fakten aus zwei Jahrzehnten deutscher Außenpolitik zugänglich macht.

Kurt Birrenbach, ein deutscher Patriot, der von seinen Jugendjahren an ein leidenschaftliches Interesse der Außenpoli-

tik entgegenbrachte, kehrte 1952 aus Argentinien zurück, um seinem Vaterland wieder dienen zu können. Er wurde der Mann von Thyssen, wurde einer der führenden Industriemanager und nutzte seine finanzielle Unabhängigkeit und zugleich seine hervorragenden Verbindungen – vor allem zu maßgebenden Amerikanern, um als Bundesabgeordneter und freier Mann außenpolitisch zu wirken. Ohne einen Anflug von Eitelkeit, aber – um Kurt Georg Kiesinger zu zitieren – mit analytischer Kraft, prognostischem Mut und unglaublich zäher Beharrlichkeit pflegte er seine weltweiten persönlichen Verbindungen und vergrößerte Wirkung im Dienste deutscher Außenpolitik.

Dieser Hintergrund muß erwähnt werden, um zu erklären, warum die drei Bundeskanzler Adenauer, Erhard und Kiesinger diesen keineswegs bequemen Kurt Birrenbach in kritischen Situationen mit Sondermissionen beauftragt haben. Der Öffentlichkeit wurde davon nur eine bekannt. 1963 hatte ihm

Erhard den dornigen Auftrag erteilt, in Israel über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die gleichzeitige Ablösung geheimer deutscher Waffenlieferungen zu verhandeln.

Adenauer entsandte ihn während der Berlin-Krise 1961 in die USA. Über seine damaligen streng vertraulichen Gespräche mit führenden Amerikanern erfährt man jetzt zum Teil bedrückende Fakten. Ebenso ist vieles neu, was bei einer anderen von Erhard veranlaßten Amerika-Reise auf der Suche nach einer politischen Ersatzlösung für die gescheiterte mehrseitige Atomflotte erörtert wurde. Was würden die Amerikaner militärisch tun, wenn die in Böhmen einmarschierten Sowjet-Streitkräfte dort nicht an der deutschen Grenze stehen bleiben würden? Im Auftrag des Bundeskanzlers Kiesinger suchte Birrenbach 1968 die Amerikaner von dem Ernst der Lage zu überzeugen.

Es waren Probleme, die heute nicht minder schicksalhaft sind und an deren Bewältigung Birrenbach mitwirkte.



Von 1957 bis 1976 im Bundestag: Kurt Birrenbach (CDU) FOTO: DPA



SELBST IN PIESPORT KRIEGEN SIE MIT EINER EUROCARD NOCH DIE KURVE.

An der Alster, der Spree oder der Isar mit einer Kreditkarte zu zahlen ist einfach. Damit es auch einfach bleibt, wenn Sie das Großstadtkreditplaster mal verlassen, sollte auf Ihrer Kreditkarte EUROCARD stehen.

Mit nahezu 30.000 Vertragspartnern in Deutschland haben wir sichergestellt, daß Sie sogar in idyllischen Moseltälchen zu einem guten Essen, einem guten Tröpfchen und einem „Gute Nacht“ im Hotel kommen.

Genauso wie in allen anderen landschaftlich reizvollen Ecken Deutschlands: ob Sie im Schwarzwald ein Auto mieten, in der Lüneburger Heide eine heidsieckelartige Wolle kaufen oder an der Ostsee frische Scholle schlemmen.

Und dieses dicke Netz bietet Ihnen EUROCARD nicht nur zu Hause: Durch die Zusammenarbeit mit Access, einer der englischen Top-Cards, und Amerika's MasterCard stehen Ihnen 3,3 Millionen Vertragspartner offen – rund um die Welt.

Eine EUROCARD bekommen Sie über Ihre Bank oder Sparkasse, deren Berater in allen Fragen kompetente Gesprächspartner sind. Oder über ein Postscheckamt.



EUROCARD. WORLDWIDE CREDIT - MADE IN GERMANY.

Ein Service der deutschen Banken und Sparkassen.

Mysteriöser Tod am Grenzübergang Herleshausen

BERND HUMMEL, Eschwege
Bei der Paßkontrolle am nordhessischen Grenzübergang Herleshausen hat sich am Dienstagabend der 36 Jahre alte Polizeihauptmeister Rolf Dieter Maier aus Zweibrücken erschossen. Kriminalpolizei und Grenzschießdienst schlossen nicht aus, daß der Beamte zuvor versucht hatte, in die „DDR“ umzusiedeln.

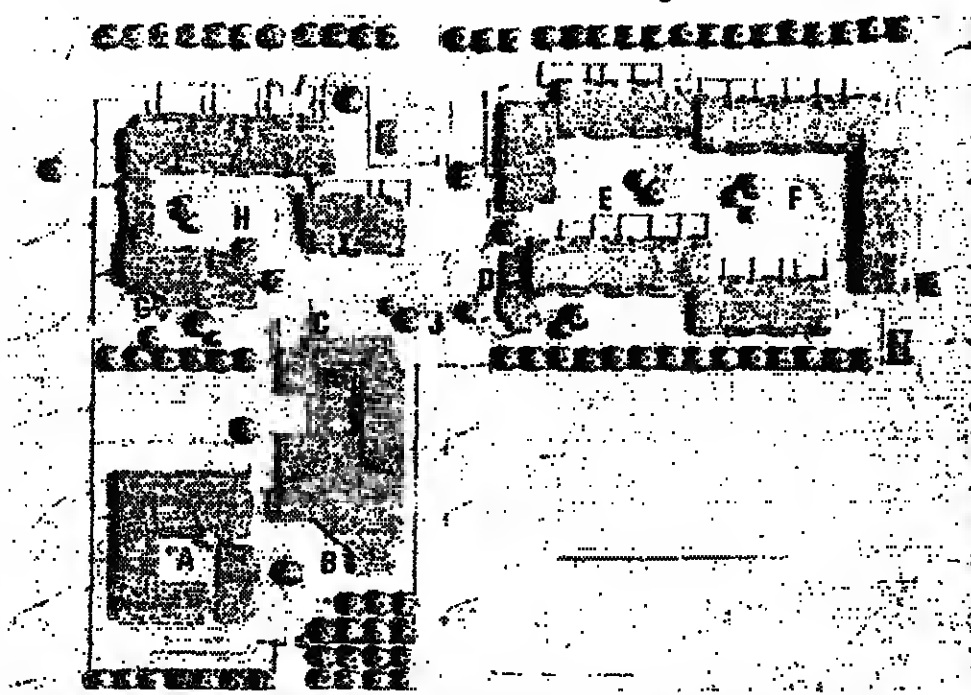
Nach ersten Ermittlungen hatte der 36jährige gegen 17 Uhr bei der Ausreise in Richtung „DDR“ nach seinem Reiseziel befragt, West-Berlin angegeben. Am Abend fiel das Fahrzeug des Grenzschießdienstes auf, als der Mann seinen Paß zur Wiedereinreise in die Bundesrepublik vorlegte. Weil er einen Führerschein nicht vorweisen konnte, wurde er mit seinem Pkw in eine Sonderspur gewinkt, auf der er während der Überprüfung warten sollte.

Als Grenzschutzbeamte den 36jährigen zu einer Befragung aus dem Fahrzeug holen wollten, war der Mann bereits tot. Er hatte sich hinter den Lenkarm seines Wagens mit seiner Dienstpistole des Fabrikats Walther P3 durch einen Herzschuß getötet.

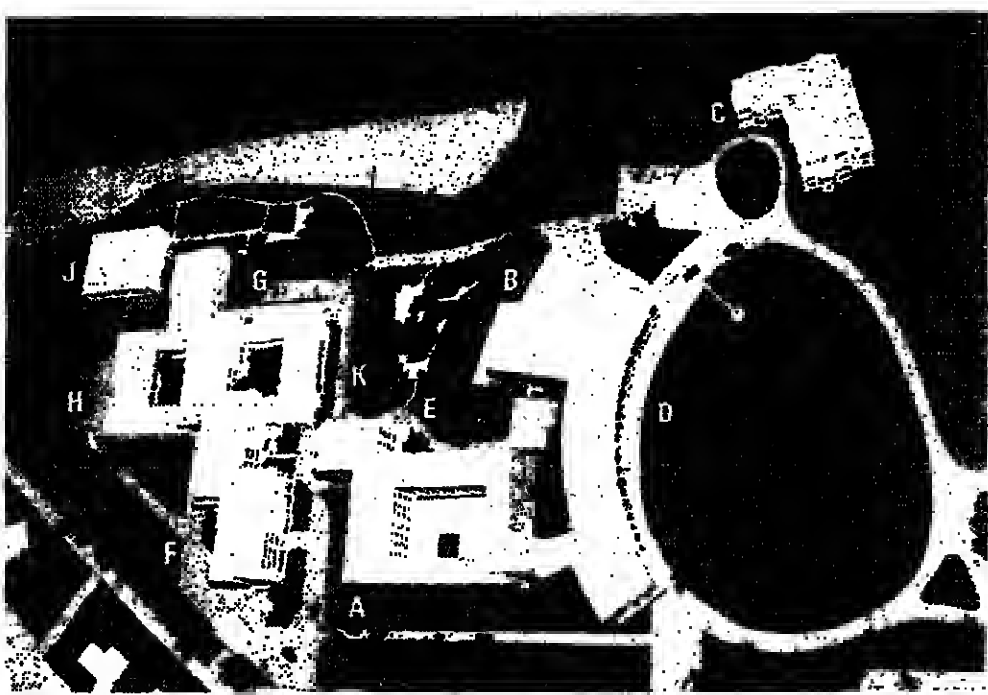
Unklar ist, wo sich der Beamte zwischen Ausreise und Wiedereinreise aufgehalten hat. Die Kriminalpolizei in Eschwege prüft derzeit, ob der in Halle an der Saale geborene Mann zuvor vergeblich versucht hatte, bei den „DDR“-Behörden am thüringischen Kontrollpunkt Wartha eine Umsiedlungsgenehmigung zu erhalten. Finanzielle Probleme und die Tatsache, daß dem Beamten vor zwei Wochen wegen eines Alkoholdelikts der Führerschein abgenommen wurde, lassen diesen Schluß zu.

Im Fahrzeug des Mannes befanden sich außer der Dienstpistole noch Handschellen sowie zwei Polizeimitzen, zwei Uniformjacken und sein Dienstausweis. Die Kriminalpolizei schließt daraus, daß der 36jährige am „DDR“-Übergang Wartha von den „DDR“-Grenzposten nicht genauer kontrolliert wurde.

Deutschland und die Sowjetunion bauen neue Botschaften in Moskau und Bonn



Deutsche Botschaft in Moskau auf den Leninhügeln: A: Botschaftskanzlei, B: Mehrzweckbau mit Empfangssaal, Schwimmbad, Turnhalle, C: Schule für die deutschen Kinder im Bereich des Mehrzweckbaus, D: Kindergarten, E: Großer Wohnkomplex für die Angehörigen der Botschaft und das Personal, F: Teich in einer hügeligen Gartenlandschaft, G: Wohnung für den Gesandten der Botschaft, H: Zweiter Wohnbereich für Mitarbeiter, J: Schulhof. FOTO: ROGALLA



Die Botschaft der Sowjetunion auf der Viktorshöhe in Bonn: A: Kanzleigebäude, B: Großer Eingangsbereich mit Repräsentationsräumen für Empfänge und Kino, C: Die alte Botschaft, das Haus „Viktorshöhe“, D: Große Diplomatenauffahrt, E: Botschaftsgarten, F: Wohntrakte für Diplomaten und Botschaftspersonal, G: Club der Botschaft mit Bar und Billard, H: Schule, J: Turnhalle, K: Turmförmiger Anbau mit Wohnung für den Botschafter. FOTO: KEIL

Auf der Viktorshöhe wurden die Bäume nummeriert

Von EVI KEIL

Als die Botschaft bis in die siebziger Jahre in Rolandseck saß, überflutete der Rhein im Winter regelmäßig den Eingang zur Botschaft. Solche Sorgen mit wiederkehrendem Hochwasser gehören für die Sowjets endgültig der Vergangenheit an. Um die Viktorshöhe in Bad Godesberg zu überschwemmen, „mußten schon die Polkappen schmelzen“, so ein Sowjetdiplomate. In einer sehr kurzen Bauzeit von nur drei Jahren will der sowjetische Bauingenieur Gratschow das Prestigeobjekt, die neue Botschaft, mit sämtlichen Nebengebäuden, fertigstellen.

Der Auftrag für den Neubau der Botschaft ging an die deutschen Firmen

men Hoch-Tief und Wayss-Freitag, Frankfurt. Vorher wurde im Bonner Auswärtigen Amt ein Übergabeprotokoll unterzeichnet, das eine umweltschonende Klausel enthält: Jeder wertvolle Baum im Bereich der Viktorshöhe wurde nummeriert und muß erhalten werden. Gratschow zur WELT: „Das hat uns die deutsche Seite vorgeschrieben, den Park auf jeden Fall zu bewahren.“

Die Sowjets haben es in dem alten englischen Garten besonders leicht, Einrichtungen für die Kinder der Botschaftsangehörigen einzuplanen. Und da wurde fast an alles gedacht: An ein Schwimmbad, an die Schaukel, die Rutsche, an ein Schach im Freien und an eine Torwand. Im Club finden die Eltern Billard und Bar.

Dem Bestreben, möglichst autark zu sein, Kontakte nach außen zu vermeiden, dienen weitere Einrichtungen: Im halbrunden Empfangsgebäude werden ein Kino und eine Bibliothek für den Hausgebrauch untergebracht. Am Rande des Parks entsteht ein Volleyball- und ein Tennisplatz. Das bisherige Wohnhaus der Sowjets in der Peter Schwingenstraße im Bereich des Metzentals in Bad Godesberg, soll verkauft werden. Gratschow verweist auf ein Regierungsabkommen mit Bonn aus dem Jahr 1974. Auch die deutsche Botschaft in Moskau soll ihre bisher genutzten Gebäude, außer der Residenz, an den sowjetischen Staat zurückgeben.

Das große Projekt der deutschen Botschaft in Moskau bereitet den

Verantwortlichen viel größere Sorgen. Die Sowjets verlangen ursprünglich, den großen Baukomplex, in dem sie die Rohbauten erstellen, in Fertigteilen zu bauen. Sie stießen auf den heftigen Widerstand der deutschen Seite. Bonn setzte sich durch: Es bleibt bei der anspruchsvolleren konventionellen Bauweise. Dies haben sowjetische Handwerker aber so gut wie verlernt. Das Gros ihrer eigenen Bauten entsteht mit Fertigteilen. Die deutsche Seite wünschte aus diesem Grunde, für alle Arbeiten deutsche Firmen einzusetzen. Die sowjetische Seite ihrerseits, die zum Beispiel für den Bau des Leningrader Flughafens schwedische Spezialisten beranzog, lehnte dies ab. Die „deutsche Visitenkarte“, die man so gerne mög-

lichst vollständig in Moskau abgeben möchte, wird sich deshalb vor allem auf den Innenausbau erstrecken.

Wie die Sowjets legen auch die Deutschen Wert auf Autarkie: Kanäle, Wohnungen, Schule, Turn- und Schwimmhalle, Tennis und Teich samt Seerosen entstehen umzäunt auf exterritorialem Territorium.

Der deutsche Architekt Dieter Rogalla rechnet mit einer Gesamtbauteilzeit von vier bis fünf Jahren. Der strenge russische Winter erlaubt nicht ein so schnelles Bauen wie in Bonn. Die Inneneinrichtung ist dem Hamburger Architektbüro Mensinga, Rogalla und Partner nicht übertragen worden, obwohl es sinnvoll wäre, „aus einem Guß“ zu bauen und zu planen.

„DDR“ verstärkt Grenzsperren nach Hessen

BERND HUMMEL, Eschwege
Die „DDR“ baut entlang der innerdeutschen Grenze zwischen Hessen und Thüringen ihre Hinterlandsperrn weiter aus. Das Bundesgrenzschutzkommando Mitte in Kassel gab bekannt, daß zu diesem Zweck derzeit über 200 „DDR“-Soldaten eingesetzt sind.

Zwischen der nordhessischen Ortschaft Rittmannshausen und der „DDR“-Gemeinde Ifta wird durch ein 30 Mann starkes Arbeitskommando ein zweiter Schutzstreifen errichtet. Er verläuft parallel zum eigentlichen Hinterlandzaun, der dort erst im Herbst 1983 durch zusätzliche Signaldrähte – insgesamt 24 – verstärkt worden war.

Nach Mitteilung des BGS und außerdem 130 „DDR“-Pioniere nahe Wanfried eingesetzt, um auf zwei Kilometer Länge zwischen Hildebrandshausen und Katharinenberg (Thüringen) einen neuen Hinterlandzaun zu errichten. Ähnliche Arbeiten werden auch von einem 60 Mann starken Arbeitskommando nahe der „DDR“-Ortschaft Treffurt ausgeführt. Beim BGS in Kassel geht man davon aus, daß der Verstärkung der „DDR“-Hinterlandsperrn der Abbau von Selbstschußanlagen des Typs SM 70 folgen soll. Sie wurden an der Grenze zu Hessen auf bislang 13,5 Kilometer Länge demontiert.

Spendenaktion soll Umsiedlern helfen

E. N. Bonn
Die Bahnkapazität der „DDR“ reicht nicht aus, um die Umzüge der seit Jahresbeginn in den Westen entlassenen 10 300 Bewohner der „DDR“ zu bewältigen. Auf diesen Umstand hat der „Bund der Mitteldeutschen“ am Mittwoch in Bonn hingewiesen. Weil jetzt zunehmend Unternehmen aus der Bundesrepublik im Auftrag diese Umzüge durchführen, entstehen den Aussiedlern Kosten, die sie mit ihren Mitteln kaum bezahlen können.

Der Präsident des Bundes, Manfred Schmidt, möchte die Anfangsschwierigkeiten der deutsch-deutschen Aussiedler mit einer bundesweiten Spendenaktion „Deutsche helfen Deutschen“ mildern, wobei Beträge für diesen Zweck bei allen Banken, Sparkassen und Post-scheckkassen unter diesem Stichwort auf das Konto 12 12 12 eingezahlt werden können. Über die Auszahlung der Mittel befindet ein Spendenausschuß unter Beteiligung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen und des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung.

Da besonders viele „DDR“-Aussiedler nach Berlin (West) ziehen möchten, macht der „Bund der Mitteldeutschen“ darauf aufmerksam, daß dort Hunderte von (Sozial-)Wohnungen leer stehen, weil sie den Berlinern zu teuer sind.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 580 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, N.J. 07632.

Nur wenig über grüne Perspektiven

Attacken gegen die etablierten Parteien / Rückkehr in den Landtag fraglich

STEFAN HEYDECK, Tübingen
Otto Schily, einer der drei Sprecher der Grünen im Bundestag wettete gegen die „Alt-Parteien“. Mit betont leiser, schleppender Stimme und dem ihm eigenen ironisierenden Ton macht er ihnen Vorhaltungen zum Beispiel wegen der Parteienfinanzierung, stellt die politische Moral antretender und ehemaliger Minister in Frage.

Dabei, so bekundete er vorher, hat er etwas gegen polemische Ausfälle. Er setzte sich lieber argumentativ mit dem politischen Gegner auseinander. Davon ist an diesem Abend in Tübingen, beim letzten von einem halben Dutzend Einsätzen in Baden-Württemberg vor den Wahlen am Sonntag, so gut wie nichts zu spüren.

Unklar ist noch, ob die Grünen, die 1980 mit 5,3 Prozent erstmals den Einzug in einen Landtag geschafft hatten, die Rückkehr schaffen. Denn ihre sechs Abgeordneten der „ersten Stunde“ treten nicht mehr an. Doch die im Baden-Württemberg etwa 5000

Mitglieder zählende Partei gibt sich zuversichtlich, die erforderlichen knapp 250 000 Stimmen wieder zu holen. Für sie spielen die Streitigkeiten um die früheren Sprecher, Wolf-Dietrich Hasenclever und Winfried Kretschman, sowie der sich abzeichnende Kurswechsel im Wahlkampf jetzt keine Rolle mehr. Auch nicht der Krach um Holger Heimann, dessen Anmeldung für die Wahl vergessen wurde und der daraufhin empfahl, die SPD zu wählen.

So gibt sich Bundesvorstandsmitglied Ali Schmiedner zuversichtlich, daß z. B. in Tübingen, wo 1980 mit 9,9 Prozent das dritte Ergebnis erzielt wurde, diesmal noch auf zwölf Prozent zugelegt werden kann. Auch Otto Schily meint, wachsende Zustimmung auszumachen: Man könne noch zulegen.

Doch so recht scheint sein einstündiger Vortrag an diesem Abend bei dem über 500 Besuchern in der Heppert-Halle in der Universitätsstadt nicht zu verfangen. Schily setzt

sich nämlich fast ausschließlich mit den anderen Parteien auseinander. Das aber wollen die überwiegend jungen Grünen-Wähler offenbar nicht hören. Sie wollen etwas über die Perspektiven ihrer Partei erfahren.

Das weiß auch das prominente „Aushängeschild“, als er selbstkritisch bei der anschließenden Diskussion meinte: „Es sollte eigentlich keine Veranstaltung der Grünen geben, wo nicht auch über Wald- und Bodensterben geredet wird.“ Anders als in Schwäbisch-Hall oder Karlsruhe, wo die Forderungen nach möglichen Blindnissen mit der SPD und Vorbehalten gegen das Rotationsprinzip bekämpft werden, wird in Tübingen mit Schweigen reagiert.

Zur Diskussion darüber kommt es jedoch praktisch nicht mehr. Denn plötzlich blockieren fünf Mitglieder der Marxistischen Gruppen mit Vorwürfen die Aussprache. Auch die Grünen haben inzwischen ihrer Störer von links außen – wenn auch noch in gemäßigter Form.

300 Millionen für Umweltforschung

Bundeskabinett verabschiedete gestern ein Programm für die nächsten vier Jahre

HEINZ HECK, Bonn
Über 300 Millionen Mark will Forschungsmann Heinz Riesenhuber im Vierjahreszeitraum 1984 bis 1987 aus seinem Etat für Umweltforschung bereitstellen. Das geht aus dem gestern vom Kabinett verabschiedeten Programm „Umweltforschung und Umwelttechnologie“ hervor.

Zusammen mit Investitionszuschüssen für Vorhaben der Umweltforschung von über 200 Millionen Mark stellt das BMFT insgesamt rund 500 Millionen Mark bereit (Mittelfristige Finanzplanung).

Die Politik der Bundesregierung sei „konsequent und zielgerichtet“ darauf angelegt, alle schädlichen Emissionen aus Abluft, Abwasser oder festen Abfällen weitestgehend zu beseitigen und andere Umweltbelastungen zu vermeiden, heißt es in dem Programm. Forschung und Technologie könnten und müßten dazu beitragen, die Voraussetzungen und Handlungsspielräume für

die Umweltpolitik zu verbessern, indem sie:

- ökologische Zusammenhänge und kausale Ursachen/Wirkungsketten aufklären und
- umweltfreundliche Techniken vor allem bei industriellen Produktionsprozessen entwickeln und bis zur Anwendungsreife vorantreiben.

Wirksamer Umweltschutz und gesunde Wirtschaft seien keine Gegensätze; sie müßten vielmehr als Einheit gesehen werden: „Ökologie ist Langzeitökonomie, denn gerade in unseren dicht besiedelten und hochindustrialisierten Land hat es sich gezeigt, daß Umweltschutz auch ein Gebot ökonomischer Vernunft ist.“

Die Ziele einer zukunftsorientierten Umweltpolitik müßten mit denen zum Beispiel der Wirtschaft, Energie-, Verkehrs- und Gesundheitspolitik in Einklang gebracht, also bei konkurrierender Zielsetzung in die Güterabwägung einbezogen werden. „Umweltschutz muß dabei den Vorrang haben, soweit die Gesundheit der Bevölkerung oder die langfristige

Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet ist.“

Umweltpolitik müsse sich an drei Leitlinien orientieren:

- Umweltschutz dürfe sich nicht in der Abwehr drohender Gefahren und der Beseitigung eingetretener Schäden erschöpfen; schädliche Umwelteinwirkungen müßten schon im Vorfeld der Gefahrenabwehr möglichst gering gehalten werden. Das Programm sieht daher bereits Handlungsbedarf, wenn Schadenszuordnungen in naturwissenschaftlichem Sinne „noch nicht mit letzter Sicherheit möglich sind“ (Vorsorgeprinzip).
- Die Kosten für Vermeidung, Beseitigung oder Ausgleich von Umweltbelastungen seien dem Verursacher zuzurechnen (Verursacherprinzip).
- Umweltpolitische Entscheidungen müßten in enger Kooperation mit den Ländern, den Unternehmen und Arbeitnehmern, den Verbänden der betroffenen Bürger sowie der Wissenschaft vorbereitet werden (Kooperationsprinzip).

Anzeige



Kabinettsitzung vom 8. Juli 1981: Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher im Gespräch mit Staatssekretär Kurt Becker (rechts), in der Mitte Beckers Stellvertreter Lothar Rühl.

Welches Gewicht hat Genscher?

Von Kurt Becker

Siebzehn Monate lang haben Kurt Becker und Hans-Dietrich Genscher gemeinsam am Bonner Kabinettsitzungstisch gesessen. Der eine als Regierungssprecher der sozial-liberalen Koalition, der andere als Vize-Kanzler und Außenminister. Diese Position hat Genscher auch nach der Wende, die er so befördert hat, behalten. Ist auch sein Einfluß geblieben? Helmut Schmidt war ein außenpolitischer Regierungschef. Nachfolger Helmut Kohl ist dies nicht. Kann Genscher dies ummünzen in politisches Gewicht, oder wächst daraus Rivalität und damit Verunsicherung, die durch das

rastlose Reisen des Münchner Hobby-Außenpolitikers Franz Josef Strauß noch genährt würde? Zehn Jahre ist Genscher im Amt; weltweit übertrifft ihn da nur der sowjetische Kollege Gromyko (27 Jahre). Das brachte viel Professionalität, nicht jedoch: Kreativität, intellektuelle Phantasie. Sein Pragmatismus steht dem Entwurf neuer außenpolitischer Gedanken im Wege. Seine konzeptionelle Kraft erschöpft sich oft darin, den Gang der Dinge durch Verfahrensregeln in Ordnung zu halten. Lesen Sie Kurt Beckers Analyse diese Woche in der ZEIT.

Außerdem in dieser ZEIT:

Angst vor dem Sturm
Michael Jungblut plädiert für neue Ideen und Initiativen zur Vermeidung einer Ausbildungskatastrophe.

Awhopabaloopa! Awhopaboom!
Michael O. R. Kröfers Dossier über 30 Jahre Rock'n'-Roll.

Anwalt der Entrechteten oder Anbeter der Gewalt?
Rüdiger Wischenbart sprach mit Jean Genet, einem Autor, der seit Jahrzehnten schweigt.

Vorsorge ohne Biß
Mathias Hacker: Warum die Deutschen noch immer so schlechte Zähne haben und ihren Zahnärzten jährlich 15 Milliarden zahlen.

Und im ZEITmagazin:

Der Überfall
Helmut Gollwitzer erinnert sich anhand erst jetzt veröffentlichter Privatfotos deutscher Soldaten aus dem Rußlandfeldzug.

DIE ZEIT

Deutschlands große Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Handel und Kultur.

„Altersgrenze auf 65 Jahre heraufsetzen“

Forum in Tutzing zum Thema „Renten 2000“

GISELA REINERS, Bonn
Bei Rentenfachleuten und Politikern verdichtet sich immer mehr die Ansicht, daß künftig länger gearbeitet werden muß, wenn die Renten bezahlbar bleiben sollen. Auf einem Forum „Renten 2000“ der Politischen Akademie Tutzing wurde deutlich, daß für absehbare Zeit dies die einzige politische Reaktion auf die Gefahr sein kann, die dem jetzigen Rentensystem durch den ungesunden Bevölkerungsaufbau droht.

Während alle anderen Daten für die Zeit nach der Jahrtausendwende im Dunkeln liegen, sind die Zahlen über die Rentner und die Arbeitsfähigen für die Jahre 2030, ja sogar 2050 schon jetzt klar. Durch den Geburtenrückgang, der Ende der sechziger Jahre einsetzte, wird sich das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Rentnern auf 3,2 im Jahr 2030, auf etwa 1:1 im Jahr 2050 verschlechtern. Die Entwicklung wird verschärft dadurch, daß die Menschen immer früher in Rente gehen - im Durchschnitt schon mit 58 Jahren - und daß die Lebenserwartung auf mehr als 70 Jahre gestiegen ist. Das bedeutet, der einzelne Rentner wird immer länger leben, während die Beiträge für die Renten kürzer werden und die Beiträge für die Arbeitsfähigen länger steigen. Das zwingt zum Handeln, wenn nicht die Beiträge ins Unabsehbare steigen oder die Renten auf das Untragbare schrumpfen sollen.

Da über Wirtschaftswachstum, Produktivitätsfortschritt, Arbeitslosigkeit, internationale Arbeitsteilung und Zu- oder Abwanderung von Ausländern keine annähernd sicheren Prognosen abgegeben werden können, bietet sich nach Professor Helmut Meinhof, Vorsitzender des Sozialrats, nur ein Bündel von Lösungen an. Es werde u.a. bestehen aus

Rentenkürzungen, Beitragserhöhungen, einer Harmonisierung der Versorgungssysteme und eben aus einer Heraufsetzung der Altersgrenze.

Dem stimmte auch der Direktor der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA), Helmut Kaltenbach zu: „Die größte Gefahr für das Rentensystem liegt in der Demographie.“ Die Altersgrenze müsse wieder auf 65 Jahre heraufgesetzt werden. Eine Modellrechnung der BfA habe ergeben, daß eine Beitragserhöhung nicht notwendig werde, wenn alle Arbeitnehmer bis 65 weiterarbeiten würden. Eine nur maßvolle Anhebung von jetzt 18,5 auf etwa 23 bis 25 Prozent statt 30 bis 35 Prozent werde nötig, wenn man davon ausgehe, daß nicht alle Arbeitsfähigen auch eine Arbeitsstelle hätten. Auf jeden Fall werde ein späterer Renteneintritt das Problem mildern.

Bei den Parteien stößt dieser Plan im Prinzip auf Zustimmung. Vom FDP-Wirtschaftsminister war diese Ansicht schon früher zu hören. Auch der Sozialexperte der SPD-Fraktion, Eugen Glombig, hält die Lösung für „vernünftig“. Er gab in Tutzing jedoch zu bedenken, daß man in dieser Zeit hoher Arbeitslosigkeit, in der man danach trachte, junge Leute in Arbeit zu bringen, indem man die Älteren vorzeitig nach Hause schicke, in einen Zielkonflikt gerate. - Auch Professor Meinhof warnte davor, jetzt schon die Hinausschiebung der Altersgrenze zu beschließen; sonst gebe es 2030 womöglich noch mehr Rentner. Kaltenbach glaubt, daß in den 90er Jahren entschieden werden muß, wann über die Entwicklung von Wirtschaft und Produktivität verlässlichere Daten vorliegen.

Seite 2: Erstens kommt es anders

Rebellen in Sudan erhalten Libyens Hilfe

M. GERMANT, Johannesburg

Die USA und Sudan haben erneut Libyen des Angriffs auf die sudanesischen Stadt Omdurman bezichtigt. US-Außenminister Shultz sprach von „unprovokiertem aggressivem Verhalten“; er warnte die Regierung Khadhafi zugleich, die nach Ägypten verlegten Flugzeuge mit dem Frühwarnsystem Awacs anzugreifen. Sudans UNO-Delegierter behauptete in einem Schreiben an UNO-Generalsekretär Pérez de Cuellar, die angreifende Maschine sei vom libyschen Stützpunkt Kufra gekommen. Der Angriff sei Teil einer „ununterbrochenen Serie aggressiver Akte und Bedrohungen von seitens Libyens gegen die Sicherheit des Sudan.“

Amerika verspricht Hilfe

Schon im Februar 1983 hatte Washington zwei Awacs-Maschinen geschickt, nachdem ein Angriff Libyens befürchtet worden war. Im August hatte Präsident Reagan in einer persönlichen Botschaft an Staatschef Numeiri versichert, „Aggressionen gegen den Sudan“ nicht zu dulden.

Strategisch nimmt das mit acht Milliarden Dollar hochverschuldete Land für die USA einen wichtigen Platz bei einer eventuellen Bedrohung der Golfstaaten ein. Im vergangenen Jahr erhielt Sudan 200 Millionen Dollar an Wirtschaftshilfe und 50 Millionen Dollar an Militärhilfe von den USA. Weitere Zahlungen kommen aus Saudi-Arabien, nicht ohne Grund: Etwa 50 Prozent der 20 Millionen Sudanesisen sind Araber. Dreiviertel der Bevölkerung, hauptsächlich im Norden, gehören dem Islam an. Die schwarze Bevölkerung des Südens ist teils christlich, teils animistisch.

Numeiri, der 1969 als Oberst die Zivilregierung von Mohamed Maghoub stürzte, gehört selbst dem Islam an und führte auf Druck der Fundamentalisten im Lande im September vergangenen Jahres die islamische Rechtsprechung (Sharia) wieder ein.

Die Sharia wurde gegen den Widerstand des schwarzen, christlich-animistischen Südens eingeführt und hat der Guerilla-Auflehnung gegeben. Die Rebellen fordern eine Sezession vom Norden. Bereits von 1965 bis 1972 tobte ein Bürgerkrieg, der mehr als eine Million Menschenleben forderte. Numeiri gelang es dann, mit dem „Vertrag von Addis Abeba“, Frieden mit den Anyanya-Rebellen (Gift der Kobra) zu schließen. Er gestand ihnen eine halbautonome Regierung mit einer Hauptstadt, Juba, zu.

Unterstützt werden die Anyanya-Rebellen von Libyens Staatschef Khadhafi, der nur zu gut weiß, welche Hilfe Numeiri dem jetzigen Präsidenten des benachbarten Tschad, Hissen Habre, geleistet hat, um den Khadhafi-Schützling Weddeye zu stürzen.

Offiziere verhaftet

Numeiri beschuldigt nicht nur Libyen, sondern auch Äthiopien, Kuba und Iran, die Rebellen zu unterstützen. Obwohl er bisher drei Wahlen haushoch gewonnen hat und die Macht fest in den Händen zu halten scheint, wurden seit August mehr als 20 Armee-Offiziere unter der Beschuldigung verhaftet, einen Coup geplant zu haben.

Der Präsident versucht sich den Rücken freizuhalten, indem er sich um eine Aussöhnung mit dem Süden bemüht. Er befiehlt einen erfahrenen Politiker, Clement Mboro als Minister in sein Kabinett, um mit den Guerillas zu verhandeln. Beobachter erwarten, daß Mboro Numeiri zu überzeugen versucht, im Interesse der Einheit des Landes wieder eine Regional-Regierung im Süden einzusetzen, die Einnahmen aus den Ölfeldern gerechter zu verteilen.



Springer bei Shamir in Jerusalem

(DW) Zu einem politischen Meinungsaustausch traf sich am 21. März der Berliner Verleger Axel Springer mit dem israelischen Premierminister Yitzhak Shamir (auf dem Foto rechts) in dessen Amtssitz in Jerusalem. Ausführlich kamen dabei auch wieder die israelischen Sorgen über die Möglichkeit deutscher Waffenverkäufe an Saudi-Arabien zur Sprache.

Angelegliche Äußerungen des Bundeskanzlers in Washington hatten die Diskussion darüber erneut entzündet. Nach Presseberichten soll Helmut Kohl gesagt haben, Bonn müsse seinen durch das Khomeini-Regime bedrohten arabischen Freunden, besonders Saudi-Arabien, auch deshalb helfen, weil Israel noch

immer Waffen an Iran liefere und damit helfe, den Golf-Krieg zu verlängern.

Zu diesem Thema erklärte ein Sprecher des Premierministers in dessen Gegenwart: „Seit mindestens drei Jahren sind keinerlei Waffen mehr aus Israel an Iran geliefert worden.“ Shamir hatte sich für das Gespräch mit Springer ausführlich Zeit genommen, obwohl er wegen der letzten innenpolitischen Entwicklungen in großer Termindruck war.

Man nimmt in Jerusalem allgemein an, daß sich auf der Knesset-Sitzung vom 22. März eine Mehrheit für vorgezogene Parlamentswahlen in Israel finden wird.

FOTO: SAG

Die Tami-Partei erzwingt Neuwahlen

Israels Wirtschaftsmisere und Libanon-Verstrickung als Ursache / Chancen für Peres

RAFAEL SELIGMANN, Bonn

Heute entscheidet das israelische Parlament über einen Antrag auf vorgezogene Wahlen. Solche Anträge sind für die Knesset nichts Neues. Auch die Begründung, die katastrophale wirtschaftliche Situation des Landes, ist seit Jahren die Regel. Neu ist vielmehr, daß der Wunsch nach Neuwahlen nicht von der oppositionellen Arbeiterpartei gestellt wird, sondern von der Tami-Partei.

Die Tami war bei den letzten Wahlen angetreten, „das Los der benachteiligten (orientalisch-stämmigen) Mitglieder der israelischen Gesellschaft zu verbessern“. Hintergrund: Der damalige Religionsminister Abuhazeira fand sich in einer Reihe finanzieller Skandale verwickelt. Um davon abzulenken, spielte er auf die teilweise berechtigten Ressentiments der orientalisch-stämmigen Juden an, die sich von den etablierten Parteien übergegangen fühlen.

Bei den Wahlen des Jahres 1981 errang die Tami drei Mandate. Ihr fiel bei den knappen Mehrheiten in der Knesset die Rolle eines Züngleins an der Waage zu. Auf Empfehlung Ab-

uhazeiras schloß sich die Tami der Regierungskoalition unter Begin an.

Israels Feldzug in Libanon führte in seiner Konsequenz zu einer Erosion des politischen Gewichts der Tami. Als indirekte Folge trat auch der populäre Ministerpräsident Menachem Begin zurück. Sein Nachfolger Shamir konnte nie die Beliebtheit seines Vorgängers erreichen.

Die Kosten der Intervention in Libanon führten zu einer Zuspitzung der chronischen Wirtschaftsmisere. Der neue Finanzminister Cobi organisierte Sparmaßnahmen, drastische Sparmaßnahmen durchzusetzen, die naturgemäß die sozial schwachen Bevölkerungsschichten am härtesten trafen, also die potentiellen Wähler der Tami. Viele ihrer früheren Wähler zeigten sich mit Recht von der Tami enttäuscht, denn außer lauten Parolen gegen die Benachteiligung der Sephardim hatte die Partei wenig für ihre Klientel getan.

Da trifft es sich gut, daß der Chef der Arbeiterpartei, Peres, jetzt rasch handeln muß: Meinungsumfragen beweisen, daß die Arbeiterpartei sich in einem stetigen Aufwind befindet.

Nicht wegen Peres, der bei den meisten Israelis unbeliebt ist, sondern trotz Peres. Die Arbeiterpartei profitiert vielmehr aus den Fehlern des Likud: Der katastrophalen Wirtschaftslage (fast 200 Prozent Inflation) und der unpopulären Verstrickung israelischer Soldaten in Libanon. In dieser Situation hat der frühere Staatspräsident Yitzhak Navon zu verstehen gegeben, daß er als Parteivorsitzender und potentieller Regierungschef zur Verfügung steht. Navon, der in Israel sehr populär ist, hat ein zusätzliches Plus, das für die Tami bei Wahlen ein Todesurteil bedeuten könnte: Er ist Sepharde.

Diese Lage hat die seltsame Koalition Peres-Abuhazeira geschaffen. Nur durch gemeinsames Handeln kann der Chef der Arbeiterpartei jetzt Wahlen erzwingen, die ihm, wie es zur Zeit aussieht, das heißbegehrte Amt des Premiers einbringen könnten. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Peres Abuhazeira durch großzügige Zusagen überzeugen konnte, gerade jetzt die wirtschaftliche Misere Israels zu „entdecken“.

Weizmans Partei soll Israel „retten“

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Kaum hatte sich die israelische Öffentlichkeit mit der Vorverlegung der Wahlen um ein Jahr vertraut gemacht, da platzte eine neue Bombe: Beginn einstiger Favorit und jetziger Erzfeind, der ehemalige Verteidigungsminister und Generalmajor R. Ezer Weizman, kehrt nach drei Jahren Rückzug aus der Politik mit der Ankündigung zurück, er werde eine Wahlliste unter seiner Führung aufstellen. Der wahrscheinliche Name: Mahal - ein Akronym der hebräischen Worte für „Partei zur Rettung Israels“.

In einem Fernseh-Interview sagte er: „Noch nie hat in Israel ein solches Gefühl der Unsicherheit geherrscht wie jetzt, eine solche Bedrücktheit,

eine solche soziale, ethnische und religiöse Zerküftung...“

Falls er gewählt wird, strebt Weizman an, einen neuen Weg zum Zusammenleben mit den Arabern einzuschlagen. Er fordert den Rückzug aus Libanon nach gewissen Sicherheitsregelungen.

Weizmans Entschluß hat den Überlegungen der großen Parteien einen Strich durch die Rechnung gemacht. Um das zu verstehen, muß man seine auch jetzt noch große Popularität und seine Vergangenheit in Betracht ziehen. Er war Kampfflieger in der britischen Royal Air Force im Zweiten Weltkrieg, dann im israelischen Unabhängigkeitskrieg, später Kommandant der Luftwaffe. 1977 leitete er mit großem Erfolg Begins Wahlkampf,

wurde Verteidigungsminister und war zusammen mit seinem Schwager Moshe Dayan wesentlich am Zustandekommen des Friedensvertrages mit Ägypten beteiligt.

Drei Jahre später überwarf er sich mit Premier Begin, weil dieser „die historische Gelegenheit eines gemeinsamen Weges mit der arabischen Welt“ ungenutzt hatte verstreichen lassen, und zog sich aus der Politik zurück.

Bezeichnend für Weizmans Haltung ist, daß er keine Überläufer aus den jetzigen Koalitionsparteien annehmen will. „Wer bei einem Vertrauensvotum für die jetzige Regierung - insbesondere nach Libanon - seine Hand erhoben hat, der ist für mich nicht annehmbar.“ (SAG)

Tariftreit verschärft sich weiter

dpa/DW, Frankfurt

Begleitet von Warnstreiks sind am Mittwoch die Tarifverhandlungen für die Metallindustrie in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz in der fünften Runde ergebnislos abgebrochen worden. In beiden Fällen kritisierte die IG-Metall, daß sich die Arbeitgeber bei einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden in der Woche unannehmbar gezeigt hätten. Nach Angabe der IG-Metall-Zentrale in Frankfurt hatten bis zum Mittag etwa 20 800 Metallarbeiter an kurzzeitigen Arbeitsniederlegungen teilgenommen. Den Schwerpunkt bildete danach Nordrhein-Westfalen mit 10 200 Beschäftigten in 56 Betrieben. In Baden-Württemberg sollen sich laut Gewerkschaft 7900 Arbeitnehmer in sechs Betrieben für eine halbe Stun-

Anzeige

PHILIPS
Das „Merken“ intelligent gelöst.



Mark + Findsystem im Philips 595 Pocket Memo. Bitte vorlegen Sie: Erlaubnisse mit Philips Pocket Memo und Bezugsquellen b. Bürofachhandel. Philips Data Systems W 1 GB Bürofachhandel, Postfach 10 53 23, 2000 Hamburg 1

de im Ausstand befunden haben. Genannt wurden in diesem Zusammenhang Daimler-Benz in Unterfranken mit 5000 Metallern und Porsche in Stuttgart-Zuffenhausen mit 2300 Beschäftigten. In Rheinland-Pfalz nahmen in sieben Betrieben nach Darstellung der IG-Metall gut 2000 Arbeitnehmer an Warnstreiks teil, während es im Saarland rund 600 waren.

Das Tarifgespräch für die 940 000 Beschäftigten der Metallindustrie Nordrhein-Westfalen in Krefeld wurde nach zwei Stunden abgebrochen. Einen neuen Gesprächstermin gibt es derzeit nicht. Der Verhandlungsführer der Arbeitgeber sagte, die Metallarbeiter seien bereit, über eine generelle Arbeitszeitverkürzung zu verhandeln. Nur eine Stunde saßen die Tarifpartner der rheinland-pfälzischen Metallindustrie in Mainz zusammen, bevor die Tarifverhandlungen für die etwa 130 000 Beschäftigten in diesem Industriezweig vorerst abgebrochen wurden.

Der Verhandlungsführer für Arbeitgeber in Mainz sagte anschließend, es solle nicht für alle Zeiten an der 40-Stunden-Woche festgehalten werden. In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation mit den gravierenden Strukturproblemen könne eine generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit wegen der Gefährdung vorhandener Arbeitsplätze jedoch jetzt und in absehbarer Zeit nicht in Frage kommen.

Nach einer Meinungsumfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach im Auftrag des Magazins „Stern“ sind etwa 56 Prozent der Bundesbürger für eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Danach sprachen sich 20 Prozent für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit und 17 Prozent für einen längeren Jahresurlaub aus.

START

Investitionen anpacken

Investitionen sind notwendig. Wir müssen investieren, um die wirtschaftlichen Probleme der Gegenwart zu lösen. Und die Zukunft zu meistern. Diese Investitionen kosten Geld. Wir geben es Ihnen. Durch Leasing. Als Investitionskredit. Oder Mietkauf. Je nachdem, welche Lösung sich für Sie am besten eignet.

GEFA
Leasing · Kredit · Factoring

GEFA, Laurentiusstr. 19/21, 5600 Wuppertal 1, Tel. (0202) 38 21 · Berlin · Bielefeld · Düsseldorf · Frankfurt · Freiburg · Hamburg · Hannover · Karlsruhe · Kassel · Koblenz · München · Regensburg · Saarbrücken · Siegen · Stuttgart · Ulm · Würzburg · Wuppertal

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Frankreich nicht erwähnt

Sehr geehrte Herren,
nach Rückkehr von einer Reise nach Moskau und Ost-Berlin habe ich den Artikel „Zusammenarbeit Bonn-Paris macht Egon Bahr Sorgen“ vom 14. März zur Kenntnis genommen.
Dazu nehme ich wie folgt Stellung: Im „Vorwärts“ habe ich einen Artikel über den „Deutschland-Plan“ der SPD geschrieben, der vor 25 Jahren veröffentlicht wurde. Davon ist in dem Artikel der WELT, der sich angeblich darauf bezieht, mit keinem Wort die Rede.

Statt dessen wird über angebliche Sorgen oder Befürchtungen unseres Verhältnisses zu Frankreich geredet. Das Wort Frankreich kommt aber in meinem Artikel gar nicht vor und ist auch nicht sein Gegenstand.
Ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, daß die SPD ausdrücklich begrüßt, daß die von Helmut Schmidt eingeleitete intensivere Erörterung deutsch-

französischer Sicherheitsinteressen zwischen Kohl und Mitterrand fortgesetzt wird. Ich selbst bin mit einer Arbeitsgruppe, an der seitens der SPD die Herren Wischniewski, Ehmlke, Voigt und von Bülow teilnehmen, dabei, mit unseren Partnern in Paris die Möglichkeiten einer Revitalisierung der WEU zu erörtern. Wir sind dabei nach meinem Informationsstand mindestens so weit wie die Bundesregierung.

Gemeinsame Sicherheit ist die mit dem potentiellen Gegner, gemeinsame Sicherheit gestattet aber auch innerhalb des Westens weder Isolierung noch Ausgrenzung oder Aussteigen.

Ich wäre für eine Veröffentlichung dankbar und habe diesen Brief auch meinen französischen Partnern zugänglich gemacht.
Mit freundlichen Grüßen
Egon Bahr, MdB

Bundeswehr ohne Rückhalt?

„Bericht: Kein Schaden durch Nachschubmangel“, WELT vom 15. März
Sehr verehrte Damen,
sehr geehrte Herren,
der Wehrbeauftragte hat seinen Bericht über das Jahr 1983 vorgelegt.

Seine Feststellungen über mangelnde Wehrmotivation der Jugend und fehlenden Rückhalt für die Opferbereitschaft der Soldaten in der Bevölkerung müßten fast 28 Jahre nach Einführung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik Deutschland eigentlich allen Bundesbürgern die Schamröte ins Gesicht treiben. Wir alle leben trotz Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Atomangst immer noch relativ gut. Wir führen in Urlaub, machen Anschaffungen und lassen auch sonst erkennen, daß wir uns in unserem Land ganz wohl fühlen. Daran kann auch die Angstscherei nichts ändern, die von bestimmten Kreisen geschürt wird.

Wenn wir gerne hier und nicht anderswo leben, ist denn die Bundesrepublik nicht auch wert, geschützt und verteidigt zu werden? Man könnte sich mit Recht fragen: Ist die Bundeswehr die Gesellschaft, für die sie „dient“ überhaupt wert? Statt den Begriff „Bürger in Uniform“ mit Leben zu füllen, wird die Bundeswehr zunehmend isoliert, mitunter sogar diffamiert und von manchen Leuten für überflüssig erklärt. Warum hat es die Bundeswehr in unserem Lande so schwer? Ist es Gleichgültigkeit, Desinteresse oder vielleicht auch Feg-

heit unserer Bürger, sich zu „ihren“ Soldaten zu bekennen?
Wer sein Land nicht für verteidigungswert ansieht, der braucht keine Bundeswehr. Wer aber weiterhin in Frieden und Freiheit leben möchte, sollte auch den Mut aufbringen sich zur Opferbereitschaft der Soldaten zu bekennen. Nur wenn die Soldaten wissen und spüren, daß sie von der Bevölkerung getragen werden und von den Bürgern Rückhalt erwarten können, werden sie Begeisterung für ihre Schutzaufgaben entwickeln können. Denn Freude, Überzeugung und Begeisterung sind die Grundlagen für jede Motivation.

Helfen wir unseren Soldaten, indem wir ihnen – auch öffentlich – zeigen, daß wir sie brauchen und sie anerkennen als „Bürger in Uniform“. Es liegt an uns Bürgern dieser Republik!

Mit freundlichen Grüßen
W. Thiemann,
Hamburg 73

Wahrheitsgemäß

„Wo der Waldbau geboren wurde, stehen die Bäume am schnellsten“, GRÜFT-GE WELT vom 14. März
Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,
in dem sehr interessanten Artikel von Karl Friedrich Wentzel über das Waldsterben ist vom „sächsisch-tschechischen Erzgebirge“ die Rede. Ich finde eine derartige Ausdrucksweise vom deutschen Standpunkt

aus ausgesprochen ungeheuer. Jenseits der sächsischen Grenze hat es jahrhundertlang keine Tschechen, sondern ausschließlich Deutsche gegeben, Sudetendeutsche. Diesen Bereich mir nichts, dir nichts als tschechisch zu bezeichnen, wirkt, als ob es die wider alles Menschenrecht durchgeführte Austreibung unserer sudetendeutschen Landsleute nie gegeben hätte. Geschichtlich richtig und damit wahrheitsgemäß wäre es gewesen, wenn es „sächsisch-tschechisch“ geheißen hätte. Damit wäre für das Gebiet jenseits der sächsischen Grenze eine Bezeichnung gewählt worden, die dieses Gebiet als Teil eines Raumes ausgewiesen hätte, der angesichts seiner vielfältigen Durchdringung durch Deutsches – man denke nur an das Stadtbild von Prag – mit dem Wort „tschechisch“ allein nie erschöpfend definiert werden kann.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Hans Merkel
Bad Honnef

Die Steigerung

„Pankraz, das Gold und die Sammlerte Frey“, WELT vom 27. Februar
Lieber Pankraz,
lange war ich Ihr fleißiger Leser und habe meist zustimmend, oft beherzt, aber stets mit besonderer Aufmerksamkeit Ihre Glossen gelesen. Das hat sich leider geändert, seit ich infolge von Netzhautschäden nicht mehr lesen kann, sondern auf Vorlese-angewiesen bin.

Ich wollte meinen Ohren nicht trauen, als mir von Pankraz, der so oft sprachliche Nachlässigkeit gerügt hat, vorgelesen wird, „auch die naheliegendsten noch.“

Wenn ich von Beruf auch Hygieniker bin, will ich doch der Jahreszeit entsprechend heute in das Gewand des Oberlehrers schlüpfen: Liegen

Wort des Tages

„Wir müssen es wieder lernen, nicht nur an der Welt mit Hingebung zu arbeiten, sondern ebenso an unserer Innenwelt. Ohne echte Selbstkultur bleibt alles Gerede von der Rettung der Humanität leer, im wörtlichsten Sinne der Selbsttäuschung.“

Eduard Spranger, dt. Philosoph und Pädagoge (1882-1963)

kann man nicht steigern. Man kann richtig oder falsch liegen, hart oder weich, krumm oder gerade, schief und schräg, zuoberst oder unten, auf dem Bauch oder dem Rücken liegen. Aber liegender als liegend kann auch die ungewöhnlichste Lage nicht werden. Ein Gedanke kann naheliegend sein, ein anderer noch näherliegend, aber der, auf den man zuerst verfällt, ist der nächstliegende und nicht der naheliegendste.

Der nächstliegende Gedanke beim Zuhören war bei mir, die falsche Wortbildung beim guten Stilisten Pankraz auf sich beruhen zu lassen, näherliegend der Gedanke, den Vorleser zu befragen, ob ich richtig gehört habe, dann bin ich aber auf den naheliegenden Gedanken verfallen, diesen freundschaftlichen Brief Pankraz, dem Befürworter des guten Deutsch auch in der Zeitung, zu schreiben.

Prof. Dr. med. Gerhard Rose,
Obernkirchen

Abschreibungen

„Das Füllhorn ist reich ausgestattet“, WELT vom 7. März

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Ausführungen über die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten von Herstellungskosten oder Anschaffungskosten von Eigenheimen oder Eigentumswohnungen können – da zu unvollständig – leider nicht befriedigen.

Natürlich stimmt es, daß man nach dem Paragraph 7b jährlich 5 Prozent dieser Kosten steuerlich abschreiben kann. Dies aber nur 8 Jahre, so daß lediglich 40 Prozent davon abschreibungsfähig sind. Was mit den restlichen 60 Prozent ist, bleibt offen.

Dieses abschreibungsfähige Quoten von 40 Prozent kann aber nicht einmal erreicht werden, wenn die Herstellungskosten oder Anschaffungskosten über dem Höchstbetrag von 200 000,- DM liegen, der für ein Eigenheim schon die untere Grenze darstellen dürfte, so daß sich die Relation 40:60 noch mehr verschlechtert.

Weiter erweitert die Formulierung „Den 7b kann jeder in Anspruch nehmen...“ den Eindruck einer Wahlmöglichkeit in dem Sinn, auf den 7b verzichten und lieber eine pro Jahr geringere, dafür aber hundertprozentige Abschreibung vorziehen zu können. Auch darauf gibt Ihr Artikel leider keine Antwort.

Zudem wird die jetzt mögliche steuerliche Absetzung der Schuldzinsen noch die Frage auf, ob und inwieweit der Fiskus daraufhin die Eigentumswohnung steuerlich in Ansatz bringt, die anscheinend bisher lediglich gegen die Schuldzinsen aufgerechnet wurde.

Mit freundlichem Gruß
H. Ellingen,
Trier

Personalien

von 1744 ein deutsches Fachwerkmuseum eingerichtet werden. Zu diesem Zweck hat der Oberbürgermeister von Marburg, Dr. Hanno Drechsler zur Gründung einer Stiftung aufgerufen, an der sich auch das Land Hessen beteiligen soll.

MILITÄR

Bei dem zum 1. April üblichen Stellenwechsel in der deutschen Bundeswehr tritt eine Ernennung besonders hervor. Zum neuen Kommandeur der Führungsakademie in Hamburg-Blankenese wurde Generalmajor Dieter Claus ernannt. Der 1935 in Leipzig geborene General-



Generalmajor Dieter Claus
FOTO: KNUFFERTZ

major war bislang Kommandeur der 6. Panzergrenadier-Division in Neumünster. An der Führungsakademie – der höchsten Ausbildungs- und Erziehungsstätte der Streitkräfte – werden jüngere Offiziere für ihre Verwendung im Generalstabsdienst vorbereitet.

Joseph Maria Luns, seit 1971 der Generalsekretär der NATO und vorher niederländischer Außenminister, ist gestern Abend von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner auf der Bonner Hardthöhe mit einem Großen Zapfenstreich geehrt worden. Bei einem vorausgegangenen Empfang hatte Wörner die Verdienste um den Zusammenhalt des Nordatlantischen Bündnisses des scheidenden Generalsekretärs der NATO besonders hervorgehoben.

Zu seinem Abschied kamen zahlreiche Botschafter und Attaches, der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages, Alfred Biele, der Stellvertreter von Luns, Eric Darin, sowie hohe Offiziere befreundeter Streitkräfte. Heute wird Luns auch von Bundestagspräsident Rainer Barzel empfangen. Anschließend gibt ihm Bundeskanzler Helmut Kohl ein Mittagessen.

EHRUNGEN

Der Hauptgeschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels, Günter Triesch, ist mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande geehrt worden. Der Landrat des Rhein-Sieg-Kreises, Dr. Franz Mäler, der der Auszeichnung im Hause der Arbeitsgemeinschaft in Köln überreichte, würdigte in seiner Ansprache die Verdienste von Triesch als Mitglied des Rundfunkrats beim Westdeutschen Rundfunk, als Vorsitzender der CDU im Rhein-Sieg-Kreis, als Mitglied des Vorstands des Instituts für Gesellschaftswissenschaften in Walberberg und schließlich als Mitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Bundespräsident Karl Carstens hat den Vorsitzenden des Verbandes der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands im Landesverband Niedersachsen e.V., Paul Friedrich, mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet. Der Staatssekretär im niedersächsischen Sozialministerium, Klaus von Richthofen, würdigte während einer Feierstunde das große Engagement von Friedrich für die Kriegsopfer und Behinderten in den letzten Jahrzehnten.

Der Präsident des Kirchenamtes der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche, Horst Gölnder, ist nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 59 Jahren in Kiel gestorben. Der 1924 in Fommern Geborene hatte nach dem Krieg Jura studiert und war danach als Assessor in das Landeskirchenamt Kiel eingetreten. 1964 kam er als Oberkirchenrat zur Lübecker Kirche und wurde 1968 deren Verwaltungsleiter. Während der Verhandlung zur Bildung der Nordelbischen Kirche wurde Gölnder zum kommissarischen Verwaltungschef berufen und mit Inkrafttreten der neuen Kirchenverfassung im Jahr 1977 als erster Präsident des Nordelbischen Kirchenamtes bestätigt. Im selben Jahr trat Gölnder, der von 1966 bis 1970 der SPD-Fraktion der Lübecker Bürgerschaft angehört hatte, aus der SPD aus. 1969/70 bekleidete er als Stadtpräsident das höchste politische Amt in Lübeck. 1974 gehörte Gölnder zu den Mitbegründern der Julius-Leber-Gesellschaft in Lübeck, die die Politik des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt unterstützte und vor einem Linksruck der Partei warnte.

ANZEIGE

WIE LANGE SIE BEI UNS MIT STABILEN ZINSSÄTZEN RECHNEN KÖNNEN.

Wer – wie bei Investitionen – Entscheidungen mit langfristiger Wirkung trifft, tut gut daran, für eine solide finanzielle Basis zu sorgen. Da ist es gut zu wissen, daß Sie bei uns Investitionskredite mit bis zu 10 Jahren Festzinsgarantie bekommen können. Denn eine Finanzierung mit langfristigen Festzinskrediten hat nicht nur den Vorteil, daß man von einer voraussehbaren Zahlungsbelastung ausgehen kann. Ein

Langfristkredit trägt auch dazu bei, daß Sie sich als Unternehmer voll auf die unternehmerischen Aufgaben und den Markt konzentrieren können. Und zwar frei von Entscheidungszwängen und Risiken im finanziellen Bereich. Als eine der großen Banken Deutschlands sind wir gerade im Langfristkredit besonders stark: 2/3 unseres Kreditvolumens sind langfristige Festzinskredite.

Weitgehend, wenn Sie annehmen, daß wir Ihnen damit einseitig langfristige Kredite empfehlen. Unsere Spezialisten werden Sie bei der Erarbeitung eines individuellen Finanzierungskonzeptes und bei der Mischung der für Sie vorteilhaften Kreditaufzeiten beraten. Klarer Fall, daß wir dabei auch das Angebot staatlicher Förderungsmittel berücksichtigen. Mit der NORD/LB können Sie also rechnen, wenn

eine Investition ansteht. Vielleicht sprechen Sie mal mit uns.

NORD/LB Georgsplatz 1 3000 Hannover 1 Tel. 05 11/103-0 Telex 9216-20	NORD/LB NORD/LB-Zentrum 3300 Braunschweig Tel. 05 31/487-1 Telex 95 2540	NORD/LB Luxembourg 26, Route d'Arion L-1140 Luxembourg Tel. 00352/4723911 Telex 048/2263
--	--	---

Zentralbank der niedersächsischen Sparkassen.

NORD/LB
NORDDEUTSCHE LANDESBANK
GROZENTRALE

Mondale konnte Vorsprung vor Hart weiter ausbauen

Klare Siege in den Vorwahlen von Illinois und Minnesota

D. SCHULZ/DW. Washington
Walter Mondale, der im Rennen um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten zwischenzeitlich ins Straucheln geraten war, hat wieder Tritt gefasst und konnte seinen Vorsprung gegenüber Gary Hart weiter ausbauen. Er errang am Dienstag im Kernland Amerikas, im Bundesstaat Illinois, einen klaren Vorwahlsieg über seinen jüngeren Rivalen. Der dritte Mitbewerber, der farbige Baptistenprediger Jesse Jackson, hatte im Bemühen um die Stimmen seiner schwarzen Mitbürger vor allem in Chicago eindrucksvolle Erfolge.

Da Mondale gleichzeitig auch in seinem Heimatstaat Minnesota bei der Wahl der Parteidelegierten einen eindeutigen Vorsprung erzielte, ist er nun wieder Favorit für die Nominierung als Herausforderer Präsident Reagans auf dem Wahlparteiabend in San Francisco im Juli. Der frühere Vizepräsident glaubt, daß sich auf lange Sicht beim Wähler die Einsicht durchsetzen werde, daß er, Mondale, die größeren Erfahrungen für das Präsidentenamt mitbringe. Dies wird sich bei den nächsten Vorwahlen in den Bundesstaaten Connecticut (27. 3.), New York (3. 4.) und Pennsylvania (10. 4.) erweisen. New York hat mit 285 die nach Kalifornien zweitgrößte Zahl von Delegiertenstimmen zu vergeben. Für Mondale war das Ergebnis von Illinois das beste seit den Vorwahlen in Iowa vor einem Monat. Beobachter sprechen ihm für die kommenden Vorwahlen eine wesentlich verbesserte Ausgangsposition zu.

Aggressiver Wahlkampf

Den Wahlkampf in Illinois führte Mondale ausgesprochen aggressiv. Das Nachrichtenmagazin News Week gebrauchte die Adjektive „schmutzig“ und „unflätig“. Es gelang ihm, den Herausforderer einige Male aus der Fassung zu bringen, so unter anderem mit dem Vorwurf der Naivität in außenpolitischen Fragen. In TV-Werbespots wurde unter anderem behauptet, es könne gefährlich sein, das „rote Telefon“ im Krisenfall in eine so unsichere Hand wie die Harts zu legen.

Gary Hart beschwerte sich dann auch – kaum daß die Ergebnisse aus Illinois und Minnesota erkennbar waren – über die unfaire Art des Mondale-Wahlkampfes. Man habe seine An-

sichten teilweise verdreht oder entstellt. Dennoch zeigte er sich auf längere Sicht zuversichtlich: „Ich habe nie geglaubt, daß es einfach sein würde, aber ich bin überzeugt, daß ich derjenige bin, den die Partei zum Präsidentschaftskandidaten nominieren wird.“ Tatsächlich kann Hart mit dem Ergebnis von Illinois recht zufrieden sein, wenn man bedenkt, daß die eingessenen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen eindeutig für Mondale Partei ergriffen haben.

Hohe Wahlbeteiligung

Nach dem – noch nicht vollständigen – Ergebnis erhielt Walter Mondale in Illinois 41 Prozent der Stimmen, Gary Hart 35 Prozent und Jesse Jackson 20 Prozent. Die Wahlbeteiligung war trotz der noch winterlichen Temperaturen ungewöhnlich hoch. Man schreift dies in erster Linie der Tatsache zu, daß mit Jesse Jackson zum ersten Mal ein schwarzer Kandidat von Gewicht um das höchste Staatsamt ringt. Besonders in der Millionenstadt Chicago, in der seit dem vergangenen Jahr ein farbiger Oberbürgermeister regiert, gingen relativ mehr schwarze Wähler an die Urnen als weiße. So groß die Attraktion Jacksons für seine farbigen Landsleute auch sein mag, so ist die Kehrsseite der Medaille doch, daß er kaum auch Stimmen von weißen Wählern erhält. Sein Traum von der alle Rassen umfassenden „Regenbogenkoalition“ erfüllt sich also nicht. (Der Anteil der Schwarzen an der Bevölkerung von Illinois beträgt 14,7 Prozent).

Die Delegierten für den Parteikongress verteilen sich in Illinois wie folgt: für Mondale 124, 41 für Gary Hart und einer für Jackson. 19 sind nicht festgelegt. Die Bestimmung der Delegierten im Bundesstaat Minnesota ist derart kompliziert, daß das endgültige Ergebnis voraussichtlich erst in zehn Tagen vorliegen wird. Insgesamt hat Walter Mondale jedoch inzwischen mehr als doppelt so viele Delegierte hinter sich gebracht wie Gary Hart. Mit der Entscheidung von Illinois sind es mehr als 500. Damit liegt er mehr als 200 Stimmen vor seinem jüngeren Rivalen und mehr als 400 vor Jackson. Für die endgültige Nominierung als Präsidentschaftskandidat sind 1967 von insgesamt 3933 Stimmen notwendig.

Pretoria warnt Angola vor Hilfe für Swapo

„Erklärung von Havana im Widerspruch zur Vereinbarung von Lusaka“ / USA sehen positive Aspekte

M. GERMAN/DW. Johannesburg
Südafrika hat die Erklärung von Havana, in der der kubanische Staatschef Fidel Castro und der angolanische Staatspräsident Eduardo dos Santos unter anderem Bedingungen für den Abzug der kubanischen Truppen in Angola genannt hatten, zurückgewiesen. Die in dem Angebot enthaltenen Formulierungen seien „weitgehend eine Wiederholung“ schon bekannter Positionen und daher für Pretoria nicht annehmbar, erklärte Außenminister Roelof Botha. Dagegen bezeichnete der amerikanische Außenminister George Shultz die „Deklaration“ von Havana als eine positive Entwicklung.

Kritisch setzte sich Botha vor allem mit dem Schlußsatz des kubanisch-angolanischen Komitees auseinander, in dem beide Staaten ihre Solidarität mit den Freischärlern bekundeten, die gegen Südafrika für die Unabhängigkeit Namibias und den Sturz der Regierung in Pretoria kämpften. Dieser Absatz stehe „in flagrantem Widerspruch zu Geist und Buchstaben“ des Geistes von Lusaka und den konstruktiven Beziehungen, die sich in der gemeinsamen angolanisch-südafrikanischen Kommission zur Überwachung des südafrikanischen Truppenabzugs aus Südafrika entwickelt hätten, heißt Außenminister Botha erklären.

Das Abkommen von Lusaka sieht vor, daß Südafrika seine Truppen aus Angola abzieht. Im Gegenzug verpflichtete sich Luanda, Operationen der Swapo-Guerrilleros gegen Namibia von angolanischem Gebiet aus zu unterbinden.

Gleichzeitig äußerte sich Botha zu friedlichen über die Arbeit der gemeinsamen Waffenstillstandskommission, der auch amerikanische Beobachter angehören. Allerdings sei es in diesem Monat bereits zu mehreren Zusammenstößen zwischen Soldaten der Überwachungskommission und Swapo-Kämpfern gekommen, die mehrere Todesopfer auf beiden Seiten gefordert hätten.

Die negative Reaktion Südafrikas bezog sich vor allem auf die Solidaritätserklärung Kubas und Angolas für den Afrikanischen Nationalkongress (ANC) und die Südwestafrikanische Volksorganisation (Swapo). Kuba und Angola hatten in dem Kommuniqué unter anderem ihre „Bewunderung und Solidarität mit dem heroischen Kampf des namibischen und südafrikanischen Volkes unter der Leitung ihrer einzigen legalen Vertreter, Swapo und dem Afrikanischen Nationalkongress (ANC), gegen das schändliche Apartheidregime“ erklärt und „die Verurteilung dieses abstoßenden Regimes, das historisch

zum Verschwinden verurteilt ist“, gefordert. Südafrikanische Zeitungen verwiesen gestern auf wiederholte Erklärungen Bothas, daß die Präsenz von schätzungsweise 30 000 kubanischen Soldaten in Angola das einzige noch verbliebene Hindernis auf dem Weg zur Unabhängigkeit Namibias sei und daß Hoffnungen auf einen Durchbruch in Verhandlungen mit dem Nachbarland bestünden.

Nach dem Bekanntwerden des Kommuniqués von Havana verlangte der südafrikanische Außenminister dagegen eine „dringliche Klarstellung“ von Seiten der angolanischen Regierung, ob es sich bei der kubanisch-angolanischen Erklärung um einen Widerruf des Abkommens von Lusaka handele. Botha wies darauf hin, daß ein eindeutiges Abkommen mit der angolanischen Regierung über die Bedingungen des kubanischen Abzugs getroffen werden müßten. „Bevor sich ein Erfolg in diesen Fragen abzeichnen kann, bedarf es eindringender Erklärungen über die Stellung der angolanischen Regierung im Zusammenhang mit der kritischen Lage, die sich durch die angolanisch-kubanische Erklärung ergeben hat“, sagte Botha. Es gelte jetzt in erster Linie herauszufinden, ob das Kommuniqué von Havana eine Ab-

wendung von der Übereinkunft in Lusaka bedeute. In diesem Falle müßte die gemeinsame südafrikanisch-angolanische Überwachungskommission ihre Arbeit einstellen. Beobachter gehen davon aus, daß der südafrikanische Außenminister damit indirekt mit einer Aufkündigung der Übereinkunft zwischen seiner Regierung und dem Regime von Luanda drohte. Dies könnte bedeuten, daß Südafrika wieder in eigener Regie die Grenze zwischen Angola und Namibia sichern wird. Das wiederum heißt, daß Pretoria sich die Option freihält, durch Vorstöße seiner Truppen auf angolanisches Gebiet Stützpunkte der Swapo anzugreifen. Ebenso dürfte Südafrika dann versuchen, durch eine verstärkte Unterstützung der protestantischen angolanischen Widerstandsorganisation UNITA den Druck auf die Regierung in Luanda und die kubanischen Truppen zu verstärken.

Es ist anzunehmen, daß die Äußerungen Bothas noch nicht das letzte Wort Südafrikas bedeuten. Pretoria wird nach Ansicht von Beobachtern vorerst abwarten, welche praktische Konsequenzen sich aus dem Kommuniqué von Havana ergeben und erst danach handeln.

Seite 2: Klarheit aus Kuba

Senat verweigert gemeinsames Schul-Gebet

DIETRICH SCHULZ, Washington
Eine von Präsident Ronald Reagan unterstützte Vorlage für eine Verfassungsänderung mit dem Ziel, die Einführung eines gemeinsamen Gebetes an den amerikanischen Schulen zu ermöglichen, scheiterte im US-Senat. Für die Gesetzesvorlage, mit deren Hilfe ein 22 Jahre altes Urteil des Obersten Gerichtshofes revidiert werden sollte, stimmten zwar 58 der 100 Senatoren, doch die für eine Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit kam nicht zustande.

Nach diesem Ergebnis haben Vertreter der Fundamentalisten-Bewegung, der rund 35 Millionen US-Bürger anhängen, den Gegnern der Schulgebetsvorlage im Senat angedroht, ihnen bei den Wahlen im November das Leben schwer zu machen. Vertreter der traditionellen Kirchen, die nichts von der Wiedereinführung des Schulgebets halten, begrüßten es, daß das strittige Thema vorerst vom Tisch ist.

Im amerikanischen Senat wurde das Thema in den letzten Wochen immer wieder diskutiert. Das umstrittene Schulgebet verdrängte alle anderen Themen von der Tagesordnung. Ein besonderes Gewicht bekam der Streit durch das Eingreifen des Präsidenten. Reagan warb in mehreren Reden und in persönlichen Gesprächen mit den Mitgliedern des Senats für die Gesetzesvorlage. (SAD)

Kein Verfahren gegen Tabatabai

DW. Karlsruhe
Der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofes stellte das Verfahren gegen den iranischen Politiker Dr. Sa-degh Tabatabai wegen Opiumschmuggels ein. Der Bundesgerichtshof hob das Urteil des Landgerichts Düsseldorf auf, das Tabatabai im März 1983 zu einer dreijährigen Freiheitsstrafe verurteilt hatte. Der Einstellungsbescheid des Bundesgerichtshofes ist aber auf die Zeit beschränkt, in der Tabatabai Sondermission im Auftrag Irans bestanden hat. Sollte Tabatabai ohne diplomatischen Status erneut in die Bundesrepublik Deutschland einreisen, könnte ein neues Verfahren gegen ihn eingeleitet werden. Tabatabai war im Januar 83 bei der Einreise in die Bundesrepublik im Besitz einer größeren Menge Rauschopiums angetroffen worden.

„DDR“-Spion in den USA gefaßt

A Fortsetzung von Seite 1

Forbrich nach Angaben aus Abwehrkreisen einen „sehr großen Bekanntheitskreis“. In seiner Werkstatt arbeiteten gelegentlich auch Amerikaner. Auf Weisung der Bundesanwaltschaft wurden in den vergangenen Tagen mehrere Wohnungen in der Bundesrepublik durchsucht. Bevor Forbrich in der vergangenen Woche erneut in die USA flog, hatte er offensichtlich aus Ost-Berlin neue Weisungen eingeholt, was die Militärs in der „DDR“ am meisten interessierte. Auch bei diesem Flug begleiteten ihn bereits unauffällig Beamte der Abwehr. Das etwa einjährige „Spiel“ der deutsch-amerikanischen Gegenspionage verschaffte der NATO und der US-Armee wichtige Einblicke in Wissenslücken und Engpässe der östlichen Seite vor allem im militärtechnologischen Bereich.

Warschau für starke „DDR“

Parteiorgan veröffentlicht Artikel zur Deutschlandpolitik / Gegen neues Preußentum

J.G.G. Düsseldorf

„Alles, was zur Festigung der DDR beiträgt, liegt in unserem politischen Interesse, auch wenn hier und dort zwischen uns natürliche Interessensunterschiede auftreten sollten. Dies erklärt in einem Grundsatzartikel zur polnischen Deutschlandpolitik der Deutschlandexperte des ZKs der kommunistischen „Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei“, Ryszard Wojna, im Parteiblatt „Polityka“. „Der sozialistische deutsche Staat ist für Europa und auch für die Deutschen selbst notwendig und vor allen Dingen erforderlich für die sozialistische Gemeinschaft. Die Parole von der Wiedervereinigung drückt weder die europäische noch die deutsche Realität aus.“

Wojna räumt jedoch ein, daß die „Polen eine Gänsehaut bekommen“,

wenn sie in der „DDR“ eine Renaissance preußischer Traditionen und das Anknüpfen an Persönlichkeiten der preußischen Geschichte registrieren. Dies sei aber in einem größeren historischen Zusammenhang zu sehen. Zudem würde nur das Positive von den jetzigen Historikern der „DDR“ hervorgehoben, beruhigt Wojna die Polen. Schließlich hätten auch die Deutschen das Recht „auf die eigene Geschichte“.

Wojnas Äußerungen, die sicherlich nicht seine private Meinung sind, sind indessen schon mit dem Hinweis auf das Recht der Deutschen auf eine eigene Geschichte widersprüchlich. Einerseits behauptet er, daß 1945 ein „Wendepunkt“ in der deutschen Geschichte eingetreten sei und man seitdem „nicht mehr von einer einfachen Kontinuität der deutschen

Geschichte“ sprechen könne, andererseits hebt er jedoch mit Hinweis auf die Teilung Deutschlands hervor: „In der Geschichte gibt es keine ewigen Erscheinungen.“ Er vermerkt auch, „mit welcher Hartnäckigkeit und Engagement“ sich just „Kräfte der (deutschen) radikalen Linken“ bis zur SED für die Erhaltung der deutschen Einheit eingesetzt haben, auch wenn „die Genossen der DDR“ wohl gegenwärtig dem Wort „Sozialismus“ Vorrang vor dem Wort „Einheit“ geben. Andererseits wiederum sei die Diskussion in der „DDR“ um die Parole von zwei deutschen Nationen stark „abgedrosselt“ worden. Wojna vergaß jedoch hinzuzufügen, daß er im polnischen KP-Lager selber zu jenen Protagonisten gehörte, die einer „DDR“-Nation und einer bundesdeutschen in der Vergangenheit das Wort redeten.

Schon mal was von Aleatorik gehört?

Aleatorik ist jene moderne Musikrichtung, die dem Zufall breiten Raum gewährt. Eine kreative Freizügigkeit, die in finanziellen Fragen allerdings nicht angebracht ist.

So erfordern z. B. Auslandsgeschäfte in besonderem Maße exakte Planung, Sicherung gegen vielfältige Risiken, stetige und zuverlässige Verbindungen, die Kenntnis fremder Märkte und ihrer Usancen. Bei der Fülle der Probleme und Risiken im internationalen Geschäft sind die Erfahrungen, Sachkenntnisse und ausländischen Geschäftsverbindungen, über die eine international orientierte große Bank mit ihren weitgereisten Fachleuten verfügt, für Sie ein Beitrag dazu, möglichst nichts dem Zufall zu überlassen.

Die Leitungen unserer Niederlassungen sind darauf ausgerichtet, Ihren Kunden dieses Potential wirklich nutzbar zu machen. Sie unterstützen Sie darin, Aleatorik, die Abhängigkeit vom Zufall, auf ein Minimum zu reduzieren. Wenn Sie mehr wissen möchten: Sie finden die Berliner Bank in Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart, London, Luxemburg und natürlich in Berlin.

Berliner Bank. Die Bank, mit der man reden sollte.

BERLINER BANK
AKTIENGESELLSCHAFT



Export stützt Konjunktur

Mk. - Der Export wird immer stärker zum Motor der Konjunktur. „Auslandsmarktforschung“ unterstützt Aufschwung und „Beschleunigtes Wachstum des Exports“ - so lautet die Titel zweier Untersuchungen, die gestern unabhängig voneinander vom HWWA Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg und vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin vorgelegt wurden. Darauf deuten auch die Auftragseingänge aus dem Ausland bei der deutschen Industrie hin.

Die Hamburger Wirtschaftsforscher rechnen damit, daß die deutsche Warenexport real um rund sechs Prozent im Jahresdurchschnitt steigen wird. Und das, obwohl sie davon ausgehen, daß die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anbieter wegen der Aufwertungstendenz der D-Mark wieder abnehmen wird. Allerdings bleibt bei der Ansicht des Instituts nach wie vor hoch, so daß bei der zunehmenden Erholung der Weltkonjunktur eine höhere Nachfrage nach deutschen Produkten erwartet werden kann.

Zwar dürfte sich das Tempo abschwächen, mit dem die Lieferungen in die Vereinigten Staaten im letzten Jahr zugenommen haben. Aber dafür festigt sich die konjunkturelle Erholung in Europa. Und hier liegen nach wie vor die Haupt-

märkte der deutschen Firmen. Für die Berliner Konjunkturforscher wird die Erholung in Europa jedoch nur mäßig ausfallen, so daß der deutsche Export in der zweiten Jahreshälfte an Fahrt wieder verlieren könnte. Per Saldo dürfte der Export auch diesmal die Binnenkonjunktur kräftig nach oben ziehen.

Neue Blonde

J. Seh. (Paris) - Die schwarze „Gauloise“ bekommt eine blonde Schwester. In nationalen Raucherkreisen mag das als eine Herausforderung empfunden werden. Denn diese so typische französische Zigarette aus heimischem Tabak gilt als Symbol der Männlichkeit, wie das Tabakmonopol Seita selbst einräumt. Aber inzwischen hat auch hier die blonde Zigarette - meist Importmarken - an Boden gewonnen. Ihr Marktanteil liegt gegenwärtig bei 43 Prozent (in der Bundesrepublik sind es 95 Prozent), was vor allem darauf zurückgeführt wird, daß immer mehr Frauen rauchen. Diesem Trend konnte sich die Seita auf die Dauer nicht entziehen. Nun versucht auch das Staatsunternehmen, in den wachsenden Markt der blonden Zigaretten einzudringen. Seita bringt das Päckchen deshalb für 6,30 Franc (zwei Mark) und damit um zwei Franc billiger als die Auslandskonkurrenz auf den Markt. Mit diesem Kampfpreis läßt sich aber nur Geld verdienen, wenn die neue Gauloise steigenden Absatz findet. Das bleibt indes noch abzuwarten.

ANLAGENBAU / Jeder internationale Auftrag mit harten Bandagen umkämpft

Selbst Ingenieurarbeiten werden ins kostengünstige Ausland vergeben

JOACHIM WEBER, Frankfurt
Die deutschen Anlagenbauer sind 1983 heftig in den Sog des weltweiten Nachfrageeinbruchs am Industrie-Anlagenmarkt geraten. Ihre Auftrags-eingänge nahmen um fast 30 Prozent auf 14,2 (20,2) Milliarden Mark ab und blieben damit um 45 Prozent unter den gut 25 Milliarden von 1981. Inflationsbereinigt dürften sie sich damit innerhalb von zwei Jahren halbiert haben, schätzt Günter Kohl, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Großanlagenbau im VDMA.

Hauptgrund des Rückgangs ist die „einschneidende“ Verschlechterung der finanziellen Möglichkeiten vieler Entwicklung- und Schwellenländer, die auch zu Annullierungen und Reduzierungen von Aufträgen aus den Vorjahren - und mithin sicher geplanter Beschäftigung - in Höhe von rund einer Milliarde Mark geführt hat. So betraf der Auftragsrückgang besonders stark das Auslandsgeschäft, dessen Anteil an Gesamtvolumen mit 9,2 (14,2) Milliarden Mark auf 65 (77) Prozent zurückfiel.

Am ausgeprägtesten war die Flaute bei den „echten“ Großaufträgen über 100 Millionen Mark. Bis dahin 1981 noch 33 von ihnen etwa die Hälfte, so waren es 1983 schließlich ganze neun dicke Brocken, die zusammen ein Fünftel ausmachten. Gleichzeitig stieg der Anteil der Kleinaufträge (bis zu fünf Millionen Mark) - Reparaturen und Modernisierungsmaßnahmen - von elf auf 20 Prozent aller Auftragsaufträge.

Vielleicht einziger Lichtblick der neuen Auftragsstruktur: Die Konzentration des Geschäfts auf nur wenige Kundenländer wurde aufgebrochen. Vereintigten die drei größten Abnehmer - Indonesien, Sowjetunion,

auch bei einer Wiederbelebung nicht rückgängig zu machen sein. Denn inzwischen habe sich nicht nur die Auftragsmengen geändert, sondern auch die Ansprüche der Abnehmer. So bestehen viele Länder auf wachsenden nationalen Lieferanteilen, selbst im Ingenieurbereich. Und auch das verbleibende Auftragsvolumen ist nur noch zu einem Teil für den eigenen Markt zu retten, weil zum einen deutsche Ingenieur- und Arbeiterstunden zu teuer sind, und weil zum anderen die Subventionspraktiken der Nachbarn zur Abwicklung über die jeweiligen Auslandsstöcher zwingen.

Die Anpassung an die geänderten Marktbedingungen geht so weit, daß selbst die eigentlichen Ingenieurarbeiten teilweise ins Ausland vergeben werden, zum Beispiel an Tochtergesellschaften in Indien, Korea, Mexiko oder Brasilien, wo die Ingenieurstunden (teilweise bei geringerer Effizienz) nur ein Viertel oder ein Drittel des deutschen Gehalts kostet. Die Anlagenbauer hoffen jetzt aber, daß die eigenen Ingenieurkapazitäten nicht mehr weiter abgebaut werden müssen. Bei der Fertigung (etwa 60 Prozent Personalanteil) ist man sich nicht ganz so sicher.

Der weltweite Marktanteil von etwa 20 Prozent konnte aber gehalten werden, wenn auch mit Ertragsverlusten. Sorgen um das Fortbestehen des deutschen Anlagenbaus haben die Unternehmen nicht. „Natürlich werden wir überleben.“

STEUERPOLITIK

CDU-Arbeitnehmer dringen auf Familienlastenausgleich

HEINZ HECK, Bonn
Die Arbeitnehmergruppe der Bonner Unionfraktion hat ihre Vorstellungen zur Reform des Steuerrechts und des Familienlastenausgleichs gestern präzisiert, bevor Finanzminister Gerhard Stoltenberg seine Entlastungsmodelle noch in diesem Monat vorlegen wird. Von dem Gesamtvolumen von rund 25 Milliarden Mark sollen nach Meinung der Arbeitnehmer rund zehn (nach Meinung Stoltenbergs und der Steuerexperten der Fraktion etwa fünf) unmittelbar zur Besserstellung der Familien verwendet werden. Zugleich dringen sie auf Entlastung bereits 1986, selbst wenn die Steuerreform erst 1988 in Kraft treten sollte.

Die Familien sollen entweder Kindergeld oder Kinderfreibeträge in Anspruch nehmen können. Ziel sei es, Bezieher geringer und hoher Einkommen gleichermaßen zu entlasten. Das Kindergeld für das erste Kind soll um 20, für alle weiteren Kinder um 50 Mark erhöht werden. Zur steuerlichen Entlastung heißt es, daß die maximal das 1,5fache der Entlastung bei Bezieher von Kindergeld ausmachen darf. Offen bleibt dabei, mit welcher technischen Lösung dieses Ziel erreicht wird. Dies soll dem Finanzminister überlassen werden. Es heißt lediglich, daß das Kindergeld ab 1986 vom Finanzamt bezahlt werden soll. Die Kosten dieser Maßnahme werden auf etwa 5,5 Milliarden Mark jährlich geschätzt.

Ferner schlägt die Gruppe für Fa-

milien mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen bis zu 48 000 Mark die Zahlung eines monatlichen Erziehungsgeldes von 600 Mark für das erste Lebensjahr jedes Kindes vor, wenn ein Elternteil für diese Zeit ganz oder teilweise auf Erwerbstätigkeit verzichtet. Die Leistungen aus dem Mutterschaftsurlaub sollen darauf angerechnet werden (derzeit vier Monate je 510 Mark für Erwerbstätige) und noch bis 1987 auf alle Mütter ausgedehnt werden. Kostenpunkt etwa 1,5 Milliarden Mark.

Als Einstieg für die Anerkennung von drei Erziehungsjahren je Kind im Rentenrecht soll ab 1986 oder 1987 ein Erziehungsjahr angerechnet werden. Der Anspruch soll für alle Mütter gelten, die heute noch nicht im Rentenalter sind. Die Kosten liegen zu Beginn bei 150 bis 250 Millionen Mark im Jahr und steigen bis zur Endstufe auf drei bis 4,5 Milliarden.

Bei der Tarifreform sollen die Entlastungen gezielt im unteren Teil der Progressionszone ansetzen. Neben der Anhebung des Grundfreibetrags von 4212 auf 5000 Mark wird die Einführung eines linear progressiven Tarifs zwischen 16 000/36 000 und 50 000/100 000 (Ledge/Verheirathete) vorgeschlagen. Die Kosten werden auf etwa 3,6 Milliarden Mark beziffert. Die Entlastung komme allen Einkommensschichten zugute. Zur Begründung heißt es, daß in diesem Bereich durch den steilen Progressionsanstieg und die Sozialabgaben die Grenzbelastung am höchsten sei.

Blinder Umweltschutz-Eifer

Von JOACHIM GEHLHOFF

Das Streben nach Meriten in Umweltschutz treibt bisweilen seltsame Blüten. Der vom Ressort für primär zuständige Bundesinnenminister Zimmermann liefert das jüngste Exempel. Sein Haus hat nun eine (vierte) Novelle zum Abfallbeseitigungsgesetz mit dem Ziel vorbereitet, auf dem Verordnungsweg Einwegverpackungen (besonders Getränke-dosen) am Markt zurückzuführen, wenn die „umweltfreundlichere“ Mehrwegverpackung, zumal die einige dutzendaufmal wiederverwendbare Bierflasche, in der Konsumentengunst an Boden verlieren sollte.

Exakt gleichzeitig mit diesem jüngsten Bonner Umweltschutzreferat präsentiert die Weißblech herstellende und verarbeitende Industrie eine aufschlußreiche Stellungnahme zum Thema „Getränkerverpackung im Meinungstreit“. Sie hat ein klares Fazit: Ein ordnungspolitischer Handlungsbedarf gegen die Weißblechverpackung, gegen eine angebliche „Blechdosenslawine“ bestehe nicht. Und dies vor allem aus zwei Gründen:

1977 schlossen das Bundesinnenministerium und die betroffenen Wirtschaftszweige Vereinbarungen mit dem Ziel, den Markt für Mehrweggefäße zu stabilisieren. Entgegen skeptischen Tönen der Einweggegner wurde dieses Ziel bisher auch glatt realisiert. Seit mehreren Jahren signalisiert der zuvor stark gestiegene Verbrauch von Getränkedosen das Näherkommen einer Sättigungsgrenze. Der Anteil der Mehrweg-Verpackung im Getränkemarkt hingegen steigt. In 1982 besserte er sich von 75,4 auf 76,2 Prozent des Gesamtabsatzes an Bier, Mineralwasser, Getränken mit und ohne Kohlensäure sowie an Wein.

Im gleichen Jahr wuchs in diesem Markt der Absatz der nach Mehrwegsystem verpackten Getränke beinahe um 10 Prozent. In 1983 deuten eine Fortsetzung dieses Trends an: Absatzplus von vier Millionen Hektolitern oder rund drei Prozent im Mehrwegsystem; im Einwegsystem hingegen nur ein Zuwachs von 0,6 Millionen Hektolitern oder 1,5 Prozent.

Und trotz des für den „dosenfreundlichen“ Freizeit- und Unterwegsbedarf extrem günstigen Jahr-

hundertsummers legen auch die Bier- und sonstigen Getränkedosen 1983 nur 2,5 Prozent im Absatz zu. So marschierte man getreulich bei der 1977 für das nächste halbe Jahrzehnt vorgesehenen Ziellinie von etwa 75 Milliarden Getränkedosen-Jahresverbrauch auf dem deutschen Markt, sagen die Weißblech-Leute.

Diese Milliardenzahl bedarf auch in anderem Sinne einer Relativierung. Die leere Getränkedose ist kein mengenmäßig relevantes Umweltproblem unserer Volkswirtschaft. Am deutschen Gesamtabfallaufkommen von jährlich 523 Millionen Tonnen (1981) ist diese Dose nur mit 0,2 Promille beteiligt, am Hausmüll von 20 Millionen Jahrestonnen auch nur mit 0,5 Prozent. Wer sich als Umweltschutzpolizist um zweifellos vorhandene Müllprobleme sorgt, sollte weiß Gott Gewichtigeres im Visier haben.

Oder er ertuscht in den bösen Verdacht, sich in blindem Eifer mit vermeintlich guten Taten vor den Karren der Blechdosen-Konkurrenz spannen zu lassen. Die gibt's schließlich auch. Sie sind, wie der 1983 selbsterweise mit dem Wohlwollen des Bundesinnenministeriums durch Getränkegroßhändler und Kleinbrauereien gegründete „Verein zur Bekämpfung und Vermeidung von Einwegverpackungen“, offenbar nur zu gerne bereit, eigene strukturelle Schwierigkeiten mit der Dosen-Konkurrenz „uneigennützig“ unter dem Panier des Umweltschutzes tunlichst siegreich zu beenden.

Ihren Wettbewerb um die Verbrauchergunst aber sollten die Konkurrenten auf dem Verpackungsmarkt gefälligst ohne die Umweltschutzpolitik austragen. Wo kämen wir mit einer administrativen Verteuerung des Dosenverbrauchs schließlich hin? Doch nur auf den Weg der Umweltschutz-Abgaben auf alte Autos, Kühlschränke und weißer Himmel was zur logischen Folge hätte.

Das fördert natürlich die Schaffung behördlicher Überwachungs-Arbeitsplätze. Aber sonst fördert es nichts. Von Eisenschrott-Verwertung und sonstigem Abfall-Recycling bis zur Kostenumlage der Hausmüllbeseitigung beim Privathaushalt nach „Verursacherprinzip“ gibt es genug marktwirtschaftliche Lösungsmöglichkeiten auch für diesen Teil unserer Umweltprobleme.

AUF EIN WORT



„Risikopolitik“ heißt nicht nur, das Kundenrisiko beurteilen, sondern selbst alle Möglichkeiten der Risikovor-sorge ausschöpfen.“
Albrecht Dietz, Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Lesing AG, Frankfurt
FOTO: olf/wa

DIW: Bauvolumen expandiert kräftig

Die deutsche Bauwirtschaft wird 1984 eine kräftige Expansion des realen Bauvolumens, gleichzeitig aber auch eine Nachfrageabschwächung als Folge des Auslaufens der staatlichen Förderungen verzeichnen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erwartet daher für 1985 einen geringeren Zuwachs bei Produktion und Beschäftigung. Nach einer Zunahme von 4,5 Prozent auf 134,9 Mrd. Mark (zu Preisen von 1970) dürfte das Bauvolumen 1985 nur noch um 1,5 Prozent auf 137,2 Mrd. Mark steigen. Zu der Expansion des Bauvolumens in diesem Jahr werden, so das DIW, alle Baubereiche und Produzentengruppen beitragen. Am besten werde voraussichtlich wieder der Wohnungsbau mit einem Zuwachs beim Bauvolumen von sechs (1983: 0,7) Prozent abschneiden, gefolgt vom Wirtschaftsbauplan mit einem Plus von vier (1,7) Prozent.

AUTOMOBILPRODUKTION

Kunden sind verunsichert und halten sich zurück

INGE ADHAM, Frankfurt

Vor allem die Verunsicherung der Kunden hinsichtlich der Einführung der Katalysator-Autos ist nach Ansicht des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) daran schuld, daß die Autobestellungen aus dem Inland im vergangenen Monat weniger lebhaft geflossen sind als vor Jahresfrist. Auch die Aufträge für Januar und Februar zusammengekommen blieben unter dem Vorjahresstand, schreibt der VDA in seinem jüngsten Produktionsbericht.

Für die Bestellmündigkeit der deutschen Kunden ist freilich noch ein anderer Grund auszumachen: Zahlreiche Käufe wurden wegen angekündigter und inzwischen vollzogener Preissteigerungen, die die Kunden verärgerten, auf den Januar vorgezogen; die potentiellen Käufer von Pkw sehen sich wieder verstärkt unter den

ausländischen Angeboten um. Den Bestellungen aus dem Ausland für deutsche Pkw beschneidet der VDA demgegenüber „weiterhin einen günstigen Verlauf“. Bereits im Februar ist der Export gegenüber Januar stärker als saisonüblich um 212 500 Pkw/Kombi gestiegen, 16 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Unverändert schwach lief dagegen der Nutzkraftwagenexport mit 15 800 Einheiten.

Insgesamt zeigt die Monatsproduktion mit 376 200 Pkw/Kombi und 26 200 Nutzkraftwagen im Februar kaum Veränderungen gegenüber den Vormonaten. Gegenüber dem noch schwachen Produktionsergebnis vom Februar 1983 ergibt sich jedoch ein Plus von 15 Prozent bei den Pkw (je Arbeitstag) und von immerhin fünf Prozent bei den Nutzkraftwagen.

HANNOVER-MESSE

Wirtschafts-Belebung sorgt für neuen Ausstellerrekord

DOMINIK SCHMIDT, Hannover
Die höchste Ausstellerszahl ihrer Geschichte verzeichnet die Hannover-Messe '84. Klaus E. Goehrmann, neuer Vorstandsvorsitzender der Deutschen Messe- und Ausstellungs-Gesellschaft, sieht die Ursache dafür nicht nur in dem „positiven Reizklima“ der Veranstaltung selbst, sondern vor allem in der Klimaverbesserung am Weltwirtschaftshorizont. Dafür spreche vor allem die kräftig gestiegene Beteiligung des Auslands. Von den 6419 (1983: 5850) Direktausstellern kommen 2242 (1772) aus anderen Ländern. Wesentlichen Anteil daran hat allerdings die „Superbeteiligung“ des diesjährigen Partnerlandes Indien, das von 377 Unternehmen repräsentiert wird.

Eröffnet wird die größte Investitionsgütermesse der Welt, die vom 4. bis zum 11. April dauert, am Vor-

abend durch Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff. Schon jetzt, so Goehrmann, liegen dem Veranstalter zahlreiche Anmeldungen von offiziellen Delegationen mit hochrangiger Besetzung vor. Dies gilt vor allem für Besucher aus den RGW-Ländern. Insgesamt rechnet Goehrmann aber mit geringeren Besucherzahlen als im Vorjahr (680 000).

Erneut setzt sich die Hannover-Messe aus insgesamt zehn Fachmessen zusammen. In 23 Hallen und auf dem Freigelände wird eine Netto-Ausstellungsfläche von 430 000 Quadratmetern belegt, fast 30 000 mehr als 1983. Hinzu kommen rund 16 000 Quadratmeter, auf denen Sonder-schauen gezeigt werden. Das Schwerpunktthema der Hannover-Messe '84 lautet „Technologien zur sinnvollen Energienutzung“.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Zinsanstieg in den USA treibt den Dollarkurs

Frankfurt (cd.) - Der anhaltende Zinsanstieg in den USA, wo die Notenbank nach dem Eindruck vieler Beobachter die geldpolitischen Züge angeht, hat, beschleunigte gestern an den Devisenmärkten den Auftrieb des Dollarkurses, der bei der amtlichen Frankfurter Notierung von 2,6354 auf 2,6588 Mark stieg. Gleichzeitig verschlechterte sich die Stimmung am deutschen Rentenmarkt weiter. Unter dem Druck eines zunehmenden, auch ausländischen Angebots schwächten sich die Kurse bis um 0,75 Prozentpunkte ab. Die von der Bundesbank berechnete Durchschnittsrendite börsennotierter Bundesanleihen erhöhte sich von 7,86 auf 7,91 Prozent, nachdem sie am 7. März noch bei 7,76 Prozent gelegen hatte.

Höherer Lebensstandard

London (ft) - Der Lebensstandard der Briten ist im vergangenen Jahr um 2,7 Prozent gestiegen. Damit war den jüngsten offiziellen Statistiken zufolge die Kaufkraft zum ersten Mal höher als 1979, als die schwere Rezession einsetzte und die konservative Partei die Regierung übernahm. Das verfügbare Volkseinkommen lag im vergangenen Jahr real um 2,3 Prozent über dem von 1979. Das Brutto-sozialprodukt stieg den endgültigen Statistiken zufolge für das vergangene Jahr zufolge gegenüber 1982 um drei Prozent.

Mehr Strom verbraucht

Frankfurt (DW) - Das Konjunkturbarometer Strom steht weiter auf Hoch: 30,2 Mrd. Kilowattstunden wurden im Februar 1984 aus dem Netz der öffentlichen Versorgung verbraucht. Das waren 8,4 Prozent mehr als im Februar 1983. Ohne Berücksichtigung des Schalttages im Februar 1984 beträgt der Zuwachs rund vier Prozent. Das meldet die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), Frankfurt.

Vergünstigung abgelehnt

Washington (rt) - Der Finanzausschuß des US-Senats hat eine Steuer-vergünstigung für die Pan American World Airways (PanAm) abgelehnt,

mit deren Hilfe die Fluggesellschaft neue Jets für ihre Flüge zwischen der Bundesrepublik und Berlin anschaffen wollte. PanAm will ihre auf den Berlin-Route eingesetzten Boeing-737-Flugzeuge durch MC-80-Modelle von McDonnell Douglas ersetzen, hatte aber eine Investitions-Steuer-gutschrift beantragt, um einen Teil des Kaufpreises von 400 Mill. Dollar finanzieren zu können.

Dänemark-Anleihe

Düsseldorf (Py.) - Dänemark beabsichtigt, eine Anleihe in zwei Tranchen zu je 150 Mill. DM aufzulegen. Die erste Tranche ist bei einer Festsatzzeit von fünf Jahren mit einem Zinssatz von 7 1/2 Prozent und einem Ausgabekurs von 99,75 Prozent (Rendite 7,69 Prozent) ausgestattet, die zweite Tranche ist auf zehn Jahre festgelegt, hat einen Zinssatz von 7 1/2 Prozent und einen Ausgabekurs von 99,5 Prozent, was einer Rendite von 7,95 Prozent entspricht. Die Anleihe wird von einem internationalen Konsortium unter Federführung der Westdeutschen Landesbank übernommen.

Rekord-Kursniveau

London (ft) - Das Kursniveau an der Londoner Aktienbörse hat eine neue Rekordmarke überschritten. Im Gefolge des überaus positiv aufgenommenen Budgets, beruhigender Zinsen und sehr guter Unternehmensergebnisse überschritt der Financial-Times-Index für 30 führende Unternehmenswerte am Mittwoch erstmals die 900-Punkte-Marke. Damit ist der Index seit Montag vergangener Woche um knapp 62 Punkte geklettert. Erst im Januar war die 800-Punkte-Marke überschritten worden.

Wochenausweis

	15.3.	7.3.	15.2.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	72,8	72,0	68,3
Kredite an Banken	70,3	73,8	74,3
Wertpapiere	7,4	7,5	7,6
Bargeldumlauf	101,9	102,7	100,9
Einl. v. Banken	42,6	48,5	47,0
Einlagen v. öffentl. Haushalten	5,5	2,0	3,4

Frage: Der Fortschritt in Elektronik und Elektrotechnik ?
Neue Wege zur wirtschaftlichen Produktion ? Zur besseren Kommunikation ?
Mehr Sicherheit in der Installation ? Energie sinnvoll nutzen ?
Ein einmaliger Überblick ? Ein klar gegliedertes Angebot ? Auf einer Messe ?

Antwort: Weltmarkt Elektronik/ Elektrotechnik
...auf der Messe der Messen

Mittwoch, 4. - Mittwoch, 11. April
Hannover Messe '84

SCHUHINDUSTRIE / Preiserhöhungen angekündigt

Weiter an Boden verloren

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die deutschen Verbraucher müssen im laufenden Jahr mit erheblichen Preiserhöhungen für Schuhe rechnen. Der Vorsitzende des Hauptverbands der Deutschen Schuhindustrie, Horst H. Bassler, hofft dabei, für seine Branche zwischen 4 und 10 Prozent höhere Preise durchsetzen zu

ran, mußte seine Importe in die Bundesrepublik um 3,2 Prozent auf 97,8 Mill. Paar zurücknehmen. Dort stiegen die Preise inzwischen um 15 bis 35 Prozent.

Bassler erwartet jedoch Probleme in der Durchsetzbarkeit der notwendigen Preiserhöhungen. Einen Ausweg sieht er allenfalls in der Notwendigkeit, die Preise künftig in kleineren Schritten als den bisher für 9 Monate üblichen Erhöhungen zu vollziehen. Das dürfte dann der Fall sein, wenn die Lederpreise wie bisher explosionsartig steigen sowie Häute und Felle weiter knapp bleiben.

Im Jahresvergleich sind Kälber- und Rinderhäute (je nach Qualität und Stärke) um 50 bis 100 Prozent teurer geworden. Vormaterialien um 5 bis 10 Prozent, Leder um 10 bis 40 Prozent. Angesichts eines durchschnittlichen Materialanteils von 50 (Leder 30 bis 40) Prozent wird die Problematik geringer Schlachtabfälle in den traditionellen Häutefabriken erkennbar.

Wachsender Importdruck (plus 2 Prozent auf rund 207 Mill. Paar und 4,4 Prozent Plus auf 3,97 Mrd. DM) sowie zunehmender Protektionismus haben der deutschen Schuhindustrie 1983 nicht die erhoffte Stabilisierung von Produktion und Beschäftigung gebracht. Die Inlandsproduktion ging um 4 Prozent auf 92,1 Mill. Paar zurück; mit 49,2 Mill. Paar wurden 3,5 Prozent weniger Straßenschuhe hergestellt.

Die größte Enttäuschung war der Herrschub-Bereich, dessen Produktion um 8 Prozent auf 14,2 Mill. Paar zurückfiel. Beim Import verbuchten die ostasiatischen Länder zum Teil zweistellige Zuwachsraten, wobei ein deutlicher Trend zu höherwertigen Qualitäten sichtbar wird.

Zufrieden können die deutschen Anbieter mit dem Export sein, der inzwischen ein Drittel der Produktion (1982: 28,3 Prozent) und fast 20 Prozent des Gesamtumsatzes bestritt. Tröstlich auch, daß der Handel der 1983 etwa 12 Mrd. DM umgesetzt haben dürfte, eine Tendenz zu stärkerem Qualitätsbewusstsein beim Verbraucher erkennt. Während der Paarzahlabsatz um 1 bis 2 Prozent zurückging und die Preise um 3 Prozent stiegen, wuchs der durchschnittliche Paarwert um 6,5 Prozent.

US-KONJUNKTUR / Handelsminister Baldrige befürchtet keine Überhitzung

Wachstum viel stärker als erwartet

H.A. SIEBERT, Washington

Die US-Wirtschaft wächst viel schneller als von der Reagan-Administration und den privaten Forschungsinstituten vorausgesehen. Das zeigt die erste „Blitz“-Schätzung des Handelsministeriums in Washington für das erste Quartal 1984. Danach nimmt die Wertschöpfung real um 7,2 Prozent zu, verglichen mit fünf Prozent in der vorausgesehenen Oktober-Dezember-Periode. Allgemein war mit rund sechs Prozent gerechnet worden – eine Rate, die auch etwa für das zweite Quartal gelten sollte.

US-Handelsminister Malcolm Baldrige versuchte die Finanzmärkte mit dem Hinweis zu beruhigen, es handle sich um eine „temporäre Beschleunigung“. Anzeichen für eine wirtschaftliche Überhitzung gebe es nicht. Vielmehr seien im ungewöhnlich kalten Dezember geplante Aktivitäten in den Januar verlegt worden, was sich an den Einzelhandelsumsätzen, der Industrieproduktion und den

Bauforderungen insgesamt abbauen lasse.

Für die Administration bestehe kein Grund, die Wachstumsprognose für das Gesamtjahr 1984 – real 4,5 Prozent – zu korrigieren, fuhr Baldrige fort. Er stütze seine These auch mit der Entwicklung in der US-Automobilindustrie, die im ersten Quartal ihren Anstoß um 17 Prozent erhöht habe, was mehr als einem Drittel der hohen Wachstumsrate entspreche. Im zweiten Quartal würden einige Montagewerke geschlossen, um für das kommende Modelljahr umgerüstet zu werden.

Nicht so einfach sehen es die Finanz- und Devisenmärkte: Für sie steht nun fest, daß die Rekordhaushaltsdefizite derartige Nachfrageimpulse entwickeln, daß die Auswirkungen der enormen Realzinsen bei weitem übertrieben werden. Nicht in Sicht ist eine baldige Normalisierung des Wachstumsstempels auf traditionelle drei Prozent. Was zunimmt, sind die Inflationsgefahren. In dieser

Situation muß die US-Notenbank eher auf die Geldbrüche treten. Zusammen mit der steigenden privaten Kreditnachfrage verstärkt sich dadurch zwangsläufig der schon nach oben gerichtete Zinstrend.

Um 0,1 Prozent heraufgesetzt hat das Ministerium die Zunahme des US-Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal 1983, so daß das Gesamtplus real 3,4 (1982: minus 1,9) Prozent ausmache. Im laufenden Quartal hat sich der Preisdeflator von 3,9 auf 4,4 Prozent erhöht. Nominal stieg die Wertschöpfung um 12 (9,1) Prozent auf 3535 Mrd. Dollar (Jahresrate), zu Preisen von 1972 wurden 1600 Mrd. Dollar erreicht.

Bestätigt hat das Ministerium die erheblich verbesserte Ertragslage der US-Unternehmen. Aus laufender Produktion erhöhten sich die Gewinne im vierten Quartal um 7,9 Prozent auf eine saisonal bereinigte Jahresrate von 268 Mrd. Dollar. Besonders eindrucksvoll war der Anstieg bei Gebrauchsgütern wie Autos.

Jugoslawien: Weg für IWF-Kredit frei

Das jugoslawische Parlament hat den zwischen der Regierung und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ausgehandelten Bedingungen für eine Kreditgewährung zugestimmt und damit den Weg für eine baldige Unterzeichnung eines IWF-Bereitschaftskredits über 500 Mill. Dollar geebnet.

Zu den von Jugoslawien zu erfüllenden Bedingungen für den IWF-Kredit erklärte der stellvertretende Ministerpräsident Borisav Sebric, die Zinsen in Jugoslawien müßten bis 1985 schrittweise auf ein leicht über der Inflationsrate liegendes Niveau angehoben werden. Ferner soll der Dinar Mitte dieses Jahres erneut abgewertet und dann periodisch angepaßt werden. Schließlich müsse Jugoslawien mindestens 55 Prozent der gegenwärtig eingefrorenen Preise freigeben, so daß mit Preiserhöhungen im Energie- und Dienstleistungsbereich zu rechnen sei.

Die westlichen Gläubiger hatten darauf bestanden, daß Jugoslawien zunächst eine Vereinbarung mit dem IWF über einen Bestandskredit schließt, bevor sie dem Land weitere Finanzhilfen.

UMWELTSCHUTZ / Ministerium gegen Autoindustrie

Kritik an Bremsversuchen

EBERHARD NITSCHKE, Bonn „Überraschung und Verwunderung“ haben die kritischen Äußerungen zur Umweltpolitik der Bundesregierung des Geschäftsführers des Verbandes der Deutschen Automobilindustrie, Achim Diekmann, im Bundesinnenministerium hervorgehoben. Die Feststellung Diekmanns, das Konzept für die Einführung umweltfreundlicher Autos durch Katalysatoren und bleifreies Benzin sei in der von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann gewollten Form nicht durchzuführen, hat den Staatssekretär Franz Kroppestedt aus diesem Hause zu einer scharfen Erwiderung veranlaßt.

In einem Brief an Diekmann stellt Kroppestedt fest, das Bremsen der Automobilhersteller auf diesem Sektor sei „wenig geeignet, um das gemeinsame Ziel näher zu bringen, die deutsche Automobilindustrie auch auf dem Gebiet des Umweltschutzes und damit einer in die Zukunft gerichteten Entwicklung an die Spitze des technischen Fortschritts zu setzen“. Es sei zudem ein wesentlicher Unterschied zwischen Diekmanns Äußerungen und dem Verhalten der

Mitgliedsfirmen des Verbandes festzustellen, die „eine Einführung des umweltfreundlichen Autos schon vor 1980“ (dem von Zimmermann genannten Datum) „energisch vorantreiben“. Die Bevölkerung werde für die negative Haltung des Geschäftsführers wenig Verständnis aufbringen. Wörtlich heißt es in dem Brief Kroppestedts: „Es wäre der gemeinsamen Aufgabe und Ihren eigenen Interessen daher dienlich, wenn Sie Ihre Verzögerungstaktik aufgeben und zu einer konstruktiven Kooperation zurückfinden würden“.

Die Automobilindustrie, deren Innovationskraft und Leistungsfähigkeit stets Anerkennung und Bewunderung gefunden hätten, müsse ihre Kräfte voll auf die Umstellung ihrer Produktion auf umweltfreundliche Fahrzeuge konzentrieren. Dazu gehöre insbesondere, daß auch der Vorstand der Automobilindustrie sich auf die neuen Anforderungen, ein umweltfreundliches Auto nach den schon gültigen US-amerikanischen Abgasregelungen zu bauen, einstelle. Dies seien Anforderungen, die für die deutsche Automobilindustrie „alles andere als Neuland sind“.

VEBA OEL / Venezuela-Vertrag gefährdet

Querelen um die Gültigkeit

HANS BAUMANN, Essen

Der vor einem Jahr geschlossene Vertrag zwischen Veba Oel und der venezolanischen Staatsgesellschaft Petroven ist in Caracas zwischen die politischen Mühlen geraten. Nachdem die AC (Accion Democrática) die christlich-soziale Regierung abgelöst hat, wird von der neuen Regierung behauptet, der Vertrag hätte vor der Unterschrift der Regierung das Parlament passieren müssen. Die Christdemokraten dagegen behaupten, daß ihnen der Prokurator als verbindlicher Rechtsberater der Regierung grünes Licht für den Vertrag gegeben habe – ohne Parlamentsplatz.

Der Energie- und Bergbauminister Grisanti sagte, daß das Parlament nachträglich über die Gültigkeit des Vertrages entscheiden müsse. Der Chef der Energiekommission, Armas, spricht von Verfassungsverletzung und behauptet, Venezuela habe bisher „nicht einen Cent“ von Veba Oel bekommen. Zu diesem Vorwurf sagt Veba Oel: Kein Kommentar!

Veba Oel, daß die für Petroven verkauften Produkte im letzten Jahr im Werte von 1 Mrd. Dollar „selbstverständlich“ prompt bezahlt worden seien.

Mit dem Vertrag kaufte sich Petroven zu 50 Prozent bei der Veba Oel GmbH mit ihren 10,5 Mill. t Kapazität ein, verarbeitet dort im Jahr 5 Mill. t Schweröl und überläßt der Veba Oel die Vermarktung. Ergebnis des Vertrages für Caracas: Das chronische Außenhandelsdefizit gegenüber der Bundesrepublik von 400 Mill. DM Anfang 1980 ist 1983 in einen Überschuß von 2,5 Mrd. DM umgewandelt worden. Venezuela ist auf Platz 5 der Rohöllieferanten der Bundesrepublik aufgerückt.

Der Vertrag ist über 20 Jahre abgeschlossen worden. Die Öllieferungen gehen ungehindert weiter. Interessant ist es zu wissen, daß der Anstoß für diesen Vertrag vor rund fünf Jahren von der damals ebenfalls regierenden Accion Democrática ausging. Veba Oel: Kein Kommentar!

FRANKREICH / Selbstfinanzierung der Firmen sinkt

Unbefriedigende Erträge

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris Die Ertragslage der französischen Unternehmen hat sich im letzten Jahr global gesehen nicht weiter verschlechtert. Sie liegt damit aber immer noch auf einem für die Wiederbelebung der Investitionstätigkeit „unzureichenden“ Niveau. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung der Banque Nationale de Paris (BNP), der größten der verstaatlichten Großbanken Frankreichs.

An dem erwirtschafteten „Mehrwert“ erreicht der Bruttogewinn der Unternehmen 1983 einen Anteil von nur 23,5 Prozent. Vor dem ersten Ölpreisschock waren es mehr als 29 Prozent gewesen.

Bereits seit 1974 geht die Selbstfinanzierungsmarge der französischen Unternehmen zurück. Demzufolge nahm ihre Verschuldung zu. Seit Anfang der 80er Jahre haben sich dann auch unter dem Eindruck der internationalen Zinshausse die Finanzlasten stark erhöht. Dies führte zu einer „brutalen Verminderung“ der Gewinne, schreibt die Bank.

Hinzugekommen sei, daß die sozialistische Regierung die Sozialabgaben der Unternehmen beträchtlich

erhöhte. Außerdem stiegen bis 1982 die Preise für Zwischenprodukte schneller als deren Verkaufspreise.

Wenn dieser negativen Ertragsentwicklung 1983 Einhalt geboten werden konnte, so lag dies nach Angaben der BNP an der Mäßigung des Lohnkostenanstiegs und an der Francabwertung und der Dollarhaushalte, die zu höheren Exporterlösen führten. Etwas höhere Erträge als 1982 verbuchten nach den Feststellungen der BNP die besonders exportstarken Unternehmen. Allgemein behaupten sich die kleinen und mittleren Unternehmen besser als die großen Konzerne. Die Investitionen der Privatwirtschaft gingen aber durchweg zurück, während die der staatlichen Unternehmen auf Anweisung der Regierung gestiegen wurden.

Für dieses Jahr erwartet die BNP eine weitere Zunahme der Ausfuhr und Preiserhöhungen, die den Kostensteigerungen der Unternehmen entsprechen – mit Ausnahme der Finanzkosten, die real weiter steigen würden. Die für eine Verbesserung der Investitionstätigkeit notwendige Ertragssteigerung würde deshalb nicht erreicht werden können.

Anzeige

Abonnieren Sie Mut zur Meinung

Die WELT spricht Klartext. In ihren Analysen, Hintergrundberichten und Kommentaren kommen Autoren zu Wort, die etwas zu sagen haben. Das macht die WELT so wertvoll für kritische, aktive, geistig unabhängige Leserinnen und Leser. – Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie fit für alle Diskussionen des Tages.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hinweis für den neuen Abonnenten: Sie haben das Recht, Ihre Abonnementbestellung innerhalb von 7 Tagen (Abende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,00 (Ausland 35,00, Luftpostzuschlag auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

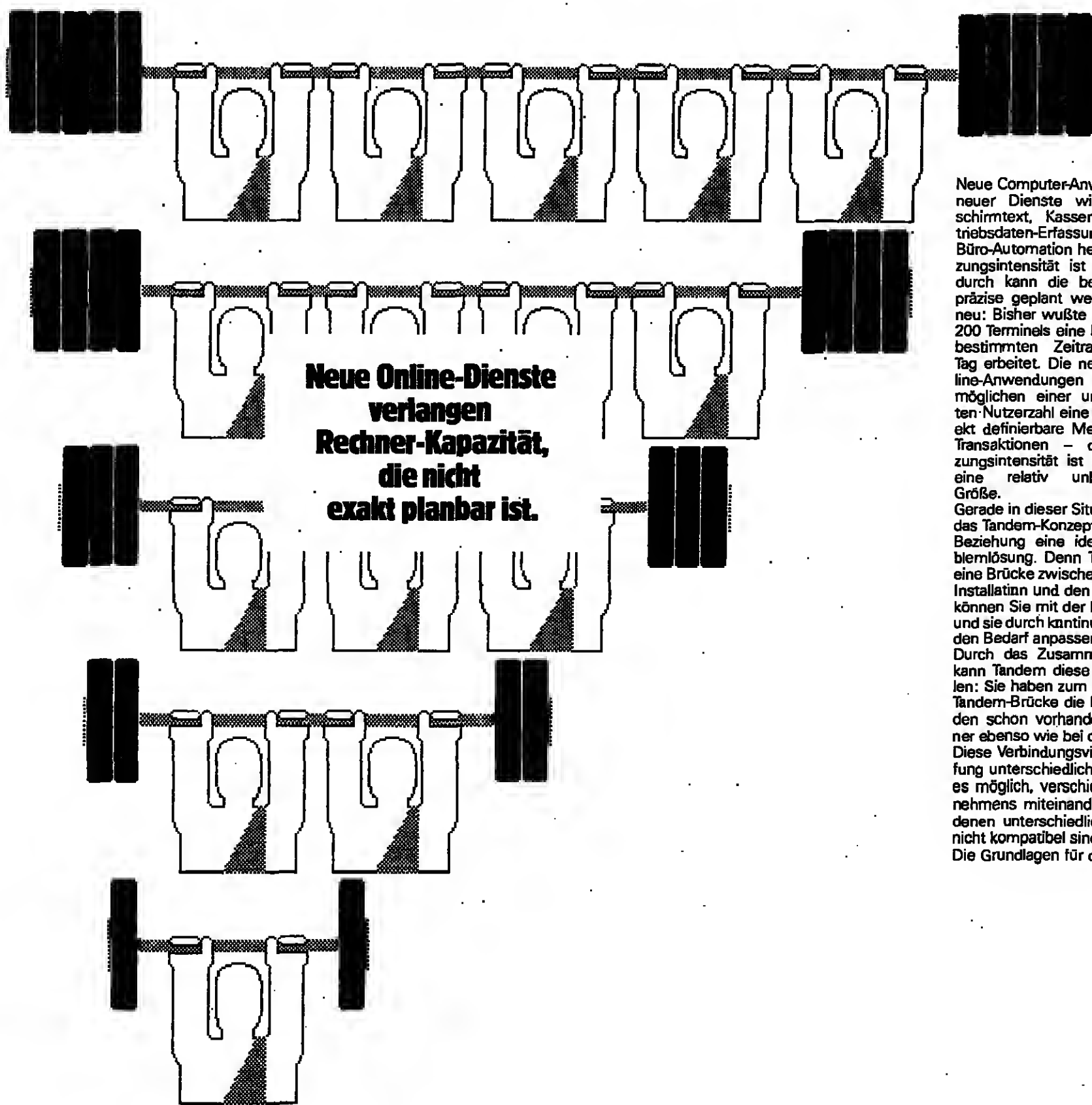
Beruf: _____

Telefon: _____ Datum: _____

Unterschrift: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

können, die sich im Fachhandel mit etwa 5 Prozent niederschlagen werden. Ein schwacher Trost: Im Vergleich zu einigen wichtigen europäischen Lieferländern, wie zum Beispiel Italien, fallen diese Steigerungs-raten „bescheiden“ aus. Dafür haben diese Länder aber auch auf dem deutschen Markt ihre Quittung erhalten: Italien, nach wie vor größter Liefe-



Neue Online-Dienste verlangen Rechner-Kapazität, die nicht exakt planbar ist.

Neue Computer-Anwendungen durch die Einführung neuer Dienste wie Online-Geldautomaten, Bildschirmtext, Kassen (POS)-Terminals, interne Betriebsdaten-Erfassung oder Weiterentwicklungen der Büro-Automation heben eines gemeinsam: Die Nutzungsintensität ist kaum vorhersehbar – und dadurch kann die benötigte Rechnerkapazität nicht präzise geplant werden. Dieses Problem ist völlig neu: Bisher wußte man genau, daß an z.B. 20 oder 200 Terminals eine bestimmte Mitarbeiterzahl einen bestimmten Zeitraum pro Tag arbeitet. Die neuen Online-Anwendungen aber ermöglichen einer unbekannten Nutzerzahl eine nicht exakt definierbare Menge von Transaktionen – die Nutzungsintensität ist zunächst eine relativ unbekannte Größe.

Gerade in dieser Situation ist das Tandem-Konzept in jeder Beziehung eine ideale Problemlösung. Denn Tandem schlägt in diesen Fällen eine Brücke zwischen Ihrer bestehenden Mainframe-Installation und den neuen Zugriffs-Stationen. Dabei können Sie mit der kleinsten Tandem-Einheit starten und sie durch kontinuierlichen Ausbau dem wachsenden Bedarf anpassen.

Durch das Zusammenspiel verschiedener Vorteile kann Tandem diese Brückenfunktion perfekt erfüllen: Sie haben zum Beispiel an beiden Enden dieser Tandem-Brücke die Freiheit der Wahl – in Bezug auf den schon vorhandenen Stapelverarbeitungs-Rechner ebenso wie bei den Terminals. Diese Verbindungsvielfalt erlaubt sogar die Verknüpfung unterschiedlicher System-Architekturen: So ist es möglich, verschiedene Abteilungen eines Unternehmens miteinander kommunizieren zu lassen, in denen unterschiedliche EDV-Systeme arbeiten, die nicht kompatibel sind. Die Grundlagen für dieses Höchstmaß an Flexibilität

sind die drei Tandem-Prinzipien, die die innovative Kraft dieses Computer-Konzeptes zeigen: Erstens garantiert Tandem Ihnen eine nahezu unbegrenzte Ausbaubarkeit von mittelgroßen Zwei-Processor-Systemen bis zum weltweiten Netzwerk, das aus bis zu 255 Systemen bestehen kann. In jedem davon können zwischen zwei und 16 Prozessoren arbeiten. Zweitens können in jeder denkbaren Ausbaustufe ohne jede Änderung die gleichen Programme eingesetzt werden: Das gilt für eine lokale Tandem-Installation ebenso wie für ein weit verzweigtes Netzwerk. Dabei kann bei der Erweiterung einzelner Systeme um weitere Prozessoren das Tandem-System ungestört weiterlaufen – es bleibt auch während anderer Service- und Wartungsarbeiten voll verfügbar. Drittens schließt das von Tandem entwickelte Konstruktions-Prinzip die Gefahr von Ausfällen praktisch aus – es ist ein NonStop-System. Diese Architektur sichert die höchste Verfügbarkeitsstufe als seriennmäßigen Bestandteil des Tandem-Konzeptes. Der Vorsprung in diesem entscheidenden Sicherheitsbereich ist nicht zuletzt deshalb so deutlich, weil Tandem als erster in der Lage war, ausfallgeschützte Rechnersysteme für den kommerziellen Einsatz anzubieten.

Wenn Sie jetzt das Gefühl haben, mehr über Tandem wissen zu müssen, sollten Sie uns schreiben: Tandem Computers GmbH, Ben-Gurion-Ring 164, 6000 Frankfurt/Main 56. Oder wir sehen uns auf der Technobank in Genf oder der Hannover-Messe, CeBit 5302/5402.

Tandem-Geschäftsstellen: Hamburg, Dortmund, Düsseldorf/Hilden, Frankfurt, Mannheim/Ludwigshafen, Stuttgart, München, Zürich. Tandem-Fertigung: Neufahrn bei München.

TANDEM

Wo Erfolg vom Computer abhängt, geben wir Sicherheit.

SB-WARENHÄUSER / Verkaufsfläche gewachsen

Für flexiblen Ladenschluß

HARALD POSNY, Düsseldorf
Die deutschen SB-Warenhäuser stehen einer Änderung der bestehenden Regelung des Ladenschlußgesetzes im Sinne größerer Flexibilität durchaus positiv gegenüber. Der Vorsitzende des Bundesverbandes der Selbstbedienungs-Warenhäuser (BdSW), Günter Mössner, möchte sich anläßlich der Jahrestagung des Verbands „nur über die Verlässlichkeit der Diskussion“ wundern, die „bemerkenswerterweise“ vom Pakt der Gewerkschaften mit den innerstädtischen Warenhäusern geprägt sei. Die realistischen Hoffnungen, das Gesetz zu ändern, sind für ihn derzeit gleich Null.

Anders beim Rabattgesetz: Der Handel könne ohne das Rabattgesetz leben, das eigentlich zum Schutz der Kleinen gedacht war. Dabei sei es ein offenes Geheimnis, daß z.B. im Rundfunk-TV-Handel, aber auch bereits im Bereich der Damenoberbekleidung offen mit unstattlichen Preismarkierungen gearbeitet wird.

In den verschiedenen Arbeitskreisen der Jahrestagung betonten Podiumsdiskutanten die Wachstumschancen von SB-Warenhäusern im Nichtlebensmittel-Bereich, insbesondere bei Wohnmärkten, Textilien und Haushaltswaren und im Freizeitmarkt. Für alle diese Bereiche seien jedoch differenzierte Sortiments-

strategien erforderlich. Gegenwärtig ließe die Entwicklung noch an der (vielleicht auch nur vermeintlich) mangelnden Fachkompetenz der Anbieter. SB-Warenhäuser hätten jedoch die Chance, sich zu Fachmärkten zu mausern. Zusammen mit der Markenartikel-Industrie ließe sich so der Oberbekleidungssektor im SB-Warenhaus aus dem „Dornröschenschlaf“ erwecken. Vor einer Überbetonung des Selbstbedienungsaspekts wurde verschiedentlich gewarnt. Durch neue Präsentationsformen müsse auch die „lose Selbstbedienung“ erprobt werden.

Mössner bezifferte den SB-Warenhausssektor auf 40 Zentren mit 400 SB-Warenhäusern (ab 2000 qm Verkaufsfläche). Insgesamt dürfe der Umsatz bei 55 bis 60, bei den BdSW-Mitgliedern zwischen 30 und 35 Mrd. DM liegen. Davon entfallen 60 Prozent auf Lebensmittel.

Ende letzten Jahres existierten 2218 (2060) SB-Center und SB-Warenhäuser (über 1000 qm Verkaufsfläche). Mit ihnen stieg auch die Verkaufsfläche um 5 Prozent auf fast 7,3 Mill. qm. Damit war der Zuwachs an Zahl und Fläche seit 1978 bzw. 1979 nicht mehr so groß wie 1982. Mit einer Durchschnittsfläche von 3290 (3370) qm sank jedoch die Größe seit 1978 (3900 qm) kontinuierlich.

WARNCKE EISKREM / Petrus Hilfe bleibt gefragt

Expansion nach Süden

JAN BRECH, Hamburg
Mit einer geringfügigen Absatzsteigerung von 0,2 Prozent und einem Umsatzplus von 0,4 Prozent auf 76,2 Mill. DM hat die Warncke Eiskrem GmbH & Co. KG, Schwanewede, das Jahr 1983 abgeschlossen. Der extrem schlechte Absatzverlauf im ersten Halbjahr, der nach Angaben des Geschäftsführers Rudolf Strohthelcher ein Minus von etwa 15 Prozent brachte, konnte trotz des guten Sommerwetters in der zweiten Jahreshälfte allenfalls ausgeglichen werden. Bei einem Marktanteil von rund 6 Prozent dürfte Warncke mehr als 25 Mill. Liter Speiseeis abgesetzt haben. Auf Kleinpäckungen entfielen davon überdurchschnittlich hohe 45 Prozent. Die Ertragslage ist nach Angaben von Strohthelcher „mager, gesund“ geblieben.

Um das Kundennetz über die traditionellen norddeutschen Verkaufsbereiche hinaus zu erweitern und um für Produktion und Vertrieb bessere Voraussetzungen zu schaffen, wird Warncke bis Ende dieses Jahres 7,2 Mill. DM investieren, wovon für 7,2 Mill. DM bereits entsprechende Aufträge vergeben worden sind. Rund die Hälfte fließt in den Ausbau der zentralen Produktionsstätte in Brundorf und in die Erweiterung der Lagerkapazität in Schwanewede. Weiter 3,4 Mill. DM investiert Warncke in den Fuhrpark und die Tiefkühlkette.

Für dieses Jahr erwartet Strohthelcher ein Umsatzplus von 4 Prozent, obwohl im ersten Quartal leichte Einbußen hingenommen werden mußten. Voraussetzung für Wachstum sei allerdings, daß der Sommer wieder gut auch und auch lang werde.

KLÖCKNER-WERKE / Viele gute Vorsätze für den Weg in eine bessere Zukunft - Belebung wird spürbar

Die Last der Stahlverluste wiegt noch sehr schwer

J. GEHLHOFF, Duisburg
Meist zweistellige Zuwachsraten verzeichnen der ohnehin gut rentierliche stahlfertigende Verarbeitungsbereich in seinem aktuellen Geschäft; im verlustreichen Stahlbereich spüre man nun in Tonnen und Preisen gleichfalls die Konjunkturbelebung, die für das Kalenderjahr 1984 eine Erholung der bundesdeutschen Stahlerzeugung um 10 Prozent „nicht ausgeschlossen“ erscheinen lasse. Das sind nicht die einzigen positiven Daten, mit denen Vorstandsvorsitzender Herbert Gienow den dicken Verlustabschluß der Klöckner-Werke AG, Duisburg, für 1983/84 (30.9.) präsentiert.

Der Blick nach vorn zeigt noch mehr Verheißungsvolles. Bis zum Beginn von 1985/86 versprechen zwei große Kostenblöcke eine Entlastung der Jahresrechnung um circa 0,5 Mrd. DM. Die eine Hälfte davon aus dem derzeit laufenden und zu zwei Dritteln auf den Stahlbereich konzentrierten Abbau der Konzernbelegschaft (Konsolidierungskreis) um weitere 5000 Leute oder um 17 Prozent. Die andere Hälfte aus der nun endlich sinkenden Tendenz des Kapitaldienstes (vor allem Abschreibungen und Zinsaufwandsaldo), der schon im Berichtsjahr mit noch 563 (675) Mill. DM seinen vorjährigen Gipfel hinter sich brachte.

Der Blick zurück auf 1982/83 freilich ist düster. Den etwa 10 000 Aktionären (darunter die Klöckner-Familiengruppe mit gut der Hälfte von 469 Mill. DM Aktienkapital) wird zur Hauptversammlung am 2. Mai ein Abschluß mit einem Konzernverlustvortrag von 245 (135) Mill. DM vorgelegt, der nun nahe an die offenen Rücklagen von weiterhin 284 Mill. DM herankommt.

Das ist bereits die durch Sondererträge (vor allem aus Rücklagen-Sonderposten) gemilderte Wahrheit. Im laufenden Geschäft endete dieser zweitgrößte deutsche Stahlproduzent mit einem Betriebsverlust von 245 (206) Mill. DM. Der war praktisch identisch mit 244 (185) Mill. DM Betriebsverlust beim Stahl. Der gesamte Verarbeitungsbereich mit weiterhin rund 44 Prozent Anteil am Weltumsatz brachte noch 23 (18) Mill. DM Betriebsgewinne, die für sonstigen Konzern-Betriebsaufwand erhalten mußten.

Noch wagt der Vorstand keine Prognose, ob und wann in 1983/84 der Stahl aus dem Verlust kommt. Gesund soll er, das bedingt auch die Klöckner zugegebene Hilfe von gut 0,5 Mrd. DM aus dem Bonner Stahlstrukturprogramm, auf jeden Fall ab 1985/86 sein. Der Weg dahin ist mit guten Vorsätzen gepflastert: „Weiter Kapazitäts- und Kostenabbau im

Stahl unter Einsatz neuer Technologien bei gleichzeitigem Festigen des technologischen Spitzenstandes unserer Verarbeitung und gezielt fortgeführter Diversifizierung.“

Gelöst oder der Lösung nahe ist das Quoten- und Bußgeldproblem für die große Bremer Flachstahlhütte. Die Hütte fährt ab 1. Quartal 1984 wieder „quotentreu“ mit 100prozentigem Stranggießensatz und derzeit 240 000 t Monatsauslastung, nachdem eine nahezu fertige „Paketlösung“ aus Kauf und Tausch und EG-Sonderzuteilung die für eine halbwegs auskömmliche Beschäftigung fehlenden 80 000 Monatstonnen zusammenbrachte. Bußgelder für die vergangenen „Notwehr“-Quotenüberschreitungen (mit 160 Mill. DM von der EG-Kommission verhängt) hat Klöckner nur mit den vom Europäischen Gerichtshof schon bestätigten 30 Mill. DM teils gezahlt und größtenteils in die Rückstellungen gepackt. Für die Regelung des großen Restes bestehe Einigkeit auch mit der EG-Kommission, daß dies „ohne Existenzgefährdung des Unternehmens“ geschehe, im wesentlichen also andere Wege als die „unmögliche“ Barzahlung vorsehe und somit auch weiterhin keinen Rückstellungsbedarf in der Bilanz begründe.

Eisern verschweigt der Vorstand,

welche Partner Klöckner nun bei der Maxhütte hat, wo man sich zwecks „Mittelständler“-Quotenaufbesserung um ein Zehntel unlängst auf weniger als 50 (99,7) Prozent Beteiligung zurückzog. Konkreter wird's zum stahlfertigen Verarbeitungsbereich: Im Spezialmaschinenbau und in der Kunststoffverarbeitung (PVC-Folien) habe man 1982/83 rund 37 (24) Mill. DM Gewinne in die Konzernrechnung gebracht, weitere 23 (35) Mill. DM bei Auslands-töchteren gelassen und somit insgesamt eine Rendite von gut 3 Prozent des knapp 2 Mrd. DM großen Umsatzes erreicht. Dieses mit geringem eigenen Kapitaleinsatz und um so mehr Einfallreichtum vor allem in den letzten zehn Jahren aufgebaute Reich mit Spitzenpositionen in der jeweiligen Welttrangliste soll schon 1983/84 auch durch Zukäufe noch größer werden.

Klöckner-Konzern	1982/83	± %
Weltumsatz (Mill. DM)	6498	- 2,7
Auslandsanteil (%)	44,5	(43,9)
Belegschaft (1000 t)	4511	- 4,0
Werkstoff	4081	- 4,8
Belegschaft (20.9.)	33 805	- 6,7
Schuldensystem	312	- 2,2
Abschreibungen	254	+ 21,0
Cash-flow	117	- 28,0
Zinsaufwandsaldo	364	+ 27,3
Jahresergebnis	- 140	(- 18,2)

¹ nur Konsolidierungskreis

Pfaff: Mindestens Vorjahresdividende

adh. Frankfurt
Eine Dividende „mindestens in Vorjahreshöhe“ (5 DM je 50 DM-Aktie) kündigt der Vorstand der Pfaff AG, Kaiserslautern, jetzt im Aktionärsbrief an. Der Umsatz des Nähmaschinenherstellers ist 1983 um 9 Prozent auf 832 (763) Mill. DM gestiegen. Zu der Steigerung hätten die Bereiche Haushaltsmaschinen (294 Mill. DM) und Industriemaschinen (538 Mill. DM) fast in gleicher Weise beigetragen. Dies sei einmal Folge einer konjunkturellen Besserung, aber auch der erfolgreichen Einführung neuer Produkte. Im Ausland erzielte Pfaff 67 (66) Prozent seines Umsatzes; investiert wurden 28 (31) Mill. DM. Am Jahresende arbeiteten im Inlandskonzern 9177 (i. V. 9427) Mitarbeiter. Für das neue Geschäftsjahr rechnet der Vorstand mit weiter „realem“ Wachstum.

FAST FOOD / McDonald's hält die Spitze - Neueinsteiger Aldi und Pepsi Cola

Gastronomie-Ketten auf dem Vormarsch

PETER ZERBE, Hamburg
Die Ketten-Gastronomie in der Bundesrepublik weitet sich immer mehr aus. Vom Gesamtumsatz der 140 000 Gastronomie-Betriebe von rund 30 Mrd. DM (ohne Übernachtungen) im vergangenen Jahr entfielen auf die 30 größten Unternehmen 4,01 Mrd. DM. Wie die in Frankfurt erscheinende Fachzeitschrift „fast food-Praxis“ anläßlich der Internorga in Hamburg mitteilte, weist das deutsche Gastgewerbe eine deutlich mittelständische Struktur auf. 92,5 Prozent aller Unternehmen erwirtschafteten 1983 Jahresumsätze von weniger als 500 000 DM.

Die Hitliste der Top 30 wird wie 1982 von McDonald's, München, angeführt. Diese Kette setzte 506 Mill. DM gegenüber 454 Mill. DM in 1982 um. Den zweiten Platz nehmen die

Bundesautobahn-Raststätten und Erfrischungsdienste mit 478,4 (466,8) Mill. DM ein. Die Luftthansa Service GmbH liegt mit 361 (330) Mill. DM auf dem dritten Platz. Die Wienerwald-Kette kam auf 325 (390) Mill. DM und fiel etwas zurück. Auf dem fünften Rang liegt die Kaufhof AG mit 278,7 (274,5) Mill. DM. Die Bundesbahn-Tochter DSG brachte es auf 270 (283) Mill. DM. Die Hertie-Gruppe liegt mit 244,6 (252,2) Mill. DM vor Karstadt mit 227 (232) Mill. DM. Auf dem neunten Platz liegt die Nordsee-Deutsche Hochseefischerei mit 214 Millionen Mark (200) vor der Mövenpick mit 142 Millionen Mark (104,1).

Ähnlich wie in anderen Wirtschaftszweigen erwarten die Fachleute für die nächsten Jahre beachtliche Strukturveränderungen, unter anderem vorangetrieben durch die Aus-

breitung schlagkräftiger Ketten-Systeme. Neueinsteiger Nummer eins in den deutschen Fast Food-Markt war im vergangenen Jahr die Aldi-Gruppe mit ihrem Konzept Bill Collins. Neben der großen Finanzkraft (Gesamthandelsumsatz 1983 etwa 16 Mrd. DM) verfügt Aldi über ein enormes Plus: Er hat beste innerstädtische Standorte, die durch Verlagerungen an den Stadtrand frei gemacht werden können. Bisher wurden vier Betriebe eröffnet.

Nummer zwei ist Pepsi Cola. Die in den USA mit mehr als 4000 Betrieben größte Kette startete Ende 1983 in Frankfurt ihre „Pizza Hut's“. Als dritter Newcomer will sich Tchibo, Wolfgang Herz, mit einem Nudelhaus „The Old Spaghetti Factory“ in Hamburg am Fast Food-Markt etablieren.

BULL-GRUPPE

Noch tief in roten Zahlen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Während die großen internationalen EDV-Konzerne mehr oder weniger spektakuläre Gewinne erzielen, steckt die französische Bull-Gruppe - Nummer 12 in der Welttrangliste - noch tief in den roten Zahlen. Der von der sozialistischen Regierung verstaatlichte Konzern mit einer Belegschaft von 26 000 Personen weist für 1983 bei einem um 21,3 Prozent auf 11,6 Mrd. Franc gestiegenen Umsatz einen Verlust von 635 Mill. Franc aus.

Zwar wurde das Vorjahresdefizit von 1,35 Mrd. Franc halbiert. Aber auch in diesem wie auch im nächsten Jahr könnte das finanzielle Gleichgewicht noch nicht wieder hergestellt werden, erklärte Bull-Präsident Jacques Stern auf einer Pressekonferenz. Dagegen hatte Industrieminister Laurent Fabius angekündigt, daß die meisten verstaatlichten Unternehmen (einschließlich Bull) bereits 1985 keinen negativen Abschluß mehr vorzeigen dürften.

Allerdings hat die Regierung die staatlichen Mittel für Bull von 1,5 Mrd. Franc in 1983 auf eine Mrd. für 1984 gekürzt. Auch will Stern „zur Vorbereitung der Zukunft“ die Investitionen forcieren. Bereits 1983 waren sie um 20 Prozent auf rund 2 Mrd. Franc (einschließlich Forschung und Entwicklung) gesteigert worden, womit sie rund 20 Prozent des Umsatzes erreicht hatten. Gleichzeitig wurden die Finanzlasten auf 7,2 (9) Prozent des Umsatzes zurückgebracht.

NAMEN

Dominik von Winterfeld, seit 1975 Generaldirektor von Hoechst-England, ist zum Vorstandsvorsitzenden der Britischen Hoechst-Tochter ernannt worden. Er übernimmt dieses Amt von Norman Mischler (68), der Ende Juni aus dem Unternehmen ausscheiden wird.

Dr. Georg Weddige, Gründer und Inhaber des Metallwerks Dinslaken, der Handelsfirma Metall-Dinslaken und der Metallverhüttung Berlin, vollendete gestern sein 75. Lebensjahr.

Günter Cott (46), zuletzt General-Manager der deutschen Gesellschaft Black & Decker, ist zum Vize-Präsidenten des US-Unternehmens ernannt worden.

Ihr Vorteil: Sie sichern Ihren Vorsprung im Markt.

Wir finanzieren Ihre Investitionen. mietfinanz®



Wer heute seinen Vorsprung im Markt sichern will, muß nicht nur den Markt genau kennen, sondern auch innovativ handeln. Und das bedeutet Planung und Investitionen. Mietfinanzieren Sie. Denn nur an den Produkten verdienen Sie. Nicht an den Produktionsmitteln.

Die **mietfinanz** hat das Knowhow in Investitionsfinanzierung. Wir finanzieren Ihre Maschinen, Anlagen, Einrichtungen usw. Sie zahlen nicht für die Produktionsmittel, sondern nur für deren Nutzung. Ihr Eigenkapital kann inzwischen anderweitig von Ihnen eingesetzt werden.

mietfinanz. Unserer Erfahrung, unserem Wissen, unserer Finanzkraft und unserer Flexibilität können Sie vertrauen. Wir finanzieren Investitionen in Deutschland und in der ganzen Welt. Unsere Erfahrung ist die Summe unserer Beratung. In allen wichtigen Branchen. Seit 1962.

Vertrauen in einen starken Partner.

mietfinanz®



mietfinanz GmbH, Wilhelmstraße 20, 4330 Mülheim/Ruhr, Postfach 101338, Telefon (0208) 31031, Telex 856755

Inlandszertifikate

Sum 21. J.: 151,8 (151,37)	Unleiver	228-SG	222
Sum 21. J.: 1870 (1937)	Kurswert in 1000 DM		

	21.3.	20.3.		21.3.	20.3.
20	100.00	100.00	7 Indonesia 78	98.00	98.00

	21.3	20.3		21.3
in Workday Box	34.825	25	Free St. Gertrud's	44.25

Goldmünzen

29709	Südchemie	15	(-)	Fondri	70,00	73,00	77,00
				FT Am. Dynamit	71,30	79,57	79,54
				FT Frank. Est. F	79,47	75,52	75,56
				FT Frank. Est. F	18,43	17,38	17,38

M 5M Software	465G	480TB	Dunfords	46.68	44.46	44.49
			Privatfunds	42.60	40.56	40.58
M 7ewidoss	320	326	Re-Inventa	130.80	127.61	127.79

	21. 3.	20. 3.	Verm.-Aufbau-F.	81,06	77,20	76,71
			Verm.-Ertrag-F.	84,95	81,68	80,32

	Madrid	Paris
--	--------	-------

Devisenterminmarkt

1. *Journal of Management Studies*, 1996, 33, 1, 1-14.

Eine Professorin, ein Lied und Geld für Neckermann

Sport kostet eine Menge Geld. Vor allem dann, wenn man damit beginnt, und wenn die finanziellen Unterstützungen nicht so laufen, wie später, wenn erst mal der Erfolg da ist. Dem Nachwuchs eine Chance - das war deshalb seit jeher Josef Neckermanns Maxime, als er die Stiftung deutsche Sporthilfe ins Leben rief.

Eigeninitiative und Bürgersinn sind gefragt, soll dieses Konzept über das begeisterte Engagement seines Vorsitzenden hinaus auch weiterhin erfolgreich sein. Gundula Gompf aus dem bessischen Büttelborn, eine reitsportlich engagierte

sport. Der Dressurreiter Dr. Uwe Schulten-Baumer lobte den „vollen Bigband-Sound.“ Und warum das alles? Um den Reitern im Junioren-Bereich finanziell in den Sattel zu helfen. Denn abgesehen von der Spende von drei Mark pro Platte fließt der Stiftung deutsche Sporthilfe zusätzlicher Gewinn zur Förderung junger Reiter zu, sobald die Produktionskosten wettgemacht sind. Den ersten Scheck in Höhe von 3000 Mark hat Gundula Gompf bereits an Neckermann übergeben - es wird wohl keinesfalls der letzte gewesen sein.

Josef Neckermann nannte dies eine meldenswerte Mitteilung. Sie ist mehr als das. Sie ist ein Beitrag zu dem, was Sportler hierzulande für Sportler und den Sport tun können. Fernab der Institutionalisierung des Sports, fernab oft verletzenden gönnerhaften Mäzenatentums, fernab bevormundender staatlicher Einmischung.

Manchem mag die Initiative der reitenden Professorin allzu hausbacken scheinen. Aber ein klein wenig Naivität ist wohl vonnöten, um solche Initiativen durchführen zu können. K. Bl.

STANDPUNKT

Professorin, hat nun mit ihrer Idee und mit ihrer Arbeit gezeigt, wie so etwas funktioniert.

Frau Professor schrieb Reiterlieder, vertonte und produzierte sie als Schallplatte. Gundulas Lieder wurden zu einem Schallplatten-Hit in Reiterkreisen. Paul Schockemöhle nannte es: „Ein lustiges musikalisches Plädoyer für den Reiter.“

RADSPORT / Japanischer Konzern steigt ein

Wie Manager Peter Post wieder in den Sattel kam

KLAUS BLUME, Bonn
Ausgerechnet bei den großen klassischen Rennen in Belgien, Holland und Nordfrankreich, die in diesen Tagen beginnen, muß der frühere belandische Weltmeister Jan Raas passen. Raas war beim Rennen von Mailand nach San Remo schwer gestürzt. Mit Wirbelverletzungen liegt er nun im Hospital - vermutlich sechs Wochen lang.

Man könnte darüber zur Tagesordnung übergehen, stünde der 31-jährige nicht im Mittelpunkt der größten Umwälzungen, die diese Branche in den letzten zehn Jahren mitgemacht hat. Jan Raas war nämlich jahrelang Kapitän des englisch-holländischen Teams T.T. Raleigh, der erfolgreichsten Radprofi-Gruppe aller Zeiten. Im vorigen Jahr aber geriet Raas mal wieder mit seinem sportlichen Direktor Peter Post über Kreuz. Weil sich der englische T.T.-Konzern aus dem Profibusiness zurückzog, suchte Post für sein mit teuren Weltmeistern bestücktes Team einen neuen Sponsor. Post verhandelte mit amerikanischen Unternehmen und verlangte von seinen Rennfahrern, sie sollten für das Jahr 1984 schon mal mit ihm Verträge abschließen - irgendwann werde er auch einen neuen Geldgeber finden.

Jan Raas war nicht bereit, sich auf dieses Geschäft einzulassen. Er traf sich statt dessen mit Mijner Eric Steenbergen, einem ehemaligen Fischhändler und Box-Promoter. Mijner Steenbergen, inzwischen Besitzer der in Holland überaus florierenden Supermarktkette Kwantum-Hallen, war längst zum Guldenmillionär aufgestiegen. Den Einstieg ins Radsportgeschäft plante er seit langem. Raas half ihm, indem er bei ihm unterschrieb und zugleich fünf der besten Rennfahrer aus Posts ehemaligem Superteam abwarb: die Holländer van Vliet, Priem, Wijnands und Hanegraaf sowie den renommierten Belgier Ludo Peeters. Damit nicht genug, verpflichtete Raas auch noch seine beiden Landsleute Joop Zoetemelk (ehemaliger Sieger der Tour de France) und Hennie Kuiper (Ex-Weltmeister) für die neugeschaffene Kwantum-Mannschaft. Peter Post schien als Radsport-Manager am Ende zu sein. Denn zusätzlich verließen ihn auch seine beiden Stars Johan

van der Velde, der in Italien unterschrieb, und der frühere Weltmeister Gerrie Knetemann, einer der populärsten Radsportler Hollands überhaupt. Knetemann zog es ausgerechnet nach Belgien.

Was aber machte Post, der einst als Sechstages-Rennfahrer der beste der Welt war? Post baute um die verbliebenen Fahrer Henk Lubberding als Kapitän, Theo de Rooij und Peter Winnen ein neues Team auf. Er holte den Zeitfahr-Spezialisten Bert Oosterbosch, verpflichtete die beiden belgischen Brüder Eddy und Walter Plankert, und verärgerte die flämischen Nachbarn, als er auch noch deren neuen Star Eric Vanderaerden (22) unter Vertrag nahm.

Vanderaerden hatte nämlich vor Erreichen des 21. Lebensjahres mit einer Ausnahmeerlaubnis eine Profilizenz erhalten und daraufhin beim belgischen Team Aernoudt-Rossin angeheuert. Doch der Möbelhersteller Aernoudt ging bankrott. Vanderaerden dachte nun, damit sei auch sein Zweijahresvertrag gelöst. Doch weit gefehlt, die Firma, die nun keinen Rennstall mehr unterhielt, wollte dennoch den als neuen Eddy Merckx gepriesenen Rennfahrer Eric Vanderaerden nicht für einen anderen Arbeitgeber freigeben. Vor einem belgischen Gericht verwies die Firmenvertreter von Aernoudt darauf, daß sie auch nach der Bankrott-Erklärung monatliche Gehaltschecks an Vanderaerden verschickt hätten. Doch Vanderaerden hatte diese Verrechnungsschecks niemals seinem Konto gutschreiben lassen, er hatte sie alle fein säuberlich zerrissen. Einen Mann, der im Grunde keinen Arbeitsplatz mehr besitzt und der dafür auch kein Geld angenommen hätte, könne man nicht zur Vertragstreue auffordern, befand das Gericht. Vanderaerden war frei und durfte sogar mit dem Segen des belgischen Verbandes im holländischen Amstelveen bei Peter Post unterschreiben, der inzwischen mit dem weltumspannenden japanischen Konzern Panasonic einen überaus zahlungsfähigen Geldgeber gefunden hatte. Posts Bilanz in den ersten drei Monaten 1984: 20 Siege.

EISKUNSTLAUF / Norbert Schramm gab bei der Weltmeisterschaft nach der zweiten Pflichtfigur auf

„Entschuldigung, aber ich fühle mich betrogen.“

E. F. RAULF, Ottawa

Was bedeutet diese Szene? Ist sie Eklat oder sogar Skandal, ist sie das menschlich verständliche Ergebnis einer tiefen Enttäuschung, die einem internationalen Start jetzt auch noch das erhoffte Millionen-Einkommen im Showgeschäft verdirbt? Norbert Schramm wollte sich bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Ottawa rehabilitieren für seinen neunten Platz bei den Olympischen Winterspielen in Sarajevo. Er wollte einen glanzvollen Abschied bei den Amateuren feiern, um dann bei irgendeiner Revue als strahlender Held wieder aufzutreten. Doch kurz vor 15 Uhr amerikanischer Ostküstenzeit geschah dies, beobachtet von 2000 Zuschauern, die am Ende der Szene klatschten und doch nicht so recht begriffen hatten, was geschehen war:

Norbert Schramm (23) wird zur dritten und letzten Pflichtfigur aufgerufen. Es ist die vertrackte Schlangengeschlinge, in der er sich schon in Sarajevo verheddert hatte. Er tritt vor das Preisgericht, prüft mit einem Blick noch einmal die Eisfläche, was jeder Läufer tut, breitet die Arme kurz in die vorgesehene Laufrichtung aus, beugt den Oberkörper leicht nach vorne, setzt einen Fuß nahezu rechtwinklig vor den anderen, um sich zum ersten Bogen abzustellen. Doch er verharrt ungewöhnlich lange in dieser Stellung.

Was dann geschieht, geht sehr schnell: Schramm stößt sich ab mit dem rechten Schlittschuh, gleitet auf dem linken Bein die wenigen Meter hinüber zum Preisgericht. Dann steht er vor der Oberschiedsrichterin Sonja Bianchetti aus Italien, der nachgesagt wird, sie möge Schramms Laufstil schon lange nicht, als amtierender Europameister und Vizeweltmeister, artig wie ein Schulbub vor der Lehrerin. Seine Hände hat er etwas hilflos hinter dem Rücken versteckt. Dann schaut er der Dame aus Italien tief in

die Augen, verbeugt sich, gibt ihr die Hand - winkt und verschwindet.

Es gibt weiche, die verstehen. Sie schweigen, zeigen keine äußere Regung, sind innerlich doch bewegt, enttäuscht, traurig. Allen wird es bald klar: Das Geschehene ist eindeutig, nicht mehr umkehrbar. Norbert Schramm, einer der ganz großen des Eiskunstlaufs, ein Mann, von dem gesagt wurde, er nur verkörpere in seinem Lauf den Lebensstil der 80er Jahre - dieser Mann ist zurückgetreten. Noch dazu von der untersten Stufe der Leiter, die ihn zu den schönsten Erfolgen geführt hatte. Weltmeister und Olympiasieger Scott Hamilton ist ratlos wie so viele: „Ich weiß nicht, was passiert ist. Ich dachte, Norbert sei krank. Und ich dachte, er sei zum Wettkampf hier.“

Die Schiedsrichter müssen es auch geglaubt haben. Denn Norbert Schramm sagt der Italienerin Sonja

Bianchetti nicht, was er sich schon lange in seinem Kopf zurechtgelegt hatte. Er sagt ihr, er fühle sich nicht wohl, diese schon gedanklich formulierten Worte sagt er nicht: „Entschuldigen Sie bitte, aber ich fühle mich durch Sie als Preisgericht in der Bewertung meiner Leistung betrogen. Deshalb sehe ich keinen Sinn mehr darin, weiterzulaufen. Ich beende hiermit meinen Wettkampf.“

Das wollte er sagen, tat es aber nicht. Schramm hatte nach zwei Pflichtfiguren auf dem elften Platz gelegen. In der Pause bis zum Aufruf zur dritten Figur qualte er sich zwei Stunden lang mit der Frage: Aufhören oder nicht? Schon in Sarajevo hatte er zum gleichen Zeitpunkt in die gleiche Richtung gebrübelt. Schließlich folgte er dem Rat seiner Mutter. In die Mikrophone einer kanadischen Fernsehgesellschaft sagte er später: „Ja, es ist eine Protesthandlung gewesen. Ich bin hier wirklich mit einem guten Gefühl an den Start gegangen. Ich habe mich gut in Form gefühlt und geglaubt, noch einmal als Amateur etwas erreichen zu können. Doch wenn man mich nicht läßt, wenn man mich nicht will, dann hat es keinen Zweck mehr. Meine beiden Pflichtfiguren waren gut. Nur die korrekte Wertung hat man mir vorenthalten.“

Norbert Schramm, der Star der beiden letzten Jahre, plötzlich ein Niemand, der fallengelassen wird wie eine heiße Kartoffel? Er sieht es so. Und er glaubt auch zu wissen, von wem die Idee ausgegangen ist, ihn von der Erfolgsleiter zu stoßen. Wie sollen die Preisrichter hinter mir stehen, wenn es nicht einmal mehr der eigene Verband tut? Die Funktionäre des Verbandes haben eine andere Auffassung vom Eiskunstlauf als ich. Ich war erfolgreich, aber das duldeten sie offenbar nicht. Mein Stil soll antiquiert gewesen sein. Ich aber wollte den Fortschritt und kreierte immer wieder Neuigkeiten, die sie nicht akzeptierten. Ich verstehe das nicht, denn den Zuschauern gefielen meine Darbietungen. Ich bin nur meinen eigenen Weg gegangen.“

Diese Worte überspielen den Eigensinn, mit dem Schramm auch Brücken abbrach, die ihm gebaut worden waren. Doch seine Einschätzung, der deutsche Verband habe in diesem Jahr den fast klassischen Eiskunstler Rudi Cerne mehr gefördert, ist bestimmt auch richtig. Und wie zum Beweis - die italienische Oberschiedsrichterin gilt als Fan Cernes - liegt Schramms größter deutscher Konkurrent der letzten Jahre nach der Pflicht auch auf Platz zwei hinter Weltmeister Hamilton und hat die Chance, eine Medaille zu gewinnen. Auf Platz drei folgt schon Heiko Fischer aus Stuttgart. Gute deutsche Platzierungen als Ausgleich dafür, daß Schramm geopfert wurde?



Es hat sich nicht ausgezahlt: Norbert Schramm mit Trainerin Christa Fassi, die ihn schon in Sarajevo anstelle von Erich Zeller betreute. FOTO: WERK

FUSSBALL / Stielike wird nicht freigegeben

Feldkamp soll Nachfolger von Timo Konietzka werden

DW, Bonn

Fußball-Bundestrainer Jupp Derwall hatte ohnehin vor, beim Länderspiel am kommenden Mittwoch (23.3.) in Hannover gegen die UdSSR zu experimentieren. Durch die Absage von Uli Stielike ist Derwall jetzt noch mehr dazu gezwungen.

Real Madrid verweigerte dem deutschen Nationalspieler die Freigabe, weil Stielike erst seine Zerrung auskurieren soll, um beim Meisterschaftsspiel am 31. März bei Atletico Bilbao wieder in bester Verfassung zu sein.

Schon jetzt steht fest, daß Uli Stielike auch am 18. April in Straßburg gegen Frankreich fehlen wird, da Real ein Pokalspiel gegen Bilbao streift. Stielike: „Danach gibt es keine Probleme.“

Nun ist es offiziell: Karl-Heinz Feldkamp hat ein Angebot von Bayer Uerdingen vorliegen, Nachfolger als Trainer des zu Borussia Dortmund wechselnden Timo Konietzka zu werden. Feldkamp, der bei Arminia Bielefeld noch bis 1985 unter Vertrag steht, hat inzwischen seinen Präsidenten Jörg Auf der Heyde unterrichtet.

Feldkamp ist in Bielefeld nicht umstritten, obwohl sportlich mit dem neunten Platz viel erreicht wurde. Noch am Freitag letzter Woche dezentrierte Feldkamp jeglichen Kontakt zu Uerdingen. Nach dem 3:1 bei den Krefeldern sagte er: „Es gibt kei-

ne Kontakte, der beste Kontakt ist unser Sieg.“

Gestern feierte Lothar Matthäus seinen 23. Geburtstag. Doch statt einer Glückwunschkarte setzte dem Nationalspieler der Verein Borussia Mönchengladbach die Pistole auf die Brust. Endgültig am Freitag, also noch vor dem Meisterschaftsspiel gegen den FC Bayern München, will Manager Helmut Grashoff wissen, ob Matthäus bei Mönchengladbach bleibt oder zu den Bayern wechselt.

Helmut Grashoff: „Seit August laufen die Verhandlungen. Wir haben das Recht, jetzt endlich Klarheit zu bekommen.“ Trainer Jupp Heynckes rechnet schon heute nicht mehr mit dem Mittelfeldspieler. „Ich fand es nicht gut, daß Lothar bei den Spekulationen der letzten Wochen stückweise sein Innenleben preisgab, wobei dann jeder Dumme merken konnte, wohin der Hase läuft.“

Der 4:0-Erfolg im Bundesliganachspiel über Bayer Uerdingen hat dem VfB Stuttgart wieder Mut gegeben, an den Titelgewinn zu denken. Trainer Helmut Benthaus: „Wir spüren wieder Boden unter den Füßen.“ Das läßt sich von den Uerdingern nicht gerade behaupten. Nach 0:8-Punkten in Folge fehlen am Freitag in Düsseldorf Libero Klinger, der vom Platz gestellt wurde, sowie Brinkmann und Lontjens, die zum vierten bzw. siebten Mal die gelbe Karte sahen. Herget, Raschid, van de Loo und Sackewitz sind verletzt.

SKI ALPIN / McKinney gewann in Zwiessl

Marina Kiehl ärgerte sich: „Habe den Sieg verschlafen“

dpa/sid, Zwiessl

„Ich habe den Sieg verschlafen“, sagte die 19-jährige Münchenerin Marina Kiehl nach dem letzten Weltcup-Riesenslalom des Olympia-Winters. In Zwiessl mußte sich die Olympia-Fünfte, die nach dem ersten Durchgang geführt hatte, nach dem zweiten und entscheidenden Durchgang mit dem vierten Platz begnügen. Im Gegensatz zu Marina Kiehl hatte die amerikanische Weltcup-Siegerin des Vorjahres, Tamara McKinney, die Gelegenheit beim Schopfe gepackt und im letzten Lauf alles auf eine Karte gesetzt. Mit ihrem Sieg vor der dreimaligen Schweizer Weltmeisterin Erika Hess und der Spanierin Blanca Fernandez-Ochoa schob sie die Entscheidung im Kampf um den Gesamtweltcup bis zum Finale am Wochenende in Oslo hinaus.

Erika Hess hätte nämlich den Sieg in Zwiessl den zweiten Triumph in der Gesamtwertung nach 1982 beschert. So aber bleibt sie mit 247 Punkten weiter neun Zähler vor der Liechtensteiner Doppel-Olympiasiegerin von Lake Placid, Hanni Wenzel, die Achte wurde.

Tamara McKinney freute sich zwar über ihren Sieg in Zwiessl, doch sie sagte auch: „Leider bin ich zu spät in Form gekommen.“ Schließlich hat die Amerikanerin keine Chance mehr, den Vorjahrsieg im Gesamtweltcup zu verteidigen. Und Erika Hess, die schon glaubte, den Weltcup ein zweites Mal gewonnen zu haben? „Der Ausgang im Weltcup wird nun doch noch recht spannend, denn

Hanni Wenzel hat eine gute Chance, weil sie aufgrund meiner Streichresultate mit einem ordentlichen Platz schneller in Oslo punkten kann als ich.“

Übrigens: Von den drei in Zwiessl startenden Olympia-Siegerinnen von Sarajevo schlug sich Michela Figini (Schweiz) am besten. Die Abfahrts-Siegerin von Sarajevo wurde Siebente. Zwei Ränge dahinter landete in ihrer Spezialdisziplin Debbie Armstrong (USA). Italiens Slalom-Goldmedaillengewinnerin Paoletta Magoni spielte mit dem 28. Platz keine Rolle.

Von den acht deutschen Rennläuferinnen kam neben Marina Kiehl nur Sonja Stötz (Wildbad) ins Ziel. Sie konnte ihren 15. Rang nach dem ersten Durchgang allerdings nicht halten. Michaela Gerg (Lenggries), im ersten Lauf Zehnte, landete im zweiten Lauf mit einer schmerzhaften Prellung im Schnee. Bereits im ersten Durchgang waren neben Maria Eppl (Seeg), vor drei Jahren Siegerin auf dem gleichen Hang, Heidi Wiesler (Staufen), Traudl Hächer (Schlechding), Renate Lazak (Eschenlohe) und Karin Dedler (Kempton) ausgeschieden.

Am Wochenende wird in Oslo auch entschieden, wer Weltcup-Siegerin im Spezialsalom wird. Die meisten Aussichten haben: McKinney, Steiner (Österreich), Pelen (Frankreich) und Hess (Schweiz). Zwei deutsche Läuferinnen nehmen am Weltcup-Finale der besten 32 teil: Marina Kiehl und Maria Eppl.

Feuer-Streit beendet

Los Angeles (sid) - Das Organisationskomitee der Olympischen Sommerspiele in Los Angeles und das Nationale Olympische Komitee von Griechenland haben sich über den Päckelauf zur Eröffnung der Spiele geeinigt. Der Verkauf des Laufes zum Kilometerpreis von 3000 Dollar wird zum 10. April eingestellt, die Griechen versprachen, „alles für die traditionelle Entzündung und Übergabe“ zu tun. Gegen die Kommerzialisierung des olympischen Feuers hatten sich vor allem der Bürgermeister und die Bürger der Stadt Olympia gewehrt. Schon jetzt haben die Amerikaner die Teilstrecken für umgerechnet etwa 30 Millionen Mark verkauft, die dem Jugend- und Behindertensport zufließen sollen.

Wieder ein Remis

Wilna (dpa) - Garri Kasparow und Wassili Symyrow trennen sich in der fünften Partie des Kandidaten-Finales zur Schachweltmeisterschaft wieder Remis. Nach zwei Siegen führt Kasparow jetzt mit 3,5:1,5.

BSC Köln im Finale

Köln (dpa) - Der BSC Saturn Köln hat sich im dritten entscheidenden Spiel gegen TuS 04 Leverkusen zum Anzeiger

12-Mio.-DM-Aufrag

AEG-KANIS liefert Dampfturbine für europäisches Erdgasnetz

26 Prozent Energie spart der neue Erdgasverdichtersatz ein, den AEG-KANIS im Frühjahr 1985 für die Station Waidhaus an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze liefert. Den Auftrag zur Erweiterung der Erdgasabestation der Pipeline aus den russischen Erdgasgebieten an das europäische Netz erhielt AEG-KANIS von der Magal, Essen, der Gaz de France und der Österreichischen Mineralöl-Verwaltung. Der Auftrag umfaßt eine 25-MW-Dampfturbine, die gesamte Leuchtechnik sowie eine Luftkondensationsanlage zum Niederschlagen des Turbinendampfes.

vierten Mal für das Finale der deutschen Basketball-Meisterschaft qualifiziert. Die Kölner gewannen 79:71 und treffen nun am Sonntag auf den Sieger der Begegnung ASC Göttingen - DTV Charlottenburg Berlin.

Schiedsrichter bestochen?

Paris (sid) - Die Bestechungsaffäre im französischen Fußball zieht immer weitere Kreise. In der Wirtschaftszeitung „La Lettre de l'Expansion“ heißt es, der frühere Meister AS St. Etienne habe mit 600 000 Mark bei Europacup-Spielen Schiedsrichter, meist aus Osteuropa, bestochen. Unter den Betroffenen soll sich auch ein Schiedsrichter aus der Bundesrepublik befinden. Der DFB hat das bereits demontiert.



EISKUNSTLAUF

Weltmeisterschaft in Ottawa, Herren, Stand nach der Pflicht: 1. Hamilton (USA) 0,6 Punkte, 2. Cerne (Deutschland) 1,2, 3. Fischer (Deutschland) 1,8, 4. Sabovick (CSSR) 2,4, 5. Fodejew (UdSSR) 3,0, 6. Bolzano (USA) 3,6, 7. Orser (Kanada). - Damen, Stand nach der Pflicht: 1. Will (DDR) 1,0, 2. Ivanova 2,4, 3. Kondraschowa (beide UdSSR) 3,2, 4. Ruben (Deutschland) 4,6, 5. Thomson (Kanada) 6,6, 6. Zayak (USA) 7,4, 10. Teseb (Deutschland) 11,4. - Paare, Stand nach der Pflicht: 1. Walowa/Wasilew (UdSSR) 0,4, 2. Underhill/Martini (Kanada) 0,8, 3. Selezneva/Makarov (UdSSR) 1,2, 4. Baess/Thierbach (DDR) 1,6, 5. Matosch/Eisler (Kanada) 2,0, 6. Perschina/Aharow (UdSSR) 2,4, 10. Massari/Azzola (Deutschland) 4,0.

BASKETBALL

Freundschaftsspiel, Damen: Agon Düsseldorf - Südkorea 73:76.

Zeit bringt Geld - rund um die Uhr!



Nominalzins 7,50 %
Ausgabekurs 100,00 %
Rendite 7,50 %
Laufzeit 5 Jahre
heutiger Stand

verkaufen. Neuausgegebene Bundesobligationen bekommen Sie kostenfrei ab 100,- DM bei allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken. Übrigens können Sie Bundesobligationen auch verschenken. Hierfür gibt es einen besonderen Geschenkbrief. Fragen Sie Ihr Kreditinstitut nach Bundesobligationen. Oder senden Sie den Coupon ein.

BUNDES OBLIGATIONEN

Wenn Sie an den Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 23 28, 6000 Frankfurt 1, Tel. (0611) 55 07 07, schreiben, erhalten Sie ausführliche Informationen über Bundeswertpapiere.

Name

Straße

PLZ/Ort

In Dänemark wird weiterhin über einen zweiten Fernsehkanal diskutiert

Noch ist die Werbung der Pferdefuß

In Inselstaat Dänemark wird seit Jahrzehnten vehement, aber ergebnislos die Frage von Brückenverbindungen zwischen den durch die Ostsee getrennten Landesteilen sowie mit Schweden und der Bundesrepublik erörtert. Zu einem ähnlichen „Dauerbrenner“ in der öffentlichen Auseinandersetzung scheint sich die Debatte über die Einführung eines zweiten dänischen Fernsehprogramms zu entwickeln.

Aber die nahe Medienzukunft könnte den Meinungsstreit zwischen bürgerlicher Regierung und linker Opposition über das Für und Wider eines von Reklame finanzierten zweiten dänischen TV-Kanals bald hinfällig machen. Nämlich dann, wenn vermutlich noch vor Ende dieses Jahres die Haushalte in dem kleinen skandinavischen Königreich mit seinen fünf Millionen Einwohnern europäisches Satelliten- und Werbefernsehen empfangen können.

Im Parlament haben sich die neun Parteien nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen können. Es soll in jedem Fall ein zweites Fernsehprogramm neben dem bestehenden Monopol von Danmarks Radion geben. Den Sendebetrieb wird dieses TV-2 angesichts noch zu schaffender technischer und juristischer Voraussetzungen wahrscheinlich nicht vor

1987 aufnehmen können. Bis dahin – so hoffen die Zuschauer – werden sich die Politiker auch über die Funktion, die Programminhalte und die Finanzierung geeinigt haben. Die Pläne der bürgerlichen Regierung und ihrer Kulturministerin Stilling-Jacobsen, den Alternativ-Kanal zumindest zu 25 Prozent aus Werbeeinnahmen zu finanzieren, haben bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen im Parlament aber auf absehbare Zeit keine Chance.

„Sollte das Folketing (Parlament) nein zu einem zweiten Programm mit Werbung sagen, so zweifle ich aufrecht daran, daß wir überhaupt ein zweites Fernsehen erhalten“, sagte der konservative Regierungschef Poul Schlüter bei einer Podiumsdiskussion mit dem sozialdemokratischen Oppositionsführer und Reklame-Gegner Anker Jørgensen. „Fernsehwerbung würde ganz klar einen negativen Einfluß auf die Programme haben“, meinte er. Dazu die Kulturministerin: „Das Parlament will ich sehen, das der mittelständischen Industrie in Dänemark TV-Werbung verbietet, wenn die ausländischen Konkurrenten hier zu empfangenden deutschen Fernsehern ihre Produkte anpreisen.“

Ein Sprecher der heimischen Werbewirtschaft nannte die Diskussion

über TV-Werbung, sicher nicht ganz uneigennützig, „leicht hysterisch“. Dänemark, Norwegen und Schweden seien mit Albanien die einzigen europäischen Länder ohne Werbefernsehen. Selbst im kommunistischen Ungarn würden 90 Prozent der Programmkosten aus Reklämehelfen gedeckt, erläuterte er. Der von Kritikern befürchtete Einfluß auf das Programm sei völlig unbegründet, da die Medienkommission klar für Werbeblöcke plädierte und sich gegen Einblendungen in laufende Sendungen ausgesprochen habe.

Die Politiker, aber auch einige einflussreiche TV-Journalisten scheinen einen zweiten, alternativen Kanal ebenso wie das multinationale Fernsehen zu fürchten, das ihrem Monopol ein Ende bereiten würde. Viele Zuschauer jedoch begrüßen die neue Entwicklung angesichts der langweiligen Belehrungen und der im Vergleich zum schwedischen Fernsehen fehlenden Aktualität der Nachrichtensendungen. Wie gut und unterhaltend beispielsweise Rundfunk sein kann, beweisen seit Monaten einige der 75 Lokalsender, die als Medienversuch in der Provinz etabliert wurden und bei den Hörern begeisterte Zustimmung fanden.

GERD REUTER (dpa)



„Meine Reihe soll bei den Zuschauern ein Gefühl von Aufbebung gegen die Übermacht der Kriminalität erzeugen, und sie soll den dringenden Wunsch nach Gerechtigkeit hinterlassen. Dieses Bedürfnis nach Gerechtigkeit ist auch für den Helden meiner Geschichte, die Triebfeder seines Handelns“, sagt der italienische Regisseur Damiano Damiani über seinen sechsteiligen Fernsehfilm „Alte gegen die Mafia“ (La Piovra). Der Film, eine Koproduktion von ZDF und dem italienischen Fernsehen RAI, wird vom 6. Mai an, jeweils am Sonntagabend, ausgestrahlt. Im Mittelpunkt der Geschichte steht der junge, ehrgeizige Polizist Corrado (Michele Placido), der in einer kleinen sizilianischen Stadt den Posten des Polizeichefs übernimmt und dort gegen Korruption und üble Machenschaften kämpfen muß. DW.

Bernhard Wicki hat in der „DDR“ mit Aufnahmen zu dem WDR-Fernsehfilm „Die Grünstein-Variante“ mit Klaus Schwarzkopf und vier „DDR“-Schauspielern in den Hauptrollen begonnen. Er handelt von den Insassen eines Pariser Untersuchungsgefängnisses, die 1939 mit Schachfiguren aus Brot spielen – bis zur „Grünstein-Variante“. (dpa)

KRITIK

Die Linsbacher sind überall

Da lehte in Linsbach bei Stuttgart der Frühinvalid Zettler (Rolf Schimpf), ein braver, wenig gleich sehr ordnungsbewusster Mann. Dem Nachbarn, einem (natürlich) cleveren Rechtsanwalt, gefiel die Häusle-Nachbarschaft nicht, er bemühte sich, den unbehaglichen Biedermeier herauszuholen. Da im Städtchen die Dauerparker auf dem Marktplatz nicht zu bändigen waren, ernannte der Bürgermeister den Invaliden zum öffentlich bestellten Ordnungshüter. Zettler, ganz in seinem Element, schaffte zwar Ordnung, entwickelte sich jedoch mehr und mehr zu einem gefürchteten und gehästen Stadtyrannen. Denn er hat seit jeher in Grundsätzen gedacht, auch bei den Kleinigkeiten des Lebens.

Aber nicht er, sondern der intrigante Anwalt verläßt zum Schluß die Stadt. Der Sheriff von Linsbach (so der ZDF-Titel) ist zwar nicht mehr Sheriff, aber auch seine Widersacher haben Federn gelassen.

Diese Geschichte mußte einem jeden Fazit, das man ziehen wollte, vorausgeschickt werden. Das Fazit: Erstens: Die Tyrannie ist ein Kind auch des Häusle-Milieus. Zweitens: Gebt dem Deutschen eine Uniform... Drittens: Ein Rolf Schimpf als Hauptdarsteller läßt das alles ahnen, aber vor allem macht er aus dem Stück ein Muster menschlicher Hybris, menschlicher Machtanfalligkeiten, menschlicher Katharsis.

Ach ja, viertens: Warum soll sich die große weite Welt nicht am besten in Linsbach spiegeln? Linsbach ist überall, und schaut Euch um, auch die Linsbacher sind überall. VALENTIN POLCICH

Eine dürftige Massen-Talkshow

Gewiß: Was einst der Kamin, um den die Großfamilie saß, ist heute die Kathodenstrahlröhre. Und auf der war nun lange Zeit zu betrachten, wie im Rahmen der Live-Sendung „Spielraum“ sich unschuldige Menschen unter der Anleitung einer altklug-lässig schwätzenden Moderatorin in Selbsterkenntnis versuchten. Denn das Thema dieser Folge der im Prinzip ja zu lobenden ZDF-Reihe, die wundersamerweise unter dem Rubrum „Kleines Fernsehspiel“ läuft, hieß: „Hör zu – Schau her! – Erzählen und Zuhören...“

Wer nun erwartet hatte, Tiefschürfendes von Psychologen, Zeitgeistanalytikern, Kommunikationsexperten, Sprachphilosophen, Musikologen etc. zu erfahren darüber, wie es

mit unserer Innenweltverschmutzung und damit unserer dialogischen Kommunikationsfähigkeit bestellt sei, der hatte sich spätestens nach einer Stunde voll Allgemeinplätze betrieblangweilt.

Geladen waren durchweg Paare, junge, alte, mittlere und solche, die das wohl erst noch werden wollen, und alle versuchten, der schullehrhaften Attitüde besagter Moderatorin nach bestem Wissen und Gewissen ein wenig Substanz beizumischen. Wie sie sich kennenlernten, sich und den Partner annehmen, Dritte zur Mitteilungsanregung brauchen...

Und was kam heraus? Nach dem verbreiteten Motto, daß brave Bürger in die Bresche springen sollen, die das Fernsehen selbst nicht ausfüllen imstande ist, eine dürftige Massen-Talkshow mit soviel Meinungen wie Gästen.

ALEXANDER SCHMITZ



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Die Sendung mit der Maus
10.00 Tagesschau und Tagesthemata
10.25 Sport aktuell
Fußball-Europapokal

11.40 Treffpunkt 0-Wagen 4
12.15 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

14.00 Tagesschau
14.10 Aldus Nelson
Opernrevue mit Marjón Lombriks
Man stelle sich eine Oper vor, in der am Ende gestorben wird, ohne daß es Augenzeugen gibt – unter Ausschluss der Öffentlichkeit sozusagen. Die Rede ist von Aida und Radames, die eingemauert werden und in ihrer Gruft Abschied von der Welt und den Theaterbesuchern nehmen. Aida, du schöne Welt der Oper. Was wäre aber, wenn die beiden doch ein Schlupfloch finden würden, z.B. mit Hilfe einer Zeitmaschine, die die beiden kreuz und quer durch die Operngeschichte befördert?

14.00 heute
14.04 Die Sechse mit dem „G“
Gutenberg und die Folgen (2)
Anschl. heute-Schlagzeilen
14.35 Geschichtsrevue
Der Weg zur Tolmühle
17.00 heute / Am den Ländern
17.15 Tele-Ilustrierte
Zu Gast: Wolfgang Petry
17.50 Tom und Jerry
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mass, halt die Luft an!
Der Querulant im Wartezimmer

19.00 heute
19.30 Der große Preis
Ein heiteres Spiel für geschickte Leute mit Wim Thoelke
20.50 Die große Wille
Eine Bilanz der Aktien Sorgenkind
21.00 Kinder, Kinder
Pausenpfeile
Aggressionen in der Schule
Von Uli Rothaus
Moderation: Rainer Hacke
Schulkindern haben schon immer ihre kleinen und großen Mochtkämpfe mit den Füsten ausgetragen, und saßen waren Eltern darüber erregt. In den letzten Jahren jedoch gibt es immer häufiger Klagen, daß die Form dieser Mochtkämpfe mehr und mehr an Brutalität zunimmt. Hinzu kommt, daß nun auch schon in der Grundschule solche brutalen Erscheinungen beobachtet werden.

21.45 heute-Journal
22.05 Tausend neue heute-Bilder?
Wie Satellit und Kabel das Fernsehen verändern
22.50 Memento
Ein Film von Erit Mikesch
Max Taurus, ein harmlos wirkender Einzelgänger, eher ein ängstlicher Rationalist, fällt seinem Hang zu spekulativer Privatmineralistik zum Opfer.
6.15 heute

14.55 Kambalier
Mit zur Wildnis
Ein Jahr lang waren Jugendliche aus dem Kernbiller-Team auf Entdeckungswegen im Hausgarten. Sie haben herausgefunden, daß ein Garten, in den man nicht allzu häufig ordentlich eingreift, viele Tiere anlockt, die man in ihren verschiedenen Entwicklungsstufen beobachten kann.

17.45 Tele-Lexikon
Wasser
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Schlag auf Schlag
Mit Claus-Hinrich Casdorff
Dr. Monika Wolf-Mathies
Vorsitzende der Gewerkschaft OTV

21.15 ARD-Sport extra – aus Ottawa
Eiskunst-WM
Kür der Damen
Sprecher: Hans-Joachim Rauschenbach
22.50 Tagesschau
23.00 Die Welt heute
Stück von Joop Admiraal
0.30 Tagesschau



Alle Bewohner des geheimnisvollen Hauses, das Max Taurus erforscht, verstocken etwas vor ihm. Auch Frauziska (Carola Regnier) scheint ein Spiel mit ihm zu treiben – „Memento“, ZDF, 22.50 Uhr
FOTO: TELEBUNK

„Nichts ist unmöglich...“
BARBRA STREISAND

YENTL

Ein Film mit Musik

METRO-GOLDWYN-MAYER zeigt in einem BARWOOD Film „YENTL“
MANDY PATINKIN, AMY IRVING, Drehbuch: JACK ROSENTHAL & BARBRA STREISAND
nach YENTL, THE YESHIVA BOY von ISAAC BASHEVIS SINGER, Musik von MICHEL LEGRAND
Lyrik von ALAN & MARILYN BERGMAN, Executive Produzent LARRY DEWARY
Co-Produzent: RUSTY LEMORAND, Produktion und Regie von: BARBRA STREISAND, Ein Ladbroke Feature
Eine MGM/UA Entertainment Co. IN VERLEIH DER UFA
Original Soundtrack erschienen auf CBS LP und Cassette

AB 30. MÄRZ IM KINO.

WELT-Leser sind anspruchsvoll!

Zuverlässige Informationen. Gründlich, schnell, weltweit. Direkt aus Bonn, dem Brennpunkt des Geschehens. Einblicke in Hintergründe und Zusammenhänge. Jeden Morgen druckfrisch ins Haus...

...das schätzen Leser an ihrer WELT!

Vielleicht gibt es in Ihrem Kreis jemanden, der die WELT auch regelmäßig lesen möchte. Dann nutzen Sie diese gute Gelegenheit: Werben Sie jetzt einen neuen WELT-Abonnenten. Als Dank dafür erhalten Sie diesen Pilotenkoffer.



Piloten-Koffer

TAKE-OFF

Attraktiv, praktisch, nützlich. Flugkapitane wissen genau, warum sie diesen Koffer bevorzugen: Er ist außerordentlich stabil, sieht immer gut aus und es geht viel hinein. Zwei geräumige, sinnvolle an den Stirnseiten angebrachte Taschen vergrößern den Packraum vorteilhaft.

Sicherheit durch patentierte Zahlenschlüssel (Niemand kennt die Zahlenkombination. Nur der Besitzer)

Handlich, aber viel Packraum: 45 cm lang, 19 cm breit, 33 cm hoch

Bitte nicht warten! Je eher Sie diese Gelegenheit wahrnehmen, um so früher gehört diese wertvolle Belohnung Ihnen.

VERLAGS-GARANTIE
Jeder neue Abonnent kann den Auftrag innerhalb von 10 Tagen (Absende-Datum) schriftlich widerrufen bei
DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30
2000 Hamburg 36



An: DIE WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Belohnungs-Scheck		DIE WELT		Bestellschein	
<p>Ich bin der Vermittler Ich habe einen neuen WELT-Abonnenten gewonnen (siehe nebenstehender Bestellschein). Als Belohnung erhalte ich den Piloten-Koffer „Take-off“ in</p> <p><input type="checkbox"/> schwarz <input type="checkbox"/> bordeauxrot (Bitte gewünschte Farbe ankreuzen)</p>		<p>Ich bin der neue WELT-Abonnent. Bitte liefern Sie mir die WELT mindestens 24 Monate ins Haus. Der günstigste Abonnementspreis beträgt monatlich DM 25,00. Versandkosten + Mehrwertsteuer sind eingeschlossen.</p>		<p>* Einsparung durch den günstigen Abonnementspreis gegenüber dem Einzelverkaufspreis DM 65,-</p>	
Name:		Name:			
Vorname:		Vorname:			
Straße/Nr.:		Straße/Nr.:			
PLZ/Ort:		PLZ/Ort:			
Telefon:		Telefon:		Datum:	
Unterschrift des Vermittlers:		Unterschrift des neuen Abonnenten:			
<p>Der neue Abonnent ist nicht mit mir identisch. Den Pilotenkoffer erhalte ich nach Eingang des ersten Bezugsgeldes für das neue Abonnement.</p>		<p>VERLAGS-GARANTIE Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36</p>			
		Unterschrift des neuen Abonnenten			

Krise ist bald überall

reich - Wir sagen noch richtig: Jetzt wird's kritisch. Wir meinen da mit, jetzt kommt der Moment der Entscheidung: des Ausfalls und Umschwungs zum Besseren oder zum Schlechteren. Im Kriegswesen wie in der Medizin ist der alte Begriff der Krise noch immer bei seinem vollen Verstande; ansonsten jedoch hat das allgemeine Geschick ihn verflacht, ganz buchstäblich ausgewaschen. Alle reden unaufrichtig von der "Krise". Das Wort ist heruntergekommen wie kaum ein zweites. Es ist allerleiste Redemünze.

Nehmen wir beispielsweise die "Wirtschaftskrise". Damit ist heute nur noch eine Phase der Stagnation oder Depression gemeint, keineswegs mehr die Stunde der Wahrheit, die Stunde des national-

ökonomischen Offenbarungseides. Im Gegenteil, dieser Moment der Entscheidung wird mittels des vagen Krisenbegriffs verschleiert und gleichzeitig prolongiert: Der falsche Begriff der Krise bittet um Aufschub derselben, schiebt damit allerdings auch die Chance einer Heilung bloß vor sich her und womöglich ad infinitum hinaus, so lange, bis aus der Krise die Katastrophe geworden, also ad finem.

Wo immer wir heute von Krise reden, sei es von der einer Ehe, sei es eine der Politik, sei es die des Romans oder die des Fußballs, immer bekunden wir also, daß wir zu schwach sind, ein Übel, das wir beklagen, beim Namen zu nennen; zu feig, den Tief- oder Höhepunkt einer Entwicklung als Wendemerkmal zu kennzeichnen; zu dumm, nicht zu merken, wie schauderhaft wahr wir damit die Redensart machen: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Omni“ in Europa

Sex von Borneman

Hurra - die Wende ist da! Ein US-schweizerisches Unternehmen hat zum entscheidenden Schlag gegen die modische Angst, gegen die „no-future“-Hysterie ausgeholt. Laut Werbung ist „Omni“ (lat. „für alle“) ein „wissenschaftlich-futuristisches Unterhaltungsmagazin, das fünf Jahre lang gegründet, heute in den USA mehr als eine Million Exemplare verkauft“. Mit Hilfe eines Schweizer Mittelmannes, Carlo Frey, startet „Omni“ nun von Zürich aus, mit der Aprilnummer, eine deutsche Ausgabe.

Frey wendet sich in seiner Programmierung gegen die Verkünder der Vergangenheit: „Um von Idyllen im Zusammenhang mit vergangenen Zeiten zu sprechen, muß man Cholera und Pest, Kindertiefbefälle und vieles mehr vergessen.“ Zur Zukunft: „Unser Weg in die nachindustrielle Gesellschaft führt mit Sicherheit nicht gegen unsere Industrie, nicht gegen unsere Wissenschaft, denn nur mit Forschung und technischer Realisierung lassen sich die anstehenden Probleme lösen.“ Wie man das macht? „Mehr denn je brauchen wir die Phantasie unserer Maler, die Intuition unserer Phantasten.“

Man sieht ein Programm mit einigen Fallstricken. Da fordert man „eine bessere Zukunft, die Millionen Menschen von der Sklaverei des Fließbandes befreit“ - davon sind doch schon sehr viele durch die Automatisierung befreit worden, und zwar zu Arbeitslosigkeit. „Ein Magazin, das „Begründungen mit der Zukunft“ verspricht, sollte mit seinen programmatischen Aussagen doch wenigstens in der Gegenwart zuhause sein. Aber seien wir nicht so pingelig.

schauen wir das lackfarbene und 130 Seiten starke Magazin (zu DM 6,50) ein bißchen genauer an. Wir zählen 43 Inseratenseiten. Neben Tabak, Bier, Brillen und Elektronik aller Art will man uns da zum Kauf eines Mini-Geigerzählers animieren oder zu einem Kursus in „Energie-Kybernetischer Strategie“ (EKS). Zu letzterem wird gleich ein Beispiel geliefert: „Dr. chem. Sandmann, 49, hatte sich 22 Jahre lang gemüht, ins Top-Management zu kommen. Ohne Erfolg. Unter der EKS-Strategie schaffte er es in fünf Monaten.“

Nun, Inserate sind äußerlichkeiten. In den redaktionellen Beiträgen werden wir die schönere Zukunft schon eher finden. Zumal Erich von Däniken Berater der Zeitschrift ist (neben dem Münchner Raumfahrt-Professor Ruppel). In seiner SF-Story muß Däniken jedoch die Zeitmaschine benutzen, um Reagan und Tschernenko zu gemeinsamen tätiger Vernunft zu bewegen. Das sind doch alte Hüte!

Aber wenigstens auf die Sexualität ist doch Verlaß, nicht wahr? „Prof. Dr. Ernest Borneman“ erklärt, alle Maßnahmen des Wohlfühlstatistiken als Mittel zum Abbau sozialer Spannungen, weshalb es Aufgabe des künftigen Staates sein werde, alle sexuellen Wünsche des einzelnen Bürgers (selbst diejenigen, die dieser sich gar nicht einzugehen wagt) zu erfüllen. Schon beginnt man sich zu freuen, erfährt jedoch am Ende dieses Prof. Bornemans, daß uns der Staat dann mit diesem Monopol erst recht am Wickel haben werde.

Es scheint gar nicht so einfach zu sein, 130 Seiten mit Zukunftstheorien zu füllen. ANTON MADLER

Verliebt in die Details der Oberklasse - Volker Schlöndorffs Proust-Film „Eine Liebe von Swann“

Ein Beau ist noch kein Übermensch

Als werbe es für ein schwüles, nicht übermäßig teures Parfum, so nimmt sich das Plakat zu Volker Schlöndorffs Film „Eine Liebe von Swann“ aus: ein sich umschlingendes Paar in Frack und Abendkleid, hingegossen auf eine blaue Liegestuhldecke, die auch eine Meereswoge sein könnte. Man merkt dieser überlebensgroßen Kitschpostkarte die Sorge der zu vier angetretenen Produzenten (Bioskop-Film Eberhard Junkersdorf, Gaumont, Nicole Stéphane und WDR) und des deutschen Verleihers (Concorde-Film, München) richtig an, daß für die Verpflanzung von Marcel Prousts feinstverarbeiteten Seelenqualen auf die Leinwand ein hinreichend großes Publikum nur schwer zusammenzutrommeln sein werde. So wollte man wenigstens mit Nachdruck statuieren, daß die Sache unter den feinsten Leuten spielt und daß es sich bei der Verehrung Swanns für die „poule de luxe“ mit dem Künstlernamen Odette de Crécy um eine jener verzehrenden, selbstvergessenen Leidenschaft handelt, von denen man immer gern etwas erfährt.

Die Geschichte ist nur ein kleiner Ausschnitt aus Prousts monumentaler „Suche nach der verlorenen Zeit“, vielleicht der einzige Teil, wie manche Literaturkritiker schon vermerkt haben, der mit Anfang und Ende und einem Hauptthema (der Eifersucht) so etwas wie ein abgeschlossenes Ganzes darstellt. Er nimmt die zweite Hälfte des ersten Bandes ein, der auch den Namen Swanns im Titel führt und dessen erste Hälfte der Erzähler, der kränkelnde, in der Liebe zu seiner Mutter ergriffene Knabe, noch ganz beherrscht. Doch dann tritt dieser zugunsten einer anderen Gestalt zurück, des unsäglich gebildeten, weltgewandten und bescheidenen Charles Swann, der freilich eine ganze Anzahl von Zügen mit dem Erzähler-Ich gemein hat.

Auch sehr viel rätselhafter hat er an sich: Er wohnt mit seinen kostbaren Möbeln und Kunstgegenständen in einem wenig attraktiven Teil von Paris, doch ist er in den Häusern aller Aristokraten des Faubourg St. Germain hochwillkommen, gegenseitig speist er mit dem Prinzen von Wales und gehört, obwohl jüdischer Abstammung, wie schon sein Name verrät, dem exklusiven Jockey Club an. Am rätselhaftesten für alle aber ist seine Liebe zu der ebenso kostspieligen wie geistlosen Frau auf der Grenze zwischen Welt und Halbwelt, die nach seiner eigenen Bekundung nicht einmal sein Typ ist und die er gegen den Rat seiner adligen Freunde heiratet, worauf sich die Türen der großen Häuser vor den beiden ein für allemal schließen.

Zu Anfang hat Odette Swann bewundert und war ganz für ihn da. Je mehr er ihr verfallt, je mehr er sie mit seiner Eifersucht quält, umso schlechter behandelt sie ihn, umso



Geschichte einer Krankheit, die Liebe heißt: Jeremy Irons (links) als Swann und Alain Delon als Baron Charlus in Schlöndorffs Proust-Verfilmung

mehr Anlässe gibt sie ihm, eifersüchtig zu sein. Als ihr Töchterchen alt genug ist, mit dem kleinen Marcel in den Champs Elysees zu spielen, ist es der sehnlichste Wunsch des todkranken Swann, sie seiner Freundin, der Herzogin von Guermantes, vorzustellen. Er wird ihm nicht erfüllt.

Die Rolle des Swann dem englischen Schauspieler Jeremy Irons anzuvertrauen, dem deutschen Fernsehpublikum aus „Bridgeshead Revisited“ vortrefflich bekannt, war demnach eine Fehlbesetzung, die zudem fast den ganzen Film um seinen Sinn gebracht hat. Irons machte einen Beau von makelloser Eleganz aus Swann, in einer milden byronischen Pose. Jeder Blick in den Spiegel hätte überzeugen müssen, daß dieser Swann dank seiner Unwiderstehlichkeit nicht den geringsten Grund zu jenen Eifersüchteleien hat, die er zu durchleben vorgibt. Zu der Gestalt des Proustschen Swann gehört dagegen der intensive Zweifel an sich selbst, an seiner nur dem Anschein nach unangefochtenen Stellung in der Gesellschaft und damit auch an der Liebe einer geliebten Frau.

Swann will Odette besitzen wie ein seines Sammlerobjekt - und wird darüber selbst zum Objekt, mit dem sie unbarmherzig spielt. Es steckt die Dämonie eines seelischen Masochismus in diesem Ringen, doch der blassen, immer ein bißchen verwundert dreinblickenden Miene des Film-Swann zeigen sich seine Spuren nicht.

Ornella Muti, als Odette sehr lieblich anzuschauen, ist auch nicht geeignet, dem Zweikampf die nötige

Härte zu geben. Sie macht in der Nachfolge von Cécile Aubry ein verführerisches, flatterhaftes Weibchen aus der Figur, eine neue Manon Lescaut. Am einfachsten hat es sich Alain Delon als Baron Charlus gemacht; da es als sicher gilt, daß der arrogante und sittenlose Baron dem Gesellschaftslöwen Robert de Montesquiou nachgeschaffen ist, wählte der dessen Maske und Kostüm bis auf den Spazierstock mit dem silbernen Knäuel.

Musikalisch - und die Musik hat für den Film wie schon für Prousts Roman eine große Bedeutung - standen Schlöndorff Hans Werner Henze und dessen Schüler zur Seite. Ingar Bergmanns preisgekrönter Kameramann Sven Nykvist hat von Pariser Straßen, Vorgärten, Kaffeehaus-terrassen und Interieurs höchst eindringliche Bilder geschaffen; als Augenschmaus kann dieser Film also noch den Verwöhntenstolz mit sich nehmen. Besonders gelungen ist Swanns nächtliche Fahrt auf der Suche nach Odette vor der Oper und auf den großen Boulevards; die Aufnahme von „Die Nacht der Kleopatra“ fand übrigens in der Opéra Comique und nicht in der für den Fotografieren soviel eindrucksvolleren Grand Opéra statt.

Proust, der in seinem Romanwerk modische Einzelheiten so gründlich schildert, daß ein Film-Ausstatteur sie siebzog oder achtzig Jahre später nur sklavisch zu befolgen braucht, hätte seine helle Freude an den Besuchern des Hauskonzertes bei der Marquise de Ste. Eulverte und ihrer Garderobe gehabt. Dem Vernehmen nach hat man

sich die Komparsen - ähnlich wie beim Hausball des „Great Gatsby“ - aus eben den Familien zusammengesucht, die Proust als Vorbilder seiner Herzöge und Grafen gedient hatten. Die Schar der unbeweglichen Lakaien, von denen einer von Baron Charlus einen übermütigen Nasenstüber abbekommt, die Kutschen und Pferde (nicht ganz so elegant, wie man es sich gewünscht hätte), die Teppiche und Gobelins, der kostbare Schmuck (Leihgaben des Hauses Cartier) - alles zeugt von einer aufopfernden Kleinarbeit beim Wiederauffinden der verlorenen Zeit.

Es ist schon merkwürdig, daß die Aufgabe, dieses so urfanzösischen Milieu wiederherstellen zu lassen, einem deutschen Regisseur zugefallen ist, wenn es auch einer ist, der seine Leihjahre unter französischen Meistern verbracht hat. „Un Amour de Swann“ habe er als Internatsschüler an einem Wochenende verschlungen, erzählt Schlöndorff, man kann die Verliebtheit in die literarische Vorlage in vielen kurz aufblitzenden Einzelheiten entdecken. Der Film als Ganzes aber hat durch den Eifer, den man auf die Rüschen und die Sonnenschirmen, auf die Perlen in den Frackhemden und das silberne Teegeschirr verwandt hat, an Tiefgang verloren. Odette hätte ein bloßer Schemen bleiben dürfen, aber Swann mußte mehr als ein verzerrter Liebeshaber sein - ein Mann, indem von allen Spannungen und Konflikten der Jahrhundertwende etwas zu spüren ist, ein allzumenschlicher Übermensch in seinem Widerspruch. HELMUT JAESRICH

JOURNAL

Tournee der Royal Shakespeare Company

DW, Berlin
Die Royal Shakespeare Company aus Stratford und London kommt nach fünfjähriger Pause erstmals wieder nach Deutschland, und zwar zu einem Gastspiel nach Berlin, München und Hamburg. Erste Station ist Berlin vom 8. bis zum 11. April mit „Viel Lärm um nichts“ von Shakespeare und „Lear“ von Edward Bond. Danach wird der „Lear“ vom 20. bis 22. April in München gezeigt und vom 25. bis 27. April in Hamburg. Andere Orte der Europa-Tournee sind Paris (29. 3.-5. 4.), Wien (14.-17. 4.), Prag (20.-22. 4.) und Barcelona (26.-29. 4.).

William Forsythe geht nach Frankfurt

dpa, Frankfurt
William Forsythe wird mit Beginn der Spielzeit 1984/85 neuer Chefchoreograph und künstlerischer Direktor des Balletts der Städtischen Bühnen Frankfurt. Er löst den jetzigen Ballettchef Egon Macdon ab, der die Direktion des Stockholmer Balletts übernimmt. Forsythe will die Bedingungen für Proben und Vorstellungen der Frankfurter Truppe verbessern. Die Aufführungen sollen auf allen drei Spielplätzen der Städtischen Bühnen mit Oper, Schauspiel und Kammertheater stattfinden. Ferner sind regelmäßig öffentliche Ballett-Workshops geplant. Neben dem künstlerischen Ballettdirektor soll es in Zukunft auch einen Betriebsdirektor für den organisatorischen Bereich des Tanz-Theaters geben.

Filmregisseur Chahine wurde verurteilt

AFP, Kairo
Der bekannteste ägyptische Filmregisseur, Youssef Chahine, ist als Verleiher der ägyptischen Filmatur „Der Rechtsanwalt“ ebenso wie sein Hauptdarsteller Adel Imam zu einem Jahr Gefängnis wegen „Verunglimpfung der Justiz“ verurteilt worden. Chahine hat Berufung eingelegt. Sollte er damit abgewiesen werden, will der Verteidiger der beiden Filmleute vor das Kassationsgericht gehen. Trotz des Gerichtsurteils ist der Erfolgsfilm bisher nicht von den Kairoer Kinoprogrammen abgesetzt worden.

Kunstwerke aus Köln auf Tournee in USA

dpa, Köln
Mit umfangreichen Ausstellungen insbesondere aus der Gemäldes- und Kunstgewerbeabteilung des Wallraf-Richartz-Museums will sich die Stadt Köln demnächst in den USA präsentieren. Unter anderem ist eine Zusammenarbeit mit dem Smithsonian-Institut in Washington beabsichtigt. In Zusammenarbeit mit dem Philadelphia Museum of Art und dem Pariser Louvre soll zur Erinnerung an den 200. Jahrestag der Französischen Revolution eine umfangreiche Schau heroischer Malerei des 17./18. Jahrhunderts erarbeitet und auch im dann neu eröffneten Wallraf-Richartz-Museum gezeigt werden.

Sommersmusik in der Reichsabtei Corvey

DW, Hörter
Zum 30. Male finden in diesem Sommer in der Abteikirche und im Kaisersaal der Reichsabtei Corvey Musikwochen statt. Das Eröffnungskonzert am 27. Mai wird vom Collegium aureum unter Franz Josef Maier bestritten. An den folgenden Sonntag- und Feiertagen kommen der Geiger Frank Peter Zimmermann, die Süddeutschen Kammerorchester, Stuttgart, der Madrigalchor Münster und das Arrigo-Quartett. Im Schulchorleiter am 24. Juni dirigiert Janos Kulka die Nordwestdeutsche Philharmonie.

Autohersteller sponsort deutsche Kunst

DW, Ingolstadt
Die Ausstellung „Neue Kunst aus Deutschland“, die am 19. April im Newport Harbor Art Museum eröffnet wird, wurde von der Firma Audi NSU ermöglicht. Sie umfasst Werke von Baselitz, Immendorff, Kiefer, Lipert und Penck. Die Autofirma will - wie in Amerika für große Firmen seit langem üblich - mit der Kunstförderung zugleich dem eigenen Image dienen.

Helmut Kuhn 85

DW, München
Prof. Helmut Kuhn, der emeritierte Ordinarius für Philosophie an der Universität München, feiert heute seinen 85. Geburtstag. Der aus dem schlesischen Lüben stammende Gelehrte ist ein Schüler Max Dessoirs und Eduard Sprangers. Im Dritten Reich emigrierte er in die USA; seit 1953 war er Lehrstuhlhaber in München. Helmut Kuhn ist Mitbegründer der „Philosophischen Rundschau“ und Mitherausgeber der „Zeitschrift für Politik“. Zu seinen wichtigsten Werken gehören „Sokrates“, „Schriften zur Ästhetik“ und „Der Staat“.

Premiere in Zürich: Monteverdis „Marienvesper“

Der Flöte zarter Schmelz

Ein ziemlich symbolträchtiger Zufall. Am selben Tag, an dem in sämtlichen Zeitungen die Meldung zu lesen stand, Zürichs Opern-Intendant Claus Helmut Drese werde ab 1986 Direktor des Wiener Staatsoper, wurde abends der Schlußpunkt unter das sicherlich ambitionierteste Projekt von Dreses Züricher Intendanz gesetzt. Mehr als acht Jahre nach „Orpheo“, seiner ersten Monteverdi-Oper, komplettierte Nikolaus Harnoncourt seinen großen Monteverdi-Zyklus, der dem Züricher Opernhaus weltweit Ruhm und Ehre eintrug, mit der „Marienvesper“ von 1610.

Die Premiere im Züricher Frauenmünster - das Opernhaus ist wegen Renovierungsarbeiten noch immer nicht bespielbar - unterstreich noch einmal, was ohnehin niemand mehr bezweifelt: Harnoncourts volle Monteverdi-Kompetenz. Natürlich hatte er die Möglichkeit, die Originalbesetzung: Dulziane, Zinken und Barockorgano, zu verwenden - was den Klangproportionen wieder ihre ursprüngliche Bedeutung zurückgibt. Natürlich stand ihm ein Ensemble zur Seite, das an Hochkaratigkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Dennoch: Die entwerfende Selbstverständlichkeit, mit der Harnoncourt zum Beispiel die unerhörte rhythmische Komplexität dieser Partitur hörbar werden läßt, macht ihm so schnell niemand nach. Harnoncourt ist und bleibt ein musikalischer Unikat.

Vor allem setzte der Maestro die zur Zeit von Monteverdi revolutionä-

ren Raumklang-Wirkungen wieder in ihre Rechte ein - musiziert wurde überall, im Münster, im Chorraum, auf den Emporen, auf Podesten, auf der Kanzel. Doch trotz beträchtlicher räumlicher Entfernungen selbst verzwickteste imitatorische Partien entgingen niemals Harnoncourts Kontrolle.

Der zweite, vielleicht noch wichtigere Aspekt neben diesem eher dirigentechnischen Koordinationsproblem betrifft die Klanglichkeit. Harnoncourt versteht Monteverdi ganz und gar vom vertonten Wort aus, die einzelnen Sätze werden bei ihm - je nach ihrem Inhalt - fast zu Charakterstücken. Da gibt es Partien von zartem Schmelz neben solchen, die vor Aggression, vor Aufgeregtheit explodieren. Amorphe Klangkörper werden dagegen bei Harnoncourt niemals veranstaltet. Auch bei größter Klanglicher Prachtentfaltung sind Einzelergebnisse, Impulse, kleinste musikalische Einheiten wieder identifizierbar. Selbst die zarten Blockflöten werden nicht vom aufwendigen Gesamtapparat erschlagen.

Eigentlich verbietet es sich von selbst, aus dem erstklassigen Gesamtensemble einzelne Namen herauszugreifen. Der fabelhafte Stockholmer Kammerchor sei immerhin genannt; unter den Gesangsolisten der runde, trotzdem schlank geführte Tenor von Kurt Equiluz; unter den Instrumentalisten die Zinkenisten um Friedemann Immer, die ihre außerordentlich heiklen Instrumente mit stauenswerter Virtuosität handhaben. STEPHAN HOFFMANN

Stuttgart: Schätze der Graphischen Sammlung

Kurioser Hexensabbat

Die Staatsgalerie Stuttgart nutzt die Gelegenheit, daß so mancher jetzt des Stirlingschen Neubaus wegen in die Stadt kommt, um auf den Reichtum ihrer Graphischen Sammlung aufmerksam zu machen. Aus dem Gesamtbestand von etwa 15.000 Zeichnungen wurden zwei vorzüglich bestückte Ausstellungen zusammengestellt. Im Altbau sind etwa 200 Blätter vom 15. bis zum 18. Jahrhundert, im Neubau 260 Beispiele des 19. und 20. Jahrhunderts zu sehen. Vorausgeschickt sind ein paar ungewöhnliche Buchmalereien eines mittelländischen Meisters aus der Mitte des 13. Jahrhunderts. Dann aber spannt sich der Bogen von anonymen Zeichnern der Vor-Dürer-Zeit bis zu Krick, Rinke und Merz.

Es sind einfache Skizzen und Studien, Entwürfe und Vorarbeiten für Gemälde, aber auch bis ins Detail ausgeführte Blätter, die als eigenständige Kunstwerke zu bestehen vermögen. Da aber 460 Zeichnungen die Geduld und das Aufnahmevermögen eines jeden Betrachters überfordern, wird der Besuch der Ausstellungen eher einer Entdeckungsreise gleichen, die Vorlieben genügt oder Kurioses entdeckt, die Kenntnisse bestätigt oder bislang Unbekanntes findet. Eine solche subjektive Annäherung an die Kunstgeschichte als Kunstgenuss ist jedenfalls nicht zu verachten, wenn sie aus einem so reichen und unterschiedlichen Angebot schöpfen kann.

Meiner Vorliebe ist hier das Liebespaar von Hans Baldung Grien zuzurechnen. Mit seiner Sparsamkeit der Mittel, seiner Einfachheit der Darstellung und zugleich seiner Charakterisierungskunst ist Baldung nämlich ein Kunstwerk gelungen, dem sich erst gute vierhundert Jahre später Picasso mit annähernd Gleichwertigem an die Seite zu stellen vermag. Dem Kuriosen wäre Jacques de Gheyns „Hexensabbat“ (um 1604) zuzurechnen, bei dem allerhand teuflischer Götter am Boden herumkriecht oder sich in den wild brodelnden Himmel erhebt, der in einem Ausblick eine stille Seelandschaft freigibt.

Das Bekannte vertiefen die Gewandstudien Callots, die scheinbar schüchternen Zeichnungen Chodowieckis oder die Bürgerköpfe Daumiers. Zu den Entdeckungen aber zählen des älteren Wendel Dietelins „Jüngstes Gericht“, der Entwurf für ein „Deckengemälde“, das weit über die Ansätze seiner „Architectura“ hinaus in manieristischen Verzierungen und Verkürzungen der Figuren schwebt, aber auch die umfängliche Porträtskizze der Königin Luise von Johann Gottfried Schadow.

Große Namen (Dürer, Rembrandt, Degas oder Klee) stehen hier neben Kleinmeistern und anonymen Künstlern, einfache Schwarz-Weiß-Zeichnungen neben dezenter Farbigkeit, große Formate neben dem Skizzenbuchblatt. Thematische Vorgaben, didaktische Ambitionen oder stilistische Einengungen spielen dabei keine Rolle. Die Stuttgarter wollen mit ihrer Auswahl nur eines zeigen (und das gelingt ihnen): Was Zeichnungskunst vermag. (Bis 10. Juni; Kataloge 15.-18. Jhd. und 19.-20. Jhd., je 30 Mark) PETER DITTMAR



Wilhelm von Kobell: Porträt seiner Frau (um 1795) FOTO: KATALOG

Die „neue“ Sängerin Gitte Haening auf Tournee

Ohne Jazz ans Herz

Jetzt hat sie es geschafft. Gitte, wir wissen es inzwischen, legte sich wieder ihren Nachnamen zu, das bedeutet, mediengerecht, sie ist erwachsen geworden. Sie ist keine bloße Schlagersängerin mehr, sondern eine ganz und gar professionelle Chansonette.

Und wenn man sie auf ihrer derzeitigen Tournee durch die Bundesrepublik sieht, dann nimmt man ihr die „Häutung“ ohne weiteres ab. Das ist wirklich eine ganz und gar neuartige, eine geradezu faszinierende Erscheinung, hinter der das alte Klischee schon völlig verblaßt ist. Gitte Haening ist eine Frau geworden, die ganz unauffällig auf der Bühne steht, und auch ihr Gesang ist viel reifer geworden. Auch wer ihre Texte strikt von der altären Warte sieht, kann dieser Künstlerin kein faches Sichanbieten beim Publikum mehr vorwerfen.

Gitte hat in den letzten Jahren, als sie durch den Vater zeitweilig auf der alten Linie gehalten wurde und in der Provinz zu versauern drohte, etwas in sich entwickelt, was man als widerständisches Durchhaltevermögen bezeichnen könnte. Das ist in seiner Konsequenz allein schon respektabel und ungewöhnlich. Und es hat sich künstlerisch, musikalisch auch gelohnt. Wir waren zwei Stunden lang glücklich; Gitte griff uns ans Herz - obwohl wir gehört hatten, daß sie Jazz singen würde.

Sie sang natürlich nicht Jazz, sie sang „ihre“ Programm - ihre „marktgerechten“ neuen Platten. Aber unter diesen Stücken, auch das wissen wir spätestens seit „Bleib noch bis zum Sonntag“, ist jedoch nichts mehr für Durchschnitts-Jäger, nichts mehr für Rex-Gitlo-Fans, dafür viel für ein Publikum, das zu differenzieren versteht. Gitte Haening hat jene „eiskalten Jahre der Bewährung“, von denen einmal Peter Horton sprach, durchschritten und durchlitten, und sie hat sich dabei geschält wie eine Zwiebel.

Natürlich ist sie noch nicht die zweite Milva, sie ist erst knapp oberhalb der reinen Unterhaltung anzudeuten - zumindest für Leute, die ihre „Botschaft“ nicht mögen. Sehr deutlich wird aber der künstlerische Entwicklungsprozeß einer Frau, die

zunächst von Liebesliedern ausging, die immerzu helle Welt reflektierten, dann eines Tages Zweifel bekam, ob es denn immer nur die alten Rituale sein müßten, und entschlossen das Ruder herumwarf.

Gitte Haening ist heute eine Frau, der man abnimmt, daß sie weiß, wovon sie singt. Zwar kommt die Zweifelschale bis auf die Tränen ins Publikum. Aber genau das ist es, was mal gesungen werden mußte. Das kann, so, auch eine Milva nicht; das kann eben nur Gitte - denn sie ist so „einfach“. Was sie singt, sind auch jetzt noch durch die Bank Liebeslieder, aber es sind Lieder mit menschlicher Tiefgang. Sie klingen von einer romantischen Welt, doch auch vom bitteren Zerfall derselben.

Gitte ist jedenfalls längst nicht mehr das kleine dumme Göz, das sich „den Cowboy als Mann“ wünscht; und darauf legt sie durchaus Wert. Sie ist so etwas wie eine Frau, die, obwohl sie damit gar nicht zurecht kommt, immerzu auf ihre Weiblichkeit, ihre Verletzlichkeit in ihren Liedern zu sprechen kommt und daß sie dabei noch allemal gerne Frau ist - und was für eine! Und das alles geht doch mindestens so tief wie eine Sitzung beim besten Psychotherapeuten von Wien.

Gitte singt in der ersten Hälfte ihrer Konzerte ihre neuen Plattenstücke und dann erst - verständlicherweise - die der Webber-Platte Nr. 1. Diese Webber-Songs, das muß man denn doch sagen, klingen nicht so, wie auf der Platte, obwohl Gitte „Truppe“ auf der Tournee ausgezeichnet ist. Sie kann jedoch nicht wissen, wie die allabendlich wechselnden Säle sind; wir unsererseits wissen allenfalls, daß die Instrumentalisten hin und wieder drohen, die Stimme zu erschlagen, und sei sie noch so kraftvoll.

Das ist aber gar nicht so wichtig. Gitte Haening ist so schön wie ihre Stimme. Sie kann heute, 1984, singen, was sie will, alles wird immerzu gut ausgehen. Deutschland hat jetzt also einmal mehr eine wirkliche Sängerin, die - nicht aus Deutschland kommt. Das freilich gibt zu denken. ALEXANDER SCHMITZ

Mannheim (22. 3.), Siegen (24. 3.), Bremen (25. 3.), Berlin (26. 3.), Nürnberg (28. 3.)

KULTURNOTIZEN

Die Humboldt-Universität in Ost-Berlin präsentiert sich anläßlich ihres 175jährigen Bestehens vom 14. Juli bis zum 14. Oktober in Tokio.

Ein überregionales Festwerkensumma will die Stadt Marburg im alten Fürstentum aus dem Jahre 1744 einrichten.

Ernst Jandl ist mit dem Großen Staatspreis für Literatur ausgezeichnet worden.

Das Goethe-Institut in Rom zeigt

im Rahmen eines Zyklus „Die Welt der Kindheit“ bis 2. April „Das gute Spielzeug und die schönsten Kinderbücher.“

Paolo Bortoluzzi, früher an der Mailänder „Scala“, ist zum neuen Ballettdirektor an der Deutschen Oper am Rhein berufen worden.

Rainer Wöhrle ist für seinen Jugendroman „Schrittwechsel“ in Stuttgart mit dem Thaddäus-Troll-Preis geehrt worden.

1500 Brummis trennen Spanien vom Rest Europas

JOCHEN LEIBEL, Hendaye

„Wir sind doch keine Kamikaze-Fahrer. Wenn Spanien unsere Sicherheit nicht garantieren kann, dann gilt es für uns eben als feindliches Ausland.“ Jean-Jacques Didous, ein bulgarischer Südfranzose aus Villeneuve, steht vor seinem 38-Tonner und wärmt sich die Hände an einem Becher mit heißem Kaffee. Zusammen mit 1500 anderen blockiert Jean-Jacques seit Montag die französisch-spanische Grenze bei Hendaye.

Aufgebrachte baskische Fischer haben innerhalb einer Woche 26 „Brummis“ aus Frankreich und anderen europäischen Ländern angezündet und ausbrennen lassen. Mit quergestellten Lastwagen haben die Überlandfahrer daraufhin Spanien vom Rest Europas getrennt.

Schuld an der Blockade hat in erster Linie Frankreichs Marine. Sie hatte vor zwei Wochen das Feuer auf spanische Fischer eröffnet, die ihre Netze in französischem Hoheitsgewässer ausgeworfen hatten. Neun Fischer wurden verletzt. Als die Nachricht von der „Seeschlacht“ im spanischen Fischerdorf Ondorra im Baskenland bekannt wurde, brach dort ein Sturm los. „Jetzt geht es Frankreich an den Kragen“, hieß es in den Fischerkreisen.

Zwei Tage später brannte der erste französische Lastwagen. Ein Fischerkommando hatte den Lkw gestoppt, den Fahrer zum Aussteigen gezwungen und den 22-Tonner dann angezündet. Während die spanische Polizei noch das Wrack auf einen Tieflader lud und in Richtung Frankreich loschickte, wurden sieben andere Lkw Opfer der „Partisanen“ aus Ondorra.

Frankreichs Lkw-Fahrer schalteten die Pariser Regierung ein und die bekam von Madrid die Zusage, dass ausländische Lkw-Kolonnen Polizeischutz erhielten. Doch zwei Polizeiautos, eines am Kopf, ein anderes am Ende der Kolonne, konnten die wütenden Fischer nicht stoppen. „Wir krochen gerade den „Extrajate-Paß“ hoch, als eine wilde Horde aus den Büschen brach“, berichtete ein Franzose, „sie waren mit Knüppeln, Messern und Molotowcocktails bewaffnet. Zwei Lkw konnten von der spanischen Polizei geschützt werden, aus den anderen machten die Fischer Kleinholz.“

An der Grenze bei Hendaye kursierten unter den Lkw-Fahrern die wildsten Gerüchte. „Bei Tolosa ist ein deutscher Fahrer in seiner Kabine verbrannt. Ein anderer wurde aus einer Maschinengewehr beschossen.“ Das deutsche Konsulat in San Sebastian winkte ab. Konsul Eugen Beil zur WELT: „Wir haben uns bei allen spanischen Behörden erkundigt. Bisher gibt es keinerlei Anzeichen, daß auch Deutsche Opfer des Fischerzorns wurden.“ In Spanien wird der „Krieg der Landstraßen“ inzwischen zu einem bochexprolosiven politischen Thema. Man munkelt, die baskischen Fischer würden seit einigen Tagen von ETA-Terroristen manipuliert und sogar bewaffnet. Der französische Rundfunk dagegen zitierte gestern einen Madrider Sozialisten, der spanischen Rechtsradikalen und Franco-Anhängern vorwarf, für die Überfälle auf französische Lastwagen verantwortlich zu sein.

Die spanischen Behörden haben sich inzwischen bereit erklärt, für die Schäden aufzukommen. Rund zehn Millionen Mark wurden als Entschädigung für die ersten 20 ausgebrannten Brummis bereitgestellt. Doch die Franzosen lassen sich nicht beruhigen. „Erst wenn schriftliche Zusagen über einen wirksamen Schutz vorliegen, heben wir die Blockade auf“, erklärte ein Sprecher der Lkw-Fahrer. Gestern Mittag aber verschärfte sich die Lage sogar noch: Auch die Eisenbahnlinie Hendaye-Irun wurde von den Trüffern blockiert. (SAD)

Es wird noch eine Weile dauern, bis Frankfurt das „saubere Entrée“ bietet, das ihm sein Oberbürgermeister verschaffen will.

FOTO: GAULS

Der eiserne Besen zerstäubt Frankfurts Problem

H. H. KANNENBERG, Frankfurt

Frankfurts Oberbürgermeister Walter Wallmann, eiserner Besen im „sündigen Bahnhofsviertel“ (26 Bordelle, 2000 bis 4000 Dirnen je nach Saisonlage, 58 Amüsierschuppen „bis früh um vier“) und jüngst in Sachen Frankfurter Strich als Diskutant vor den Fernsehkameras des Hessischen Rundfunks, legte vor Millionen ein Gelübde ab: „Wir haben als Ersatz für das Bahnhofsviertel sieben neue Toleranzzonen im Stadtgebiet ausgewiesen. Doch dort werde ich keine einzige Nachtkonzession erteilen!“

Die Gefahr, daß sich für das Erosogeto am Frankfurter Hauptbahnhof sieben andere Sümpfe auftun könnten, sieht Wallmann – im Gegensatz zu vielen anderen Frankfurtern – aus diesem Grunde nicht. Der OB im Vertrauen auf die Kraft eigener verwaltungsrechtlicher Regulierung: „Eine neue Bahnhofsviertel-Schule, die ihre Gefährlichkeit bezieht aus der Verquickung von Prostitution, Drogen-

handel und Schwerkriminalität, wird sich in Frankfurt an anderer Stelle nicht mehr entwickeln können!“

Am 1. März hatte die CDU-Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung den Wallmann-Feldzug gegen die „sündige Meile“ am Hauptbahnhof abgesegnet. Einige Christdemokraten (die im Wechselbild der neuen Toleranzzonen wohnen) stimmten gegen die Vorlage. Draußen auf dem Römerberg waren zum Protest jene Bürger aufmarschiert, die durch die neuen Zonen das Laster vor der eigenen Haustür aufheben sehen.

Was viele Gegner der Bahnhofsviertel-Sanierung nicht wissen: Selbst dann, wenn Wallmann rings um den Hauptbahnhof alles beim alten ließe, blieben der Stadt neue Toleranzzonen für die Prostitution nicht erspart. Juristische Grundlage der flächenmäßigen Pflicht-Auflistung in Sachen Strich-Gebiete ist eine Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes. Sie besagt, daß in

Hessen jede Stadt über 50 000 Einwohner sieben bis zehn Prozent ihres Areal als Toleranzzone ausweisen muß.

Die sieben neuen Frankfurter Strich- und Bordellreservate genügen den höchstrechtlichen Normen so wieso nur bedingt (Osthafen, Hafenbahn), so daß Insider unken: „Eine Normenkontrollklage hätte gute Aussichten durchzukommen.“ Schönheitsfehler dieser Art kümmern das Frankfurter Stadtoberhaupt in seinem Kampf gegen das Bahnhofsviertel zunächst wenig. Wallmann: „Die neuen Toleranzzonen waren die Grundvoraussetzung, um vom Regierungspräsidenten in Darmstadt eine Sperrgebietsverordnung für das Bahnhofsviertel zu bekommen.“ Nur mit dieser Sperrgebietsverordnung als verwaltungsrechtlichem Hintergrund kann Wallmann den eisernen Besen in Bewegung setzen.

Doch noch ehe der „Darmstädter Hammer“ vor Ort zugeschlagen hat,

sind die Dinge in Bewegung geraten. Wallmanns persönlicher Referent, Alexander Gauland: „Die großen Investoren des Bahnhofsviertels sehen sich bereits auf anderen Schauplätzen um.“ Der Zug geht ins Ruhrgebiet (Essen, Dortmund), von dort nach Amsterdam.

Dies ist für Wallmann ein Zeichen dafür, daß die Säuberung des Bahnhofsviertels vielleicht doch nicht zum verwaltungsrechtlichen „Straßenkampf Haus um Haus“ eskaliert. Die 26 Bordelle und der größte Teil der übrigen Pornobetriebe sind größtenteils in der Hand von fünf Großinvestoren. Die Lage aus Sicht der Stadt: „Zwei Investoren sind bereit, völlig aus Frankfurt rauszugehen. Einer will sich mit Bordellen in den neuen Zonen etablieren. Zwei bleiben, mit denen wir hart verhandeln müssen.“

Den Hauptwiderstand erwartet Wallmann jedoch nicht von den Großen, sondern von den Kleinstunternehmern. Absehbare Stationen des be-

vorstehenden Räumungs-Marathons: Schließungsverfügung durch die Stadt, Widerspruch der Betroffenen, Ablehnung durch die Stadt, Normenkontrollklage der Betroffenen durch alle Instanzen.

Daß es letztlich geht, zeigen Vorbilder in anderen Großstädten. München auf drei kleine Toleranzzonen am Stadtrand zurückgedrängt. Viele der Damen sind ins Umland (Rosenheim, Bayerischer Wald) abgewandert.

In Hamburgs Amüserviertel St. Pauli ist der Strich außerhalb des Sex-Reservats (Herbertstraße) in festen Zonen des Wohnbereichs nach der Uhr geregelt: Die Dirnen ziehen um 20 Uhr auf und haben um 6 Uhr in der Frühe wieder zu verschwinden. Beispielhaft hat London geleistet. Das einst berühmte-bertichtigste Amüserviertel Soho wurde durch strenge Verwaltungsvorschriften und Zulässigkeitsprüfungen innerhalb kurzer Zeit „clean“ gemacht.

England leitet die Woge des Horrors durch das Büro des Zensors

Nach der Verabschiedung eines Gesetzes gegen Video-Filme bleibt Unbehagen

FRITZ WIRTH, London

Die Herren Abgeordneten waren mit sich zufrieden. Am Wochenende hatten sie im britischen Unterhaus als eines der ersten Parlamente dieser Welt einen gesetzlichen Schutz gegen die Sprünge der Horror-Videofilme aufgeführt. Ihr Gesetz passierte in dritter Lesung und ohne Gegenstimme das Unterhaus. Es bedarf jetzt nur noch der Zustimmung des Oberhauses. Voraussichtlich im Sommer dieses Jahres wird es rechtskräftig sein.

Das Gesetz sieht vor, daß künftig alle auf den britischen Markt gebrachten Videofilme einer Zensur unterliegen, die verhindern soll, daß besonders brutale Horrorfilme in die falschen Hände kommen. Diese Zensurbehörde soll alle Filme klassifizieren und entscheiden, welche Filme geeignet für eine Vorführung daheim sind, welche Art von Filmen nur zum Verkauf in lizenzierten Sex-Shops angeboten werden dürfen und welche Filme überhaupt nicht zum Verkauf freigegeben werden können. Videohändler, die unklassifizierte Video-Material verkaufen, müssen mit Geldstrafen bis zu 20 000 Pfund (rund 78 000 Mark) rechnen.

Der Zufriedenheit der britischen Abgeordneten ist in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit jedoch wachsende Skepsis gefolgt. In Großbritannien hat man in der Vergangenheit länger als in vielen anderen westeuropäischen Ländern gegen die Zensur in Film und Literatur ange-

kämpft und man befürchtet, daß man nun auf der Woge des Horrors eine wesentlich weiterreichende und einflußreichere Zensurbehörde beschert bekommt.

Der „Guardian“ fragte bereits in einem Leitartikel, ob die Befugnisse, die in den neuen Video-Gesetzen enthalten sind, im richtigen Verhältnis stehen zu dem Übel, das sie ausrotten wollen. Der „Economist“ machte sich Gedanken über das künftige Zensur-Zertifikat: „Geeignet für die Vorführung daheim“ und gab zu bedenken, daß nicht in jedem Heim minderjährige Kinder anzutreffen seien und fragte, ob künftig die Videofreiheit von Erwachsenen den Maßstäben und der Sorge um siebenjährige Kinder angepaßt würde.

Außerdem fragt man: Wer kontrolliert die Video-Kontrollen? Zur Stunde gibt es nur zwei Vorstellungen über die Befugnisse und die Zusammensetzung dieser neuen Behörde. Es besteht die Möglichkeit, daß das Amt der britischen Filmzensurbehörde übertragen wird. Unbehagen hat sich darüber hinaus in den Rundfunk- und Fernsehkanälen gezeigt, die bisher nur einer freiwilligen Selbstzensur unterliegen. Man fürchtet, daß die neue Zensurbehörde in ihren Bereich eindringen könnte.

Unbestritten ist trotz dieses Unbehagens bei Kritikern und Gesetzgebern, daß jugendschützende Maßnahmen zur Eindämmung der Horror-Welle nötig sind. Letzte Zwei-

fel an der Notwendigkeit dieser Maßnahmen hat eine Umfrage bestätigt (Video Violence and Children), die in diesem Monat in England veröffentlicht wurde. Aus ihr geht hervor, daß 3,5 Millionen Kinder in England und Wales bereits Horror-Video-Geschehen haben. Was besonders schockierte: 33,2 Prozent der Sieben- bis Achtjährigen in England gehörten bereits zu den Horror-Video-Konsumenten.

Die Umfrage basiert auf Aussagen von 7000 Schülkindern und Eltern. 45 Prozent der befragten Kinder gaben zu, bereits Video-Horror-Filme gesehen zu haben. Lehrer Peter Liddelow, eines der Mitglieder der Untersuchungskommission, erklärte, daß die vorgelegten Statistiken über die Verbreitung der Horror-Video unter Kindern nicht einmal die wahren Dimensionen des Problems enthüllten. Die Wirklichkeit sei schlimmer. Er berichtet von Schulkindern, die seit der Einführung von schweren Alpträumen geplagt seien. Der ehemalige Erzbischof von Canterbury, Lord Coggan, nannte die Horror-Video eine größere Gefahr für die Jugend als Rauschgifte.

Die Videohändler stehen begreiflicherweise in Opposition zu den neuen Gesetzen. Sie behaupten, daß sie die Horror-Video nicht ausmerzen, sondern zu einer Schwarzmarkt- und Untergrundware machen würden. Die Folge: Horror-Video würden kaum seltener, wohl aber teurer werden.

Japaner entkam seinen Entführern

E. KARMOL, Tokio

Die Hände des Mannes waren gefesselt, seine Kleidung verschlammmt, als er in einer öffentlichen Telefonzelle mühsam die Notrufnummer 001 wählte. Dann rief er mit lauter Stimme: „Ich bin Ezaki!“ Ruhig gab er dann dem Polizeibeamten seinen genauen Standort durch. Wenig später war ein Funkstreifenwagen zur Stelle. So endete gestern nach 65 Stunden Ungewißheit ein Drama, das ganz Japan in Atem gehalten hatte: Die Entführung des 42-jährigen, steinreichen Katsuhisa Ezaki. Er war am Sonntagabend von drei maskierten Männern aus der Badewanne in seinem Haus in Kobe gezerrt und verschleppt worden. Für seine Freilassung hatten die Gangster 11,5 Millionen Mark und 100 Kilogramm Gold verlangt.

Ezaki, der sich außer einer leichten Verletzung am Mund und trotz starker Erschöpfung in guter Verfassung befand, berichtete der Polizei, gelegentlich habe er Keks zu essen und Fruchtsaft zu trinken bekommen. „Aber ich war gefesselt, und die meiste Zeit auch geknebelt.“ Als seine Entführer ihn dann gestern morgen einmal allein gelassen hätten, sei es ihm möglich gewesen, seine Beinfesseln zu lösen. „Ich trat die Tür auf und lief los...“ Nach Ezakis Eindruck waren die Kidnapper mit Gewehren und Pistolen ausgerüstet, die wie Spielzeug aussahen. Noch fehlt jede Spur von ihnen, obwohl unmittelbar nach der Entführung bis zu 7000 Polizeibeamte ausschärmten. (SAD)

Kokain-Schlacht im Dschungel von Kolumbien

H. STÜCK, Bogotá

Einen großen Erfolg meldete die kolumbianische Polizei von der Rauschgiftfront: Sondereinheiten der Sicherheitskräfte hoben im Süden der Hauptstadt Bogotá eine große Drogen-Dezelle der kommunistischen Untergrundorganisation Fuerzas Armadas Revolucionarias Columbianas (FARC) auf, wobei ihnen 12,5 Tonnen Kokain im Wert von umgerechnet 3,1 Milliarden Mark in die Hände fiel.

Von der Aktion am 11. März berichtete jetzt Lewis Tambs, Washingtons Botschafter in Bogotá, in der amerikanischen Hauptstadt. Er sprach von der „größten Drogen-Razzia aller Zeiten“. „Niemand zuvor ist bei einem solchen Unternehmen so viel Kokain sichergestellt worden“, sagte Tambs. Nach seinen Schilderungen gelangten die kolumbianischen Polizisten und Beamte der amerikanischen Drogenbehörde DEA mit Flugzeugen im ausgedehnten Dschungelgebiet am Yari-Fuß etwa 1100 Kilometer südlich von Bogotá. Sie mußten zunächst einen Gegenangriff der Guerilleros abwehren, wobei sie 40 Untergrundkämpfer und einen ihrer amerikanischen Piloten gefangen nahmen.

In der Urwaldfabrik arbeiteten laut Tambs vor allem Mitglieder des bewaffneten Flügels der kommunistischen Partei Kolumbiens, der als älteste, best ausgerüstete und gefährlichste Untergrundorganisation des Landes gilt. (SAD)

Bankräuber erschößt Frau und Kind

23. Rendsburg

Die schleswig-holsteinische Polizei fahndet seit gestern mittag nach dem 33-jährigen Zimmermann Heinz-Herbert Vesper. Er steht unter dem dringenden Verdacht, gestern morgen seine 23-jährige Frau Uta und ihren dreieinhalb Jahre alten Sohn Sascha erschossen und anschließend einen Bankraub mit Geiselnahme verübt zu haben.

Gestern gegen 12 Uhr hatte ein Autofahrer an einem Feldweg bei Rendsburg die stöhnende Frau und ihren toten Sohn entdeckt. Kurz nach der Einlieferung in das Rendsburger Kreis Krankenhaus erlag die Krankenschwester ihren schweren Verletzungen. Um 12.20 Uhr lief bei der Rendsburger Polizei die Meldung von einem Sparkassen-Überfall in Osternfeld, wenige Kilometer östlich der Stadt ein. Vesper hatte dabei 21 000 Mark erbeutet und vor seiner Flucht den Kassierer als Geisel genommen. Kurze Zeit später ließ er den Bankangestellten wieder frei. Dieser merkte sich das Autokennzeichen. Der Wagen gehörte der Erschossenen. Da durch kam die Polizei dem geschiedenen Ehemann auf die Spur. Kurz nach halb vier fand die Polizei das Auto in der Nähe von Rendsburg. Von dem Täter fehlte gestern abend noch jede Spur.

Brandstifter aus „Frust“

dpa, Frankfurt

Ein 31 Jahre alter Mitarbeiter des Möbelhauses Ikea hat gestanden, das Feuer in der deutschen Zentrale des Unternehmens im Wallau (Main-Taunus-Kreis) gelegt zu haben, bei dem ein Schaden von mindestens 30 Millionen Mark entstanden war. Als Motiv gab er an, er sei einmal von einem leitenden Mitarbeiter der Firma „angemotzt“ worden und außerdem „völlig frustriert“ gewesen.

Strompanne in Krakau

dpa, Warschau

Ein Stromausfall nach einem Brand im Elektrizitätswerk hat am Dienstag und Mittwoch weite Teile von Krakau lahmgelegt. Auch gestern noch bemühten sich Sonderbrigaden um die Beseitigung des Schadens.

Verletzte bei Beben

dpa, Moskau

Mehr als 100 Menschen sollen bei dem schweren Beben in der zentralasiatischen Sowjetrepublik Usbekistan (Siehe WELT von gestern) verletzt worden sein. Die Erdstöße, so meldete die amtliche Nachrichtenagentur Tass, habe darüberhinaus schwere Schäden angerichtet.

Neue Akademie

AFP, Paris

Eine „Internationale Akademie für Gastronomie“ haben Gastronomen in Paris gegründet. Die neue Institution will alles, was die Gastronomie betrifft, „ermutigen, anregen und entwickeln“.

Bomben-Anschlag

dpa, Marburg

Ein 36-jähriger Lehramtskandidat aus Alsfeld (Vogelsbergkreis) hat am Dienstag versucht, den Direktor einer Marburger Berufsschule mit einer selbstgebastelten Bombe umzubringen. Als der Anschlag mißlang, flüchtete der in dieser Schule beschäftigte Täter und beging Selbstmord. Der Befragte war zu einer Prüfung nicht zugelassen worden.

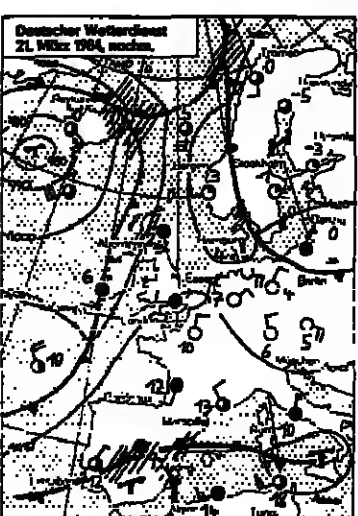
Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Frankfurter Mint GmbH, Ottobrunn bei München, bei.

ZU GUTER LETZT

Richtigstellung der kenianischen Zeitung „Sunday Nation“ zu Fotos von der Nationalbrut. Die Entwürfe stammen von Miss Edebe und nicht von der Gefängnisverwaltung.

WETTER: Heiter

Wetterlage: Am Rande einer Hochdruckzone, die von Skandinavien bis nach Südosteuropa reicht, gelangt mit einer schwachen östlichen Strömung weiterhin trockene und verhältnismäßig kalte Luft nach Deutschland.



Vorhersage für Donnerstag:

Bundesgebiet und Raum Berlin: Im Westen und Südwesten teilweise Durchzug von Wolkenfeldern, aber trocken. Sonst durchweg sonnig. Höchste Temperaturen 9 bis 13, im nördlichen Deutschland um 6 Grad. Nächtl. Tiefstwerte zwischen plus 2 Grad im Südwesten und minus 4 Grad im Norden. Schwacher Wind von Ost.

Weitere Aussichten:

Keine durchgreifende Änderung.

Temperaturen am Dienstag, 13. Uhr:

Berlin	4°	Kairo	24°
Bonn	5°	Kopenhagen	3°
Dresden	5°	Las Palmas	18°
Essen	7°	London	5°
Frankfurt	7°	Madrid	9°
Hamburg	4°	Mallorca	9°
List/Sylt	3°	Moskau	15°
München	6°	Nizza	-6°
Stuttgart	7°	Nizza	13°
Aigier	14°	Oslo	2°
Amsterdam	6°	Paris	5°
Athen	10°	Prag	4°
Barcelona	14°	Rom	10°
Brüssel	7°	Stockholm	-1°
Budapest	5°	Tel Aviv	22°
Bukarest	4°	Tunis	18°
Helsinki	3°	Wien	5°
Istanbul	7°	Zürich	5°

• Sonnenaufgang am Freitag: 6.18 Uhr, Untergang: 18.40 Uhr, Mondanfang: 1.36 Uhr, Untergang: 9.22 Uhr.
• In MEZ, zentraler Ort Kassel.

Aufstieg und Fall des Jurij Sauch

FRIED HEINEMANN, Moskau

Wieder einmal ist einem sowjetischen Spitzensportler das „süße Leben“ nicht bekommen. Diesmal ist es der Aufstieg und Fall des Fußballstars Jurij Sauch (33), den die Moskauer Jugendzeitschrift „Komsomolskaja Prawda“ beklagt und als Beispiel einer verfehlten Lebensweise anprangert. Sauch wurde jetzt wegen eines „Verbrechens mit besonders schwerer Folge“ zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Er hatte eine Frau vergewaltigt, die sich aus Scham darüber kurz danach das Leben nahm.

Sauch ist nicht der erste sowjetische Spitzensportler, der auf Abwege geriet. 1958 wurde Eduard Strelzow auch wegen Vergewaltigung zu einer gleich hohen Strafe verurteilt. Strelzow, Mittelstürmer und jahrelang Kapitän der Nationalmannschaft, war damals das Fußballidol in der Sowjetunion schlechthin.

Soweit hatte es Sauch zwar nicht gebracht, aber als kompromittierter Verteidiger (Spitzname „Brechtstange“) im bekannten Moskauer Armee-Sportclub ZSKA machte er sich immerhin einen solchen Namen, daß man im Verein über seine Eskapaden hinweg sah. Die „Komsomolskaja Prawda“ sparte denn auch nicht mit

Kritik an den Sportfunktionären, die Sauch verwöhnt und seinen „wachsenden Appetit auf die Annehmlichkeiten des Lebens gern befriedigt“ hätten.

Es sei schließlich kein Geheimnis, schreibt die Zeitung, daß die Stars „oft von vielen Sorgen befreit würden, indem man ihnen die Lösung vieler Alltagsprobleme“ abnehme.

Was sich hinter dieser Formel verbirgt, weiß jeder Sowjetbürger. Es geht um schnelle Autos, Luxuswohnungen und um den Zugang zu den besseren Kreisen, wo der Rubel rollt.

Sauch hatte das offenbar schnell erkannt. Schon als junger Mann war er mit seinen Sprüchen nicht zimperlich gewesen. Als er in Rostow zu spielen begann, verlangte er ultimativ den raschen Zugang in diese Kreise und kehrte dem Verein den Rücken, als dieser nicht sofort darauf einging. In Moskau wurde der Mann ja auch schneller erhöht und bekam außer dem Auto innerhalb eines Vierteljahres eine Luxuswohnung in einem Apartmenthaus für Spitzensportler. Durch geschickten Umgang mit „nützlichen Menschen“, wie die Jugendzeitschrift pikiert berichtete, wußte er sich manchen zusätzlichen Rubel zu verschaffen, so daß er später

noch gegenüber dem Untersuchungsrichter auftrumpfte: „Ich habe so geliebt, wie Sie nie lieben werden.“

Seine sportlichen Leistungen gingen zwar schnell zurück, nachdem er erst einmal in der Luxuswelt Fuß gefaßt hatte, doch blieb er das durch mehr Brutalität auf dem Spielfeld aus. Da es so viele Mannschaften im Lande gebe, ließ es in dem Bericht, und also entsprechend viele Sportler gebraucht würden, ließ sich ein Leistungsabfall immer noch eine ganze Weile bei gleichem Stand der Annehmlichkeiten außerhalb des Spielfeldes kaschieren.

Dennoch – nach einer Serie von Fouls, mußte Sauch den Armee-Sportverein verlassen, fand aber bei „Lokomotive Moskau“ Unterschlupf, ehe er sich von „Dynamo Stawropol“ abwerben ließ.

Hier, auf seiner letzten Station, blühte der Eisenfuß wegen seiner Verwicklung in einem Schmuggelskandal den Titel „Meister des Sports“ ein. Ein erster tiefer Sturz. Denn damit einher geht üblicherweise der Verlust fast aller Privilegien. Als er jetzt wegen des Todes der jungen Frau vor Gericht stand, traf ihn so auch die volle Härte des Gesetzes.

Zauberhafte Angebote

KURT POLLAK, Wien

Zauberer, Hexenmeister und Prinzessinnen läßt Österreich jetzt schon auffahren, um sich weiterhin die Gunst der Touristen zu sichern. Die Sorge, daß der Urlaubersommer – vornehmlich aus der Bundesrepublik Deutschland – nachlassen könnte, hat unter den Managern der alpenländischen Ferienparadiese einen harten Konkurrenz-Kampf ausbrechen lassen. Dabei kommt es nun zu einem Feuerwerk der ausgefallensten Ideen. Selbst Orte, die auf der Landkarte kaum zu finden sind, kämpfen mit mehr oder weniger originellen Ideen um jeden Urlauber.

Die etablierten Sommer-Ferienorte locken mit ausgefallenen Angeboten, die mit Sicherheit auch gewaltig an den Elat gehen: So offeriert der Fremdenverkehrsverband des Lieser- und Malts-Tals in Oberkärnten für Urlauber einen Zauberlehrgang. Für 28 Mark kann jeder zum Zauberlehrling werden. Ob das treulich lang, einen Urlauberstrom herbeizuzaubern, bleibt abzuwarten.

Im vornehmen Bad Ischi am Wolfgangsee können sich Gourmets aus sieben Gängen bestehendes „Kaiser-Dinner“ einverleiben. Dabei wird vorgesetzt, was, zumindest nach

der Legende, Kaiser Franz Joseph I. am 12. August 1908 zu Ehren des englischen Königs Edward VII. hatte servieren lassen. Im fürstlichen Preis von 143 Mark pro Person mit inbegriffen: Empfang durch Erzhzog Mark von Habsburg-Hohenlohe, einen Urenkel des österreichischen Kaisers, „Verleihung“ einer Speisekarte mit k.u.k.-Siegel bei Tafelmusik und in Jagdtracht servierendes Personal.

Auch Weyregg am Attersee bedient sich beim Wettauf um die teuren Urlauber blauen Blutes. Christa Hohenlohe, eine waschechte Prinzessin, lehrt jene Urlauber, die es mögen, in Wochenkursen zu 70 Mark uralte Fertigkeiten – das Spinnen, das Weben und das Klöppeln.

Rustikaler ist das Freizeitangebot von Kössen in Tirol. Dort findet zwischen dem 6. und 8. April die Weltmeisterschaft im Tabakschneppen statt. Und am Fackensee in Kärnten wird sich zwischen dem 21. und 24. Juni die Elite der Zwillingspaare aus ganz Europa versammeln. In einer „Nacht der Zwillinge“ werden die originellsten, jüngsten und ältesten Paare preisgekrönt. Ob mit oder ohne Magie – die Alpenrepublik setzt auf eine zauberhafte Urlaubszeit.